



LUDWIG-
MAXIMILIANS-
UNIVERSITÄT
MÜNCHEN

Studienabschlussarbeiten

Sozialwissenschaftliche Fakultät

Wöll, Larissa:

Rechtspopulismus und die Forderung nach
direktdemokratischen Reformen: Angebot und
Nachfrage

Masterarbeit, Wintersemester 2019

Gutachter: Adam, Dr. Christian

Sozialwissenschaftliche Fakultät
Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft
MA Politikwissenschaft

Ludwig-Maximilians-Universität München



**RECHTSPOPULISMUS UND DIE FORDERUNG NACH
DIREKTDEMOKRATISCHEN REFORMEN:**

Angebot und Nachfrage

Masterarbeit für den MA-Studiengang
Politikwissenschaft an der LMU München

Verfasst von: Larissa Wöll

Betreuer: Dr. Christian Adam

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	II
Tabellenverzeichnis	II
Anhangsverzeichnis	III
1 Einleitung: Direkte Demokratie – Wir sind das Volk?	1
1.1 Fragestellung und Zielsetzung.....	2
1.2 Relevanz des Forschungsvorhabens	3
1.3 Forschungsstand.....	6
2 Konzeptspezifikation.....	12
2.1 Populismus.....	12
2.2 Rechtspopulismus	16
2.3 Direkte Demokratie	18
3 Rechtspopulismus und direkte Demokratie: die Angebotsseite.....	25
3.1 Theoretische Grundlagen	25
3.2 Untersuchungsdesign	27
3.2.1 Methode der qualitativen Inhaltsanalyse	27
3.2.2 Fallauswahl	28
3.3 Analyse der Wahlprogramme	33
3.3.1 Alternative für Deutschland (AfD)	34
3.3.2 Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ).....	37
3.3.3 Schweizerische Volkspartei (SVP).....	40
3.4 Auswertung der Ergebnisse.....	44
4 Rechtspopulismus und direkte Demokratie: die Nachfrageseite	52
4.1 Theoretische Grundlagen und Hypothesen.....	52
4.2 Untersuchungsdesign	55
4.3 Auswertung und Diskussion der Ergebnisse	59
5 Schlussbetrachtung und Ausblick	74
Literaturverzeichnis	IV
Anhang	XVIII

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Typologie direktdemokratischer Verfahren.....	21
Abbildung 2: Einstellung zur direkten Demokratie dargestellt nach Parteien in Deutschland	63
Abbildung 3: Einstellung zur direkten Demokratie dargestellt nach Parteien in Österreich	65
Abbildung 4: Einstellung zur direkten Demokratie dargestellt nach Parteien in der Schweiz	65
Abbildung 5: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten für die Wahl der AfD und die Einstellung zur direkten Demokratie.....	70
Abbildung 6: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten für die Wahl der FPÖ und die Einstellung zur direkten Demokratie.....	70
Abbildung 7: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten für die Wahl der SVP und die Einstellung zur direkten Demokratie.....	71

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Daten und Fakten zur Fallauswahl im Überblick	32
Tabelle 2: Einstellung zur direkten Demokratie im Ländervergleich	60
Tabelle 3: Einschätzung der Mitsprachemöglichkeiten	60
Tabelle 4: Vertrauen gegenüber dem Parlament	61
Tabelle 5: Einstellung zur direkten Demokratie im Wählervergleich.....	62
Tabelle 6: Einstellung der Wähler populistischer Parteien in Deutschland, Österreich und der Schweiz im Vergleich zu den Wählern der etablierten Parteien (logistische Regression)	68

Anhangsverzeichnis

Anhang 1: Kodierleitfaden der qualitativen Inhaltsanalyse	XVIII
Anhang 2: Anteile der Aussagen zur direkten Demokratie und zur Kritik am politischen System in den Wahlprogrammen der AfD, FPÖ und SVP (1999 – 2017)	XIX
Anhang 3: Auswertungsmatrizen.....	XIX
Anhang 3.1: Alternative für Deutschland – „Wahlprogramm Parteitagsbeschluss vom 14.04.2013“ (WP 2013)	XIX
Anhang 3.2: Alternative für Deutschland – „Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland.“ (GP 2016).....	XX
Anhang 3.3: Alternative für Deutschland – „Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017.“ (WP 2017)	XXIII
Anhang 3.4: Freiheitliche Partei Österreichs – „Programm. Wir gestalten Österreich mit Sicherheit.“ (WP 2002)	XXV
Anhang 3.5: Freiheitliche Partei Österreichs – „Österreich im Wort. Auswahl und Zusammenfassung inhaltlicher Ziele der Freiheitlichen Partei Österreichs für die neue Legislaturperiode.“ (WP 2008)	XXVI
Anhang 3.6: Freiheitliche Partei Österreichs – „Österreich zuerst. Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs. Beschlossen vom Bundesparteitag der Freiheitlichen Partei Österreichs am 18. Juni 2011 in Graz“ (GP 2012).....	XXIV
Anhang 3.7: Freiheitliche Partei Österreichs – „Liebe deinen Nächsten. Für mich sind das unsere Österreicher.“ (WP 2013).....	XXVII
Anhang 3.8: Freiheitliche Partei Österreichs – „Österreicher verdienen Fairness. Freiheitliches Wahlprogramm zur Nationalratswahl 2017.“ (WP 2017).....	XXVII
Anhang 3.9: Schweizerische Volkspartei – „SVP – Wahlplattform 1999.“ (WP 1999).....	XXIX
Anhang 3.10: Schweizerische Volkspartei – „Wahlplattform 2003-2007.“ (WP 2003).....	XXIX
Anhang 3.11: Schweizerische Volkspartei – „Mein Zuhause – Unsere Schweiz. Wahlplattform 2007-2011.“ (WP 2007)	XXXII
Anhang 3.12: Schweizerische Volkspartei – „Schweizer wählen SVP. Mein Zuhause – Unsere Schweiz. Wahlplattform 2011.“ (WP 2011)	XXXIII
Anhang 3.13: Schweizerische Volkspartei – „SVP – Die Partei für die Schweiz. Parteiprogramm 2015 bis 2019. (WP 2015)	XXXIV
Anhang 4: Deskriptive Statistiken der Variablen (ESS Round 8, 2016).....	XXXVII
Anhang 5: Operationalisierung der Variablen (ESS Round 8, 2016).....	XXXVIII
Anhang 6: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten für die Wahl der AfD, FPÖ und SVP und die Einstellung gegenüber Migration	XXXIX

1 Einleitung: Direkte Demokratie – Wir sind das Volk?

„Niemand hat das Recht zu behaupten, er allein vertrete ‚das‘ Volk.
Der Souverän ist keine Einheit, sondern eine Vielheit widerstreitender Kräfte.
So etwas wie ein Volkswille entsteht erst in der Debatte.
Und nur durch Mehrheiten – die sich ändern können“ (Schäuble 2018)

Das Zitat aus der Rede des Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble zum Tag der Deutschen Einheit steht als Plädoyer gegen Populismus, Extremismus und die Verteidigung der Demokratie. Im deutschen Grundgesetz heißt es: „Alle Staatsgewalt geht vom Volk aus“ (Deutscher Bundestag 2018a: 1), doch wer ist dieses Volk? Gibt es das Volk überhaupt? Während Schäuble betont, dass der Souverän keine Einheit, sondern nur eine Vielfalt sein kann, gibt es für die Alternative für Deutschland (AfD) nur ein einziges Volk. Und dieses Volk wurde seiner Souveränität beraubt. Es wurde nicht bei der Einführung des Euro und den Verträgen der Europäischen Union gefragt. Es wurde nicht bei der Eurorettung befragt und dieses Volk wurde vor allem nicht in Fragen der Migrationspolitik miteingebunden. Die AfD beruft sich mit populistischen Äußerungen lauthals auf das Volk und reklamiert für sich, den einzig wahren Willen des Volkes zu vertreten. Spätestens durch die sogenannte Flüchtlingskrise reifte der Wunsch nach wieder mehr Beteiligung in der Bevölkerung. Bei vielen Bürgerinnen und Bürgern¹ wächst das Gefühl, dass immer mehr Entscheidungen unparlamentarisch an der Bevölkerung vorbeigehen, sie bevormundet werden und über ihren Kopf hinweg bestimmt wird. Genau diese Unzufriedenheit greifen Rechtspopulisten auf. Sie vermitteln den Eindruck, allein die Interessen des Volkes zu vertreten und wollen die Macht des Volkes absolut setzen. Sei es die AfD, die eine Petition gegen den UN-Migrationspakt initiiert hat, die Freiheitliche Partei Österreich (FPÖ), die internationale Verflechtungen lockern und sich von außereuropäischen Mächten abgrenzen möchte, oder auch die Schweizerische Volkspartei (SVP), welche erklärte, dass sie mit der Selbstbestimmungsinitiative die direkte Demokratie stärken und die Stimmbürgerentmachtung aufhalten wolle. Geht es nach den Parteien selbst, sind sie Kämpfer für die Stärkung der Demokratie: „Der Wunsch nach Einführung von Volksentscheiden nach Schweizer Modell steht im Grundsatzprogramm der AfD ganz oben. Das ist eine unserer Kernforderungen für unseren Bundestagswahlkampf“ (Caspari 2017: 1). Auch die FPÖ setzt sich öffentlich gerne lautstark für mehr direkte Demokratie und Selbstbestimmung ein, sofern es sich jedoch um eine Abstimmung zum Rauchverbot wie 2018 handelt, dreht sich hier schnell ihre Meinung. Und auch die SVP bedient sich gerne des Instruments der Initiative, wenn es beispielsweise um den Bau von Minaretten oder die Abschiebung krimineller Ausländer geht. Doch

¹ Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in dieser Arbeit die Sprachform des generischen Maskulinums angewendet. Es wird an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass die ausschließliche Verwendung der männlichen Form geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

was bedeutet direkte Demokratie in Zeiten von AfD, Pegida und Co.? Was verstehen Rechtspopulisten darunter? Welchen Stellenwert nehmen Forderungen nach direktdemokratischen Reformen in der Programmatik der Parteien tatsächlich ein? Und gelingt es ihnen, damit Wähler zu instrumentalisieren und für sich zu gewinnen? Auch wenn zunehmende Protestbewegungen das Bild des Volkes gegen das Establishment verstärken mögen, wäre es falsch, Kritik über politische Entscheidungen und mangelnde Legitimation direkt mit Populismus gleichzusetzen. Doch welche Bedeutung hat direkte Demokratie auf die Wahlchancen rechtspopulistischer Parteien? Es stellt sich die Frage, ob Wähler diese Forderungen der Parteien überhaupt teilen und sich tatsächlich direktdemokratische Reformen wünschen oder ob die Parteien hier vergebens auf Stimmenfang gehen. Der Aufbau der Arbeit, Fragestellung, Relevanz und Stand der Forschung werden im folgenden Kapitel thematisiert.

1.1 Fragestellung und Zielsetzung

Das Erkenntnisinteresse der vorliegenden Arbeit liegt in der Verbindung von Rechtspopulismus und direkter Demokratie. Trotz ideologischer Unterschiede vertreten im Grunde alle rechtspopulistischen Parteien die Annahme, dass das sogenannte „Volk“ seiner Souveränität beraubt wurde und sie als einzig „wahre“ Demokraten diese wiederherstellen würden. Die Vermutung liegt daher nahe, dass sich rechtspopulistische Parteien verstärkt für die Einführung und den Ausbau von direktdemokratischen Instrumenten in ihren Wahlprogrammen einsetzen. Der Fokus der Arbeit liegt hier auf den Parteien als zentrale politische Akteure. Auf der anderen Seite befinden sich Bürger und Wähler rechtspopulistischer Parteien. Laut aktueller Studien nehmen rechtspopulistische Einstellungen gerade in Europa immer weiter zu (Vehrkamp und Merkel 2018: 8). Auch der Anstieg von Protestbewegungen wie Pegida und vermehrte Demonstrationen und Ausschreitungen von Bürgern wie beispielsweise 2018 in Chemnitz, verdeutlichen die soziale Spaltung, die Legitimitätsverluste politischer Institutionen und eine zunehmende Unzufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie. In Folge dessen wird der Ruf nach einer stärkeren Einbeziehung der Bürger immer lauter. Der Fokus der Arbeit liegt hier auf dem Bürger als politischem Akteur und dessen Einstellung gegenüber direkter Demokratie. Vorrangig soll die vorliegende Arbeit also die Frage klären, ob die Forderungen der Angebotsseite, die Anliegen auf Nachfrageseite erfüllen. Überdies soll untersucht werden, welche Konsequenzen die Forderungen nach mehr direkter Demokratie auf das politische System und das zukünftige Handeln der etablierten Parteien haben. Die übergeordneten Forschungsfragen lassen sich damit folgendermaßen formulieren:

1. Fordern rechtspopulistische Parteien verstärkt direktdemokratische Reformen?

2. Beeinflusst die Einstellung gegenüber direkter Demokratie die Wahl rechtspopulistischer Parteien?

Um dem Gegenstand der Untersuchung gerecht zu werden, ist die Forschungsarbeit wie folgt aufgebaut: Den Kapiteln zur theoretischen und gesellschaftlichen Relevanz der Arbeit (Kapitel 1.2) sowie der wissenschaftlichen Einordnung des Forschungsgegenstands (Kapitel 1.3), folgt ein Abschnitt zur Konzeptspezifikation (Kapitel 2). Dabei soll näher auf die zentralen Begrifflichkeiten Populismus, Rechtspopulismus und direkte Demokratie eingegangen und Besonderheiten in den Beobachtungsländern aufgezeigt werden. In Kapitel 3 erfolgt die Beantwortung der ersten Forschungsfrage anhand der Analyse der Programmatik rechtspopulistischer Parteien. Beginnend mit den theoretischen Grundlagen erfolgt die Beschreibung des methodischen Vorgehens. Im Rahmen einer qualitativen Inhaltsanalyse und deskriptiven Beschreibung von Wahlprogrammen der Alternative für Deutschland (AfD), der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) und der Schweizerischen Volkspartei (SVP), erfolgte die Auswertung, graphische Darstellung und Diskussion der Ergebnisse. Das Kapitel 4 befasst sich mit der zweiten Forschungsfrage. Untersucht wird hier die Einstellung von Wählern zur direkten Demokratie und deren Einfluss auf die Wahlentscheidung für rechtspopulistische Parteien. Aufbauend auf den theoretischen Grundlagen und den abgeleiteten Hypothesen folgt auch hier ein Abschnitt zum Untersuchungsdesign. Mithilfe der Schätzung logistischer Regressionsmodelle werden die Hypothesen für Deutschland, Österreich und die Schweiz für das Jahr 2016 überprüft. Im Anschluss werden die zentralen Erkenntnisse vorgestellt. Das Kapitel 5 beinhaltet die Schlussbetrachtung sowie einen Ausblick dar.

1.2 Relevanz des Forschungsvorhabens

Eine wissenschaftliche Arbeit soll zum einen theoretische Relevanz aufweisen und damit einen Beitrag zum wissenschaftlichen Diskurs leisten. Zugleich soll eine Arbeit jedoch auch von gesellschaftlicher Relevanz sein. Inwieweit die vorliegende Arbeit diese Kriterien erfüllt, soll im Folgenden erläutert werden. Ein demokratischer Populist? Oder ein populistischer Demokrat? Oder wie Dahrendorf (2003: 1) schreibt: „Des einen Populismus, ist des anderen Demokratie, und umgekehrt.“ Auch wenn sich an diesen Formulierungen wohl viele Leser erst einmal stoßen werden, wird deutlich, dass Populismus und Demokratie zweifelsfrei einhergehen. Der Nexus der beiden Begriffe stellt innerhalb der politikwissenschaftlichen Debatte jedoch keine Neuheit dar. Vor allem demokratiethoretische Arbeiten befassen sich mit dem ambivalenten Spannungsverhältnis von Populismus und Demokratie (vgl. u.a. Rovira Kaltwasser 2012, 2014; Mudde und Rovira Kaltwasser 2012; Mudde 2007; Canovan 1981, 2002, 2006). Im Mittelpunkt steht dabei vor allem die Frage, ob Populismus eine Gefahr oder nicht sogar ein nützliches

Korrektiv für die Demokratie darstellt (vgl. u.a. Decker 2006, 2013a). Als zentrales ideologisches und inhaltliches Element des Populismus wird in all diesen Publikationen die Volkssouveränität als „urdemokratischer Impuls“ (Decker 2003: 66) dargestellt. Das Thema direkter Demokratie und die populistischen Forderungen nach Einführung oder Verstärkung plebiszitärer Beteiligungsmöglichkeiten finden jedoch meist nur am Rande Erwähnung. Während das Thema der direkten Demokratie in dieser Debatte also vor allem im Zusammenhang mit einer Charakterisierung des Populismus einhergeht, fehlt es weitgehend an empirischen länderbezogenen oder länderübergreifenden Arbeiten, die sich mit dem konkreten Zusammenhang direktdemokratischer Forderungen und Rechtspopulismus in der Praxis befassen. Dabei erscheint die Verbindung doch als ganz intuitiv. Die vorliegende Arbeit möchte sich nicht zuletzt auch als Reaktion auf den Aufruf unterschiedlicher Studien zur vertieften Analyse der Einfluss- und Erklärungsfaktoren in neuen räumlichen und soziopolitischen Kontexten (Pauwels und Marien 2010: 15; Mohrenberg et al. 2017: 23) sowie der Berücksichtigung zusätzlicher Items zur Messung (Steiner und Landwehr 2018: 491) mit dem Thema befassen. Ziel der Arbeit ist es, den Zusammenhang von Rechtspopulismus und direkter Demokratie aus zweierlei Perspektive zu betrachten: Einerseits soll analysiert werden, inwiefern rechtspopulistische Parteien tatsächlich direktdemokratische Forderungen in ihren Wahlprogrammen verankert haben und sich für Reformen direkter Demokratie einsetzen. Auf der anderen Seite stellt sich die Frage, inwieweit diese Forderungen auf Seiten der rechtspopulistischen Wähler überhaupt auf Anklang stoßen. Während sich Parteien und Politiker selbst als „Stimme des Volkes“ präsentieren und für den Ausbau direkter Beteiligungsinstrumente plädieren, wäre dies irrelevant, wenn die Wähler diese Forderungen gar nicht unterstützen würden, sondern ihre Zustimmung beispielsweise lediglich auf der Einstellung zur Migrationspolitik gründet. Die wissenschaftliche Relevanz der Arbeit ergibt sich daher aus der Replikation und Weiterentwicklung bereits bestehender Studien im Kontext anderer Länder, sowie der Aufnahme aktueller Entwicklungen und Forschungsbefunde. Eine Eigenleistung, besteht dabei, im Gegensatz zu den bisherigen Studien, in der Verbindung der Angebots- und Nachfrageseite.

Das Thema der vorliegenden Arbeit ist jedoch gleichermaßen gesellschaftlich relevant und erfährt aus Alltagsbeobachtungen und Entwicklungen auf nationaler wie internationaler Ebene immer mehr Bedeutung. Mit Blick auf die vielzitierte „Krise der Demokratie“ (vgl. u.a. Crouch 2004; Streeck 2013; Merkel 2016), die sich anhand sinkender Wahlbeteiligung, dem Niedergang der Volksparteien sowie einem Legitimitäts-, Vertrauens- und Machtverlust der Parlamente bemerkbar macht, wird der Ruf nach einer stärkeren Einbeziehung der Bürger immer lauter. Auch der Anstieg populistischer Einstellungen wird von vielen als Symptom für eine Krise der Repräsentation angesehen (vgl. u.a. Müller 2016; Tormey 2015). Wie eine aktuelle Studie belegt, wird das politische

Klima in Deutschland zunehmend populistischer: fast ein Drittel der Wahlberechtigten weisen populistische Einstellungen auf, im politisch rechten Spektrum können sogar vier von zehn Wahlberechtigten als Populist bezeichnet werden (Vehrkamp und Merkel 2018: 21ff). Das Wiedererstarken eines neuartigen Engagements in Form von Protest könnte darauf hinweisen, dass die Bürger immer weniger bereit sind, politisches Handeln von anderen übernehmen zu lassen. Bürger äußern in öffentlichen Protesten ihre Unzufriedenheit über das Funktionieren und den Zustand der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie. Populisten greifen dies auf, ohne tatsächliche Antworten oder Lösungsvorschläge zu liefern. Sie kritisieren das politische System, Parteien und Politiker und propagieren die Stärkung des „wahren Volkswillens“ sowie den Einsatz für eine responsive und bürgernahe Demokratie. Die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien werden als Symptom für den Zustand der Demokratien gedeutet. Doch was heißt das gegenwärtig? Kann der Ausbau direktdemokratischer Beteiligungsmöglichkeiten die Zufriedenheit der Bürger stärken? Kann direkte Demokratie sogar ein Instrument gegen den wachsenden Rechtspopulismus sein? Oder ist sie am Ende eine „Waffe des Rechtspopulismus“ und Mittel zur Ausgrenzung (de Jonge 2016: 10)? Die Diskussion um Einführung direktdemokratischer Instrumente wurde in der Bundesrepublik lange Zeit von politisch linker Seite angeführt, während die Erfahrungen in der Schweiz, den USA oder anderen Staaten eher eine rechts-konservative Wirkung zeigen (vgl. Christmann 2009). In Deutschland ergibt sich nun mit dem Aufstieg der AfD ein Dilemma für die etablierten Parteien. Bereits seit ihrer Gründung beansprucht die AfD das Thema als „einzigartiges Alleinstellungsmerkmal“ (Carini 2016: 3). Zugleich scheinen die Forderungen nach mehr direkter Demokratie insgesamt immer populärer zu werden und Wahlchancen und Zustimmungswerte zu erhöhen (Vehrkamp und Merkel 2018: 60). Das Thema ist damit ein Politikfeld, das alle Parteien für sich einfordern wollen. Das zeigt sich auch daran, dass sich nahezu alle Fraktionen im Deutschen Bundestag für den Ausbau von Volksrechten einsetzen. Seit 1992 gab es bis dato beispielsweise 13 Gesetzesinitiativen im Deutschen Bundestag zur Einführung bundesweiter Volksentscheide, die jedoch bisher vor allem an fehlender Zustimmung der Union für eine Grundgesetzänderung und der benötigten Zweidrittelmehrheit scheiterten (Mehr Demokratie e.V. 2018: 5). Der Zwiespalt, in dem sich die etablierten Parteien jedoch befinden, zeigt sich mit dem Antrag der AfD auf Einsetzung einer Enquete-Kommission zum Thema „Direkte Demokratie auf Bundesebene“ (Deutscher Bundestag 2018b). Darin heißt es: „Das grundgesetzlich verankerte System der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie hat sich in Deutschland über Jahrzehnte hinweg grundsätzlich bewährt. Allerdings nehmen Wahlmüdigkeit und Politikverdrossenheit in der Gesellschaft zu. (...) Gleichzeitig besteht der Wunsch nach einer stärkeren politischen Mitgestaltung. Ein Großteil der Bevölkerung ist der Meinung, dass durch mehr direkte Beteiligung das Interesse der Menschen an Politik und Demokratie gefördert werden könnte“ (ebd.: 1).

Während sich die Vertreter der anderen Fraktionen in der Plenarsitzung generell für mehr Bürgerbeteiligung aussprachen, wandten sich jedoch zugleich alle klar gegen die Vorlage der AfD. Die Union wolle erst einmal die Vorschläge einer geplanten Expertenkommission abwarten, die Fraktion der FDP spricht von einem „Abschieben“ des Themas in eine Enquete-Kommission und laut SPD gehe der Antrag nicht weit genug (Deutscher Bundestag 2018c: 2314ff). Bündnis 90/Die Grünen kritisierten den fehlenden „Minderheitenschutz“ und auch die Fraktion DIE LINKE lehnte sich gegen den Antrag und spricht von einer „Beerdigung zweiter Klasse in einer Enquete Kommission“ (ebd.). Der Antrag wurde aktuell an den Innenausschuss überwiesen. Mit Blick auf die Redebeiträge zeigt sich ganz deutlich, dass die Fraktionen grundsätzlich direktdemokratische Elemente nicht ablehnen und die Ergänzung der repräsentativen Demokratie durch mehr Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie unterstützen, sie sich jedoch an dem vorgelegten Antrag der AfD, ihren Grundüberzeugungen und ihrem subjektiven Verständnis von Demokratie stören. Strategisch vereinnahmt bleibt das Thema dennoch von der AfD. Sie hat es längst adoptiert und sich selbst zum Vorreiter der direkten Demokratie ernannt. Doch welche Strategie sollen die anderen Parteien hier also im Umgang mit der rechtspopulistischen Herausforderung wählen? Sollen die etablierten Parteien das Thema für sich einnehmen und eigene Gesetzesentwürfe auf die Agenda setzen? Oder sollten sie besser Abstand von Themen der AfD nehmen, um diese nicht in ihren Forderungen zu unterstützen? Die Zielsetzung vorliegender Arbeit ist es, sich über die Forschungsfragen hinaus mit diesem Spannungsverhältnis auseinanderzusetzen. Anhand qualitativer Analyse der Wahlprogramme rechtspopulistischer Parteien soll dabei einerseits gezeigt werden, inwieweit rechtspopulistische Parteien direktdemokratische Forderungen tatsächlich in ihren Programmen verankern und welche Unterschiede sich hier festmachen lassen. Zugleich soll die Analyse zu Einstellungen der Wähler zeigen, inwieweit dieses Angebot überhaupt unterstützt wird und ob positive Einstellungen gegenüber der direkten Demokratie den elektoralen Erfolg von rechtspopulistischen Parteien beeinflussen. Sofern dies der Fall ist, wird es vermutlich umso wichtiger, dass die etablierten Parteien ihre Position gegenüber dem Ausbau der Direktdemokratie überdenken und eine eigene Strategie im Umgang mit diesen Forderungen im Kontext der Herausforderung durch den Rechtspopulismus ausarbeiten.

1.3 Forschungsstand

Um die vorliegenden Forschungsfragen beantworten zu können, ist es von Bedeutung, Anschluss an die bereits veröffentlichte Literatur zum Thema zu finden. Während es Ziel dieser Arbeit ist, den Zusammenhang von Rechtspopulismus und direkter Demokratie sowohl für die Angebots- als auch Nachfrageseite zu untersuchen, befassen sich nahezu alle Studien zum Thema nur mit

einer der beiden Seiten. Die Publikationen, die als Grundlage für die vorliegende Arbeit dienen, sollen daher im Folgenden thematisch unterteilt dargestellt werden.

Auf Angebotsseite stellen Studien zur Ideologie und Demokratiekonzeption von (Rechts) Populismus einen Schwerpunkt der Forschung dar (u.a. Mény und Surel 2002; Mudde 2004; Jacobs 2010; Mudde und Kaltwasser 2012). Wie bereits erwähnt, handelt sich dabei vor allem um normativ-theoretische Arbeiten aus dem Bereich der Politikwissenschaft, die sich mit dem Spannungsverhältnis von Populismus und Demokratie befassen. Die Vorstellung des Volkes als Souverän nimmt eine zentrale Rolle in den Studien ein und es wird impliziert, dass der Populismus eine spezifische Konzeption und Vision von Demokratie vertritt, die vor allem auf die Stärkung direktdemokratischer Instrumente abzielt (Rosenberger 2005; Taggart 2002: 67; Mény und Surel 2002: 9; Corduwener 2014: 424; Abts und Rummens 2007: 408). Auch wenn die populistische Demokratietheorie kaum explizit aufgestellt wird, ist sie eine wichtige Erklärung für das Verständnis der populistischen Ideologie. Für Taggart (2002) dient die Abneigung gegenüber repräsentativer Politik als zentrales Element des Populismus. Populisten würden sich für eine stärkere Verbindung zwischen den Massen und Eliten einsetzen, welche durch den Prozess der direkten Demokratie erfolgen soll (ebd.: 67). Während sich Repräsentation auf Parteien, öffentliche Debatten und Interessensvermittlung gründet, konstruiert der Populismus alternative Prozesse von direkter Demokratie, radikaler Bewegungen oder autoritärer Führung (ebd.: 71). Auch Mény und Surel (2002) befassen sich mit der populistischen Vorstellung von Demokratie. Die Autoren argumentieren, dass Populismus nicht per se undemokratisch sei. Die Geschlossenheit des politischen Systems führe dazu, dass die Frage nach mehr Einbindung der Bürger in den Prozess eine zentrale Frage für jede Demokratie sei (ebd.: 6). Populismus verbinde damit ein spezifisches Verständnis von Demokratie auf institutioneller Ebene und Instrumente wie Referenden oder Initiativen würden die Prinzipien der Repräsentation ausgleichen (ebd.: 13). Auch für Rensmann (2006) stellt die Volkssouveränität und die Forderung nach mehr direkter Demokratie den gemeinsamen Nenner rechtspopulistischer Ideologie dar. Die Politik sei aus der Kontrolle des demokratischen Souveräns geraten und könne nur durch institutionelle Veränderungen wie die Einführung direkter Demokratie zurückgeholt werden (ebd.: 67). Plebiszitäre Politikformen sollen laut populistischer Vision der Parteiendemokratie und Interessensvermittlung normativ gegenübergestellt werden. Auch die Darstellung von Mudde (2007) geht näher auf die populistische Vorstellung von Demokratie ein. Das vorherrschende politische System sei demnach undemokratisch. Die Kontrolle der Macht läge allein bei den politischen Eliten, nur plebiszitäre Elemente wie Initiativen, Referenden oder die Abwahl von Repräsentanten könnten dem Volk seine Souveränität zurückgeben (ebd.: 151). Populistische Parteien würden sich daher für die Einführung und den verstärkten Gebrauch von Referenden einsetzen. In ihrem Aufsatz kommen

Abts und Rummens (2007) zu dem Ergebnis, dass die Verbindung von Demokratie und Populismus im Element der Volkssouveränität liege. Während Populismus für manche als die „reinste“ Form von Demokratie gelte, sehen andere darin ein „tyrannisches“ Element der Demokratie (ebd.: 405). Laut Populismus müsse Politik auf dem unmittelbaren Ausdruck des Gemeinwillens der Bürger basieren, weshalb an die Stelle von repräsentativen Institutionen, direkte Formen von Demokratie treten müssten (ebd.: 408). Eine weitere Grundlage der vorliegenden Arbeit stellen Einzelfallstudien, (u.a. für die AfD: Franzmann 2014; Bebnowski 2015; Decker 2018a; Lewandowsky 2018; für die FPÖ: Heinisch 2004; Pelinka 2017; Fallend et al. 2018; für die SVP: Hildebrand 2017) aber auch zahlreiche länderübergreifende Analysen (u.a. Hartleb 2005; Wodak et al. 2013; Rooduijn et al. 2014) zur programmatischen Ausrichtung (rechts)populistischer Parteien dar. Gemein ist diesen der charakteristische „Drei-bzw. Vierklang“ (Decker 2018b: 1) des Rechtspopulismus. Das ist zum einen die Anti-Establishment-Haltung, auf kultureller Ebene das Bedürfnis nach Zugehörigkeit und Identität, auf wirtschafts- und sozialpolitischer Ebene, die Angst vor sinkendem Wohlstand sowie eine Abneigung gegenüber internationalen Organisationen wie der EU. Aber auch in diesen Studien findet das Thema der direkten Demokratie als Element des Demokratieverständnisses von Populisten seinen Platz. Da Populisten die Repräsentation durch Parteien als eine Art der Bevormundung empfinden, fordern sie eine ungefilterte Willensartikulation durch mehr direkte Demokratie. Die Einführung von Volksabstimmungen sowie die direkte Wahl beispielsweise des Bundespräsidenten stehen laut Forschung im Zentrum rechtspopulistischer Wahlprogramme (Decker 2018c: 1; Franzmann 2014: 119; Hornig 2017: 43).

Eine Grundlage zum Thema auf der Nachfrageseite bilden Studien zur Einstellung (rechts)populistischer Wähler. Während sich ein Großteil der Forschung lange Zeit vor allem mit der Klassifizierung und Charakterisierung von populistischen Parteien auf Makroebene befasste, gibt es inzwischen eine große Anzahl an Studien zu individuellen Faktoren von (rechts)populistischen Wählern auf Mikroebene. Diese Publikationen umfassen unterschiedliche Aspekte, Themen und Fallbeispiele. Einen großen Anteil stellen Einzelfallanalysen zur Sozialstruktur, den politischen Einstellungen sowie Sachpositionen von (rechts)populistischen Wählern in Deutschland (u.a. Nestler und Rohgalf 2014; Schmitt-Beck 2014; Berbuir et al. 2015; Hambauer und Mays 2017; Vehrkamp und Merkel 2018; Goerres et al. 2018), den USA (Hibbing und Theiss-Morse 2002; Hawkins et. al 2012), den Niederlanden (Rooduijn 2013; Akkerman et. al 2014) und Belgien (Spruyt et. al 2016) dar. Zudem gibt es jedoch auch eine Vielzahl von länderübergreifenden Studien (u.a. Kriesi et al. 2006; Arzheimer 2009; de Vries und Edwards 2009; Rooduijn 2018). Auch wenn die meisten dieser Studien die Volkssouveränität als Teildimension der (rechts)populistischen Einstellung betrachten, gibt es bisher nur wenige Studien, die sich explizit mit der Einstellung (rechts)populistischer Bürger zu direktdemokratischen Instrumenten befassen. Im

Mittelpunkt der Debatte stehen vielmehr soziodemographische und -ökonomische Faktoren, persönliche Einstellungen wie Anti-Elitismus, Wohlfahrtschauvinismus und Nativismus sowie die Positionierung zu Sachthemen. Gleichmaßen fehlt es an Studien, die den Einfluss direktdemokratischer Einstellungen auf die Wahlentscheidung für rechtspopulistische Parteien untersuchen. Diese überschaubare, jedoch erkenntnisreiche Menge an Publikationen soll im Folgenden dargestellt werden.

Ausgangspunkt dieser Studien ist die Annahme, dass sich rechtspopulistische Parteien verstärkt dafür einsetzen würden, den Bürger durch Formen direkter Demokratie in den politischen Entscheidungsprozess miteinzubinden. Uneinigkeit herrscht jedoch darüber, inwieweit diese Forderungen bei Wählern überhaupt auf Resonanz stoßen. Die Studien unterscheiden sich dabei vor allem mit Blick auf die Fallauswahl. Es gibt Einzelfallstudien zu europäischen Staaten wie Finnland (Bengtsson und Mattila 2009), Niederlande (Jacobs et al. 2018) oder Großbritannien (Webb 2013). Aber auch länderübergreifende Studien beispielsweise für Norwegen, Slowenien, Polen und Frankreich (Pauwels und Marien 2010) oder Deutschland, Frankreich, Schweiz und Großbritannien (Mohrenberg et al. 2017) sowie Publikationen zu außereuropäischen Staaten wie Australien, Kanada und den USA (Bowler et al. 2017). Die Studie von Bengtsson und Mattila (2009) untersucht die Unterstützung von direkter Demokratie und der sogenannten „stealth democracy“ in Finnland. Aufbauend auf der These, dass repräsentative Formen von Demokratien in den letzten Jahrzehnten weniger Unterstützung durch Bürger erhalten, gehen die Autoren von einem Bedürfnis an politischer Partizipation aus. Laut der sogenannten „political dissatisfaction hypothesis“, würden vor allem politikmüde Bürger, repräsentativen Institutionen misstrauen, daher das politische System verändern wollen und Formen direkter Demokratie unterstützen (ebd.: 1032). Anhand deskriptiver Beschreibungen und einem logistischen Regressionsmodell zeigt sich, dass es tatsächlich vor allem die Unzufriedenheit über das vorherrschende System und die fehlende Responsivität sind, die zu einer Unterstützung von direkter Demokratie führen. Einen Einfluss auf die Unterstützung direkter Demokratie haben außerdem ein niedriger Bildungsgrad und fehlendes politisches Wissen. Eine weitere wichtige Publikation stammt von Pauwels und Marien (2010). Sie gehen davon aus, dass populistische Wähler das bestehende politische System sowie die Dominanz korrupter Parteien ablehnen und mithilfe direkter Demokratie ihre Souveränität zurückgewinnen wollen (ebd.: 4). Auf Grundlage der Daten des International Social Survey von 2004 und dem belgischen PARTIREP Datensatz von 2009 untersuchen die Autoren, inwieweit sich diese These länderübergreifend bestätigen lässt und welchen Einfluss die Stärke der populistischen Parteien sowie Gelegenheitsstrukturen des Landes haben. Für 14 europäische und außereuropäische Länder und Parteien werden zunächst die allgemeine Unterstützung von Referenden in den Ländern sowie Unterschiede zwischen populistischen und anderen Wählern untersucht. Die Ergebnisse der

logistischen Regression zeigen, dass es in allen Ländern vor allem populistische Wähler sind, die Referenden bevorzugen (ebd.: 11). In dem hier angeführten Überblick zur Forschung reiht sich auch die Arbeit von Jacobs et al. (2018) ein. Auch sie untersucht, ob und inwieweit Bürger mit populistischen Einstellungen Referenden bevorzugen und diese auch ihre Wahlentscheidung beeinflussen. Die Autoren gehen davon aus, dass zu Populismus neigende Wähler den Einsatz von Referenden unterstützen (ebd.: 2). Anhand der Daten einer nationalen Referendumsumfrage 2016 in den Niederlanden und einem logistischen Regressionsmodell kann dies bestätigt werden. Mohrenberg et al. (2017) befassen sich in ihrem Paper mit einer ähnlichen Fragestellung. Sie gehen davon aus, dass populistische Wähler in der direkten Demokratie die Verwirklichung des Gemeinwillens sehen und sich daher verstärkt für diese einsetzen (ebd.: 1). Anhand von Umfragedaten für die Jahre 2015/2016 in Frankreich, Deutschland, Großbritannien und der Schweiz untersuchen sie den Zusammenhang von direkter Demokratie und Populismus und bejahen in ihrem Ergebnis diese Aussage. Je stärker populistische Einstellungen dominieren, desto wichtiger werden unmittelbare Volksrechte für eine erfolgreiche Demokratie angesehen und umso eher werden verfassungsrechtliche Einschränkungen dieser abgelehnt (Mohrenberg et al. 2017: 18). Auch Bowler et al. (2017) untersuchen den Zusammenhang von Rechtspopulismus und direkter Demokratie. Sie argumentieren, dass die zunehmende Unzufriedenheit von Bürgern mit dem Funktionieren der Demokratie sich in Forderungen nach unmittelbaren Entscheidungsmöglichkeiten niederschlägt. Bürger würden sich somit den Forderungen der rechtspopulistischen Parteien anschließen. Anhand nationaler Umfragedaten der Jahre 1999 und 2001 untersuchen sie diesen Zusammenhang für Kandidaten und Anhänger rechtspopulistischer Parteien in Australien, Kanada und Neuseeland. Anhand logistischer Regressionsmodelle kommen sie zu dem Ergebnis, dass sich die Kandidaten rechtspopulistischer Parteien im Vergleich zu anderen Parteien, auch dort für direkte Demokratie einsetzen würden. Im Gegensatz zu den vorher genannten Studien, kommen sie jedoch zu dem Ergebnis, dass sich das im Fall der Wähler nicht bestätigen lässt (ebd.: 87).

Der hier dargelegte Forschungsstand macht deutlich, dass der Zusammenhang von Rechtspopulismus und direkter Demokratie noch nicht allumfassend geklärt ist. Während die Studien einerseits zu dem Ergebnis kommen, dass rechtspopulistische Parteien wie auch Wähler Forderungen nach direktdemokratischen Instrumenten unterstützen würden, zeigen andere, dass es keinen signifikanten Zusammenhang zwischen der Unterstützung direkter Demokratie und der rechtspopulistischen Einstellung von Bürgern gibt. Ein weiterer Mangel des Forschungsstands besteht in der Aktualität. Es finden sich nur wenige Studien für die Jahre nach 2016. Zudem gibt es aktuell keine Studie, die den Zusammenhang der Konzepte für die AfD untersucht. Aufbauend auf den hier dargelegten Ergebnissen soll die vorliegende Arbeit diese Forschungslücke durch aktuelle

Entwicklungen und die Replikation bestehender Ergebnisse im Kontext anderer Länder schließen sowie den Forschungsstand weiterentwickeln. Für jede wissenschaftliche Arbeit ist es von Bedeutung, ein allgemeines Begriffsverständnis für zentrale Konzepte der Arbeit zu schaffen. Dies erfolgt im anschließenden Kapitel.

2 Konzeptspezifikation

Dass der Begriff „Populismus“ bereits seit einiger Zeit in aller Munde ist und für politisch linke wie rechte, liberale oder illiberale Politiker, Parteien und Bewegungen verwendet wird, dürfte für niemanden etwas Neues sein. Die Frage Müllers (2016), wer eigentlich kein Populist sei, scheint daher berechtigt. Ist Populismus nun ein Politikstil? Eine Beleidigung? Oder einfach eine Kommunikationsform? Dies soll für die vorliegende Arbeit erläutert werden. Auch wenn das zweite zentrale Konzept dieser Arbeit, die direkte Demokratie, mit Blick auf die Begriffsbestimmung weit weniger umstritten ist, gibt es auch hier bis heute keine allgemeingültige Definition. Handelt es sich bei direkter Demokratie tatsächlich um den Gegenpol zur repräsentativen Demokratie? Wann gilt eine Demokratie als direkt und welche synonymen Begrifflichkeiten gibt es? Im Folgenden werden diese Fragen beantwortet, auf die Herkunft und Wurzeln der Konzepte eingegangen und mögliche Definitionen dargestellt.

2.1 Populismus

„Alle Versuche, das Phänomen des Populismus auf den Begriff zu bringen, haben immer wieder gezeigt, dass es zu komplex, kontextabhängig und veränderlich ist, um in knappen Definitionen erfasst werden zu können“ (Meyer 2006: 81). Das Bestreben, die zahlreichen Formen von Populismus als ein universelles Phänomen greifbar zu machen, hat zu einer Vielzahl von Definitionen und Kontroversen geführt. Obgleich der Versuch einer einheitlichen Definition gescheitert ist (von Beyme 2013: 48), haben die unterschiedlichen Konzepte und Verständnisarten ihre Daseinsberechtigung und machen umso deutlicher, dass eine Begriffserklärung und Definition im Kontext der vorliegenden Arbeit vonnöten sind. Der historische Kontext und die Wurzeln des Begriffs sind unumstritten. Vom lateinischen Wort „populus“ abstammend, wurde damit das Volk und die Gesamtheit der erwachsenen Bürger der römischen Republik bezeichnet (Wolf 2017: 3). Die erstmalige Verwendung des Begriffs für politische Bewegungen lässt sich jedoch auf das 19. Jahrhundert zurückführen. Als älteste populistische Bewegungen werden die russische „Narodniki“, die US-amerikanische „People’s Party“ sowie der lateinamerikanische „Peronismus“ bezeichnet (vgl. Decker 2013a: 26; Rovira Kaltwasser et al. 2017: 3; Wolf 2017: 3). Die russischen Narodniki („Volkstümpler“) stellte eine lose Gruppe revolutionärer Intellektueller dar, die sich 1874 zum Ziel machten, gegen die Obrigkeit in Gestalt des Zarentums, sowie den Kapitalismus vorzugehen und das einfache Volk über soziale Missstände aufzuklären (Wolf 2017: 4; Rovira Kaltwasser et al. 2017: 3). Auch die 1891 gegründete People’s Party bzw. Populist Party hatte es sich zum Ziel gemacht, die Interessen der einfachen Bürger gegenüber Bankern, Industriellen und Monopolistischen zu verteidigen (Taggart 2000: 26). Die Partei ging dabei aus der Farmerbewegung

(„Farmer’s Alliance“) der 1870er in Texas hervor, die gegen das Großkapital, Kreditzinsen und Transportgebühren sowie für eine gestaffelte Einkommenssteuer und eine Reform der öffentlichen Verwaltung kämpften (Wolf 2017: 4; Rovira Kaltwasser et al. 2017: 3). Der in Lateinamerika entstandene Populismus wird auf die Jahre 1940-1950 datiert. In der Zeit der „Großen Depression“ litt die Bevölkerung unter massivem wirtschaftlichem Verfall, der Staat erfuhr eine Legitimitätskrise und die Forderungen nach einer politisch und sozial orientierten Gesellschaft wurden immer lauter. Die Kombination dieser Faktoren stützte den Erfolg populistischer Führer, wie Juan Domingo Perón in Argentinien (Rovira Kaltwasser et al. 2017: 5). Massive soziale Reformen, Massenunterstützung und eine geschickte Selbstinszenierung zeichneten den sogenannten Peronismus als Form des ersten Populismus im 20. Jahrhundert in Lateinamerika aus (Wolf 2017: 5). Diese drei Beispiele zeigen, dass der Begriff des Populismus zur Entstehungszeit nicht negativ konnotiert war. So unterschiedlich diese Beispiele in ihrem Ursprung auch sind, prägen sie doch unser heutiges Verständnis von Populismus und zeigen, dass es unterschiedliche Spielarten von Populismus gab und bis heute gibt, diese jedoch alle einen zentralen Wesenskern teilen: den Appell an „das Volk“, die Abgrenzung von der Elite und dem Establishment sowie den Glauben, dass sich demokratische Politik näher am Bürger bewegen muss. Diese Elemente sind es auch, die im Mittelpunkt der hier vorliegenden Arbeit stehen. Im Folgenden werden zentrale konzeptionelle Ansätze zur Begriffsbestimmung des Populismus dargestellt sowie eine für die vorliegende Arbeit zentrale Definition aufgestellt.

Wie bereits erwähnt, wurden zahlreiche Versuche unternommen, Populismus zu definieren.² Entsprechend dem aktuellen Stand der Forschung (vgl. u.a. Rovira Kaltwasser et al. 2017) dominieren die Debatte drei unterschiedliche konzeptionelle Ansätze innerhalb der Politikwissenschaft. Der politisch-strategische Ansatz („political-strategic approach“) mit seinem bekanntesten Vertreter Kurt Weyland, der sozio-kulturelle Ansatz („socio-cultural approach“) geprägt von Pierre Ostiguy sowie der ideelle Ansatz („ideational approach“) vertreten vor allem durch Cas Mudde. Der erstgenannte Ansatz beschreibt Populismus als eine Strategie des Machterwerbs (vgl. Barr 2009; Weyland 2001): „[Populism is a] political strategy through which a personalistic leader seeks or exercises government power based on direct, unmediated, uninstitutionalized support from large numbers of mostly unorganized followers“ (Weyland 2001: 14). Die zentralen Komponenten sind also ein politischer Akteur, der nach Macht strebt und diese ausführt sowie das Machtpotenzial, mit dem dieser die Massen mobilisiert und sich somit seine Unterstützung sichert. Laut Weyland (2017: 12) zeichnet sich Populismus durch eine

² Einen umfassenden Überblick aller Ansätze zur Begriffsbestimmung von Populismus findet sich u.a. bei Priester (2011), Moffitt und Tormey (2014), Pappas (2016) und Rovira Kaltwasser et al. (2017). In der vorliegenden Arbeit liegt der Fokus auf den gängigen und bekanntesten Ansätzen.

personalisierte Herrschaft aus, dessen Autonomie und Macht sich ausweiten, indem andere Akteure wie organisierte politische Parteien oder Elitengruppen abgelehnt, zur Seite gedrängt oder dominiert werden. Massenmedien und soziale Kommunikationsmöglichkeiten würden den Anführer dabei unterstützen, den „Willen des Volkes“ zu erkennen, die unmittelbare Beziehung zu seinen Anhängern zu stärken und die unmittelbare Unterstützung von großen Massen zu sichern. Das Konzept des Populismus als politische Strategie umfasst unterschiedliche Erscheinungsformen und regionale Varianten, dennoch erscheint diese Begriffsbestimmung für die vorliegende Arbeit nicht geeignet. Der starke Fokus auf den personalisierten Anführer als zentralen Akteur ignoriert dabei die Tatsache, dass Populismus gerade in Europa in Form von organisierten, politischen Parteien wie der AfD, der FPÖ oder der SVP auftritt. Dieser Ansatz liefert gewiss eine Erklärung für die Unterstützung von populistischen Anführern. Entsprechend der Ausrichtung der vorliegenden Arbeit stellt dies jedoch keinen hinreichenden Faktor der Untersuchung dar. Ausgehend von einem direkten Kontakt eines Anführers zum Wahlvolk ohne die Vermittlung durch eine Partei beansprucht der Ansatz vor allem eine Allgemeingültigkeit aufgrund von Beispielen aus Lateinamerika. Für die empirischen Beispiele der vorliegenden Arbeit, welche sich ausschließlich dem Rechtspopulismus widmet, kann diese Definition als unzureichend angesehen werden. Ein weiterer gängiger Ansatz beschreibt Populismus als (politischen) Stil, als Performance und Praxis von Politikern (vgl. Canovan 1999; Jagers und Walgrave 2007; Moffitt und Tormey 2014; Ostiguy 2017): „Populism is in many ways a spectacle, a show, a performance; it is a world away from dull bureaucracies and self-enclosed administrations“ (Ostiguy 2017: 21). Mit Blick auf den Populismus beschreibt dieser Ansatz also spezifische Verhaltensformen („performance“) eines populistischen Akteurs, mithilfe derer er Beziehungen zu seinem Volk schafft und beeinflusst. Die zentralen Komponenten sind dabei der Appell an das eine Volk, die Narrative von Krise, Zusammenbruch und Bedrohung sowie schlechte Umgangsformen (Moffitt 2016: 5). Die „Beschwörung“ des einen Volkes ist das zentrale Element, das Populismus von anderen politischen Stilen unterscheidet. Populismus stellt mit seiner einfachen und direkten Sprache einen Gegensatz zum komplexen System von Regierung und politischer Entscheidungsfindung dar (ebd.: 392). Die Verrohung der politischen Sprache und des Diskurses durch Populismus stellt auch in der Definition von Ostiguy das zentrale Element dar (2017: 2). Indem Populisten provokant, laut und in der Öffentlichkeit „die“ Wahrheit aussprechen, sorgen sie für Unruhe und mobilisieren die Massen. Ostiguy (2009: 5) beschreibt das Sein und Handeln in der Politik durch sogenannte „high-low axis“. Der Populismus stellt die schlechte, ordinäre Dimension („low axis“) dar. Die entgegengesetzte Dimension („high axis“) umfasst Verhaltensformen wie Vernunft, eine technokratische Sprache, politische Korrektheit und Gelassenheit und Ruhe (ebd. 2017: 7). Populismus versucht mit rhetorischen und kommunikativen

Strategien den Bürger für sich zu gewinnen. Durch den Appell an Emotionen wie Wut, Angst, Enttäuschung oder Verunsicherung verspricht er den Bürgern ihre Interessen gegenüber dem herrschenden Establishment zu repräsentieren. Während dies zentrale Elemente des Populismus sind, umfasst dieses Verständnis jedoch nicht den Kern der vorliegenden Arbeit. Die enorme Bandbreite des Phänomens Populismus lässt sich nur schwer auf eine Art von Politikstil reduzieren. Der Ansatz eignet sich, um Populismus als generelles Phänomen unabhängig von regionalen, ideologischen oder organisatorischen Kontexten zu vergleichen, jedoch ist dies nicht das Ziel der vorliegenden Arbeit.

Mit Blick auf die eingangs dargelegte Relevanz dieser Arbeit wird deutlich, dass Populismus als ein aktuelles politisches Phänomen erachtet werden muss. Auch wenn es nicht möglich ist, ein allumfassendes Konzept aufzustellen, gibt es durchaus ideologische Kernelemente, die den ausgewählten populistischen Parteien dieser Arbeit gemein sind und es rechtfertigen, Populismus hier als Ideologie zu verstehen. Die Bedeutung von bestimmten Ideen, Vorstellungen und Ideologien kommt vor allem in ideellen Ansätzen („ideational approach“) zur Geltung (vgl. Mudde 2004; Stanley 2008; Hawkins 2009; Rooduijn 2013). Die bekannteste Definition stammt von Mudde:

„Populism is an ideology that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic groups, ‚the pure people‘ versus ‚the corrupt elite‘, and which argues that politics should be an expression of the *volonté générale* (general will) of the people“ (ebd. 2004: 543).

Zu betonen ist dabei, dass Populismus als „schlanke“ Ideologie³ bezeichnet werden muss, sich jedoch drei programmatische Kerninhalte definieren lassen: das Volk, die Eliten und der Gemeinwillen. „Das“ Volk bildet im Populismus das absolute Zentrum. Als homogen, schicht- und klassenübergreifend gedachte Gemeinschaft, stellt das Volk einen einheitlichen Organismus dar. Da dieser in der Realität gar nicht existiert, ist es vor allem eine von Populisten konstruierte Gemeinschaft. Sicherlich bleibt das Volk als Kategorie diffus, unbestimmt und wird idealisiert (vgl. Taggart 2004: 280), dennoch bildet es das absolute populistische Kernelement der Ideologie. Alle Themen und Forderungen des Populismus beziehen sich auf den Gegensatz zwischen Volk und Elite. Das moralisch überlegene Volk steht der eigennützigen Elite gegenüber: „(...) populism distinguishes the people and the elite on the basis of just one dimension, i.e. morality. This pits the pure people against the corrupt elite – or, in Manichean terms, the good people versus the evil

3 Als „dünn“ oder „schlank“ werden Ideologien bezeichnet, die im Gegensatz zu Weltanschauungen wie dem Liberalismus oder Sozialismus, zwar ein spezifisches Ziel verfolgen, sich jedoch in anderen Bereichen zugleich an umfassendere Ideologien oder Denkweisen anknüpfen. Die Verbindung mit einer anderen Ideologie kann dabei von Fall zu Fall variieren (vgl. u.a. Freedon 1998; Priester 2012; Abts und Rummens 2007).

elite“ (Mudde 2017: 7). Auch die Forderungen nach direkter Demokratie ergeben sich aus Sicht des Populismus ganz selbstverständlich und logisch. Als eine einheitliche Gemeinschaft besitzt das Volk auch eine einheitliche Stimme, die von der Politik zum Ausdruck gebracht werden muss. Der Glaube an den Gemeinwillen ist stark mit der Berufung auf den „gesunden Menschenverstand“ verbunden. Die Legitimation des Populismus leitet sich aus der höheren Moralität und dem wahren, unverfälschten Urteilsvermögen des Volkes ab: „Populists often claim to base their policies on common sense, i.e. the result of the honest and logical priorities of the (common) people“ (Mudde 2017: 8). Die Politik ist dem Volk als eigentlichem Souverän entglitten und zeichnet sich nur noch durch Intransparenz, Korruption und Vetternwirtschaft aus. Der Wille des Volkes müsse artikuliert werden, weshalb die Einführung von direktdemokratischen Elementen unabdingbar sei (Wolf 2017; Albertazzi und McDonnell 2008; Decker 2013b). Genau an diesem Punkt wird deutlich, weshalb dieser Ansatz für die vorliegende Arbeit am geeignetsten scheint. Im Mittelpunkt der Definition steht die vertikale Achse von Volk und Elite, der Anti-Pluralismus, die Institutionenfeindlichkeit sowie die Moralisierung von Politik. Genau diese Elemente sind es, die den Zusammenhang von Populismus und direkter Demokratie verständlich machen und die Forderungen nach Volksversammlungen und Referenden erklären. Die vorliegende Arbeit beruht auf der Idee, dass Populismus als eine Ideologie auf einem spezifischen, populären Verständnis von Demokratie beruht, aus dem sich institutionelle Vorstellungen wie Stärkung direktdemokratischer Elemente und Schwächung der Gewaltenteilung ergeben. Der Populismus speist seinen Erfolg vor allem dadurch, dass er auf die Krise des demokratischen Repräsentationssystems, der Vermittlungsinstitutionen und der Partizipationsmöglichkeiten hinweist. Die Lösung dieser Probleme liegt in der Zurückstellung konstitutioneller Einschränkungen des Volkswillens und dem Einsatz plebiszitärer Elemente. Inwieweit dies tatsächlich von populistischen Parteien in der Realität gefordert oder umgesetzt wird und Bürger diese ideologischen Ansichten teilen, gilt es in dieser Arbeit zu untersuchen. Zunächst erfolgt jedoch die Begriffsbestimmung des Rechtspopulismus als besondere Art des Populismus.

2.2 Rechtspopulismus

Während Decker noch 2006 optimistisch urteilte, dass Deutschland zu den wenigen Ländern gehöre, die von dem Phänomen des Rechtspopulismus verschont geblieben sind und „eine flächendeckende Etablierung (...) in absehbarer Zukunft auch nicht zu erwarten [sei]“ (ebd.: 29), hat sich der Rechtspopulismus nun mit dem Aufstieg der AfD in Deutschland in fast ganz Europa ausgebreitet. Auch die vorliegende Arbeit befasst sich im Speziellen mit Rechtspopulismus und direkter Demokratie. Daher soll, nachdem bereits ausführlich erläutert wurde, was Populismus eigentlich ist, im Folgenden erläutert werden, was unter Rechtspopulismus verstanden wird.

Rechtspopulismus stellt eine besondere Spielart des Populismus dar. Wie bereits erwähnt, wird Populismus im Sinne Muddes (2007) als dünne Ideologie verstanden. Rechtspopulismus basiert stark auf den ideologischen Merkmalen des Populismus und fügt diesen spezifische rechtspopulistische Merkmale hinzu (Wolf 2017: 12). In der politikwissenschaftlichen Debatte werden unter dem Begriff des Rechtspopulismus eine Vielzahl unterschiedlicher Parteien, Individuen und Bewegungen gefasst, welche zum Teil rechtsextrem, rechtsradikal oder gar faschistisch sind (vgl. Decker 2006; Wodak et al. 2013; Minkenberg 2018).⁴ Der Rechtspopulismus in Europa ist durch unterschiedliche nationale und politische Traditionen und Erfahrungen geprägt (Schellenberg 2017: 2). Trotz Gemeinsamkeiten unterscheiden sich die Parteien von Land zu Land. In der folgenden Darstellung soll es daher vor allem um die Kerninhalte und Grundlogiken des Rechtspopulismus gehen, anhand derer die ausgewählten Fälle dieser Arbeit bestimmt und beschrieben werden können. In dem vorangegangenen Abschnitt zur Begriffsbestimmung des Populismus wurden als inhaltliche und programmatische Kerninhalte das Volk, die Eliten und der Gemeinwille genannt. Was sind nun Merkmale, die eine Partei als rechtspopulistisch einordnen lassen und die populistische Ideologie ergänzen? Während die dichotome Unterscheidung zwischen dem „einfachen Volk“ und der „korrupten Elite“ auch für den Rechtspopulismus ein entscheidendes Charakteristikum darstellt, wird diese Vorstellung vor allem durch eine weitere Unterscheidung ergänzt. Der Rechtspopulismus, im Gegensatz zum linken Populismus, vertritt in seinem Kern eine Abgrenzungsideologie des „Volkes“, gegen die „Volksfremden“ (ebd.: 1). Rechtspopulismus betreibt Exklusion damit nicht nur auf vertikaler Achse, gegen „die da oben“, sondern auch auf horizontaler Achse, gegen „die anderen“. Dreh- und Angelpunkt des Rechtspopulismus sind seine Identitätsvorstellungen: Anhand nationaler Zugehörigkeit und Abstammung werden Freund und Feind definiert. „Ein ‚kulturelles Erbe‘, ‚genuine Traditionen‘, die ‚historische Vergangenheit‘ und die Sprache kreieren einen ‚spezifischen Volkscharakter‘, der eng mit einem gewissen geographischen Lebensraum verbunden sei und der qua Geburt übertragen würde“ (Nicke 2017: 1). Die stark ethnokulturelle und rassistisch-chauvinistische Unterscheidung und Abgrenzung bilden das Hauptmerkmal der rechtspopulistischen Parteienfamilie. Als „Fremde“ werden Gruppen und Menschen aufgrund ethnischer, religiöser, kultureller, sexueller und politischer Überzeugungen diffamiert. In Europa werden vor allem Muslime und „der Islam“

4 Auch wenn die Begriffe Rechtsradikalismus, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus oftmals synonym verwendet werden, bezieht sich die vorliegende Arbeit allein auf das Phänomen des Rechtspopulismus. Als Unterscheidungsmerkmal dient dabei vor allem die Einstellung gegenüber der Demokratie: während Rechtspopulisten sich selbst als „Verteidiger der Demokratie“ gegen die Eliten und Fremde sehen, lehnen Rechtsextremisten das politische System sowie das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung ganzheitlich ab und fordern diktatorische Regierungsformen und ein Rückgängigmachen der Demokratisierung (vgl. u.a. Decker 2017; Salzborn 2018). Es soll dabei jedoch nicht ausgeschlossen oder verharmlost werden, dass auch Teile rechtspopulistischer Parteien und Wähler rechtsextreme Einstellungen und Vorstellungen vertreten und teilen.

zum Hauptfeind stilisiert, gegen welche das christliche Abendland verteidigt werden müsse (ebd.). Damit einhergehend ergibt sich auch die zentrale programmatisch-inhaltliche Positionierung des Rechtspopulismus, die trotz aller nationaler Unterschiede der Parteien, die „größte Schnittmenge“ darstellt (Decker 2018a: 361). Zuwanderungskritik, Wohlfahrtschauvinismus und die Ablehnung von Multikulturalismus prägen die rechtspopulistische Rhetorik, Debatten wie auch Wahlprogramme. Migration und Integration stellen die zentralen Wahlkampfthemen dar. Aufgrund seiner „Rückwärtsgewandtheit“ (ebd.: 360), verschließt sich Rechtspopulismus gegen jegliche Modernisierungsprozesse und setzt sich für ein überholtes Gesellschafts-, Familien- und Frauenbild ein. Verstärkt werden diese Feindbilder durch einen spezifischen Kommunikationsstil: Tabubrüche, Provokation, radikale Lösungsansätze, Verschwörungstheorien, aber vor allem Emotionalisierung und das Heraufbeschwören von Krisen und Ängsten stellen zentrale Merkmale des populistischen Rhetorikstils dar (Decker und Lewandowsky 2017: 10). Ein weiteres Hauptmerkmal des Rechtspopulismus und zentrales Element der vorliegenden Arbeit ist die Institutionenfeindlichkeit. Der Rechtspopulismus stellt eine Reaktion auf das vorherrschende „demokratische Paradoxon“ der heutigen Politik dar (vgl. Canovan 2002: 25). Der repräsentativen Demokratie wohnen zwei Prinzipien inne, die in einem komplementären Spannungsverhältnis zueinanderstehen: Während das demokratische Prinzip als Garant für Volkssouveränität, Teilhabe und Majorität steht, gewährt das liberale, konstitutionelle Prinzip, Rechte und Schutz, garantiert den Bestand der Volkssouveränität, führt dadurch jedoch zugleich zu deren Einschränkung. Rechtspopulismus vertritt ein stark plebiszitäres Politikverständnis, das eine Überbetonung der Volkssouveränität gegenüber der konstitutionellen Säule beinhaltet. Innerhalb der „populistisch-plebiszitäre Demokratiekonzeption“ (Decker 2006: 26) wird das Volk zum Träger der demokratischen Legitimation. Rechtspopulisten fordern daher die Annahme eines homogenen Volkswillens sowie die Ablehnung verfassungsrechtlicher Schranken gegen die Volkssouveränität. Inwieweit diese Vorstellungen und Ideologie auch zu Forderungen nach konkreten Maßnahmen zum Ausbau der direkten Demokratie führen und die Programmatik der Parteien beeinflussen, soll im weiteren Verlauf dieser Arbeit dargelegt werden. Zunächst erfolgt jedoch ein Abschnitt zur Begriffsbestimmung der direkten Demokratie.

2.3 Direkte Demokratie

„Direkte Demokratie, das war lange Zeit ein Thema, bei dem man an das alte Griechenland dachte – oder an eigentümliche Zusammenkünfte trachtentragender Männer auf schweizerischen Dorfplätzen. Doch das hat sich gründlich geändert“ (Jung 2001: 9). Tatsächlich erlebt die direkte Demokratie bereits seit längerem einen Aufschwung oder wie manche Autoren beschreiben, gar einen Siegeszug. Die Hälfte aller Staaten weltweit hat auf nationaler Ebene Volksentscheide

verankert (Batt 2006: 10). Die direkte Demokratie hat sich also zu einem weit verbreiteten Phänomen entwickelt. Trotz steigendem wissenschaftlichem Interesse am Thema fehlt es bis heute jedoch an einer allgemeingültigen Definition. Der historische Ursprung der direkten oder auch plebiszitären Demokratie liegt im antiken Griechenland des 5. und 6. Jahrhunderts v. Chr. Die sogenannte Attische Demokratie ist das erste bekannte Beispiel der Versammlungsdemokratie auf Ebene des Stadtstaates (Schiller 2002: 11). In Versammlungen aller Stimmberechtigten - zu dieser Zeit waren dies jedoch nur vollberechtigte, volljährige männliche Bürger und damit nur ein kleiner Teil der Gesamtbevölkerung - wurden Entscheidungen über wesentliche politische Fragen direkt und unmittelbar vom Bürger getroffen. Auch im alten Rom des 4. Jahrhundert vor Christus wurde das System, welches bisher aus einem monarchischen, den beiden Konsuln und einem aristokratischen Element, dem Senat, bestand mit dem Organ der Volksversammlung kombiniert. Mit dem Entstehen autokratischer Herrscher wie Cäsar oder Augustus, wurden diese demokratischen Elemente jedoch wieder entfernt. Eine weitere historische Traditionslinie geht mit Jean-Jacques Rousseau einher. Als einer der bekanntesten Schriftsteller und Philosophen im Frankreich des 18. Jahrhunderts entwickelte er eine radikale Demokratievorstellung, die darauf beruhte, dass die Souveränität beim Volk liege und dieses die Stelle des bisher herrschenden absolutistischen Königs einnehmen muss (Decker 2006: 22). Gestützt auf die Schriften Rousseaus, wurde die erste demokratische Revolution in Frankreich geführt und Instrumente der direkten Demokratie in der französischen Verfassung von 1793 verankert (Eder 2009: 40). Die Bedeutung der Direktdemokratie lässt sich auch im weiteren Verlauf der Theoriegeschichte der Demokratie erkennen. Beispielsweise in Gestalt der schweizerischen Landesgemeinden im 13. Jahrhundert sowie in Form der amerikanischen Bürgerversammlungen („New England Town Meetings“) des 17. Jahrhunderts oder auch in Form der Pariser Kommune von 1871, die als Reinform direktdemokratischer Herrschaft und einer Fusion der Gewalten galt (ebd.). Während das antagonistische Verhältnis direkter und repräsentativer Demokratie ideengeschichtlich lange vorherrschend war, bestehen diese in der Realität moderner Gesellschaften und großflächiger Staaten weitgehend nebeneinander. Als ergänzende Mechanismen der Entscheidungsfindung lassen sich direktdemokratische Instrumente heute in den meisten Systemen Europas finden. Welche Begrifflichkeiten hier Anwendung finden, wird im Folgenden thematisiert.

Der Begriff der direkten Demokratie umfasst die Vorstellung einer Herrschaftsform, bei der politischen Entscheidungen unmittelbar, ohne die Zwischenschaltung von weiteren Instanzen, Repräsentanten oder Willensakten vom Volk getroffen werden. Der Begriff der „unmittelbaren Demokratie“ ist damit gleichzusetzen mit der direkten Demokratie (Neumann 2009: 168). Während sich der erste Begriff im Verfassungsrecht Deutschlands wie auch der Schweiz wiederfindet, wird letzterer hier nicht erwähnt. Der Begriff der direkten Demokratie hat sich im

alltäglichen Sprachgebrauch dennoch festgesetzt. Grundsätzlich lässt sich zwischen einem weiten und engen Begriffsverständnis unterscheiden. Direkte Demokratie kann im weiteren Sinne als „Volksversammlung (...), in der alle Entscheidungen von allen Mitgliedern eines Gemeinwesens getroffen werden“ (Solar 2016: 7) bezeichnet werden. Da diese Vorstellung einer reinen Versammlungsdemokratie in der Realität moderner Massengesellschaften nur noch ein theoretisches Konstrukt darstellt, eignet sich ein engeres Verständnis von direkter Demokratie (vgl. Walter-Rogg 2008: 238; Schiller und Mittendorf 2002: 11). Diesem zufolge ist direkte Demokratie

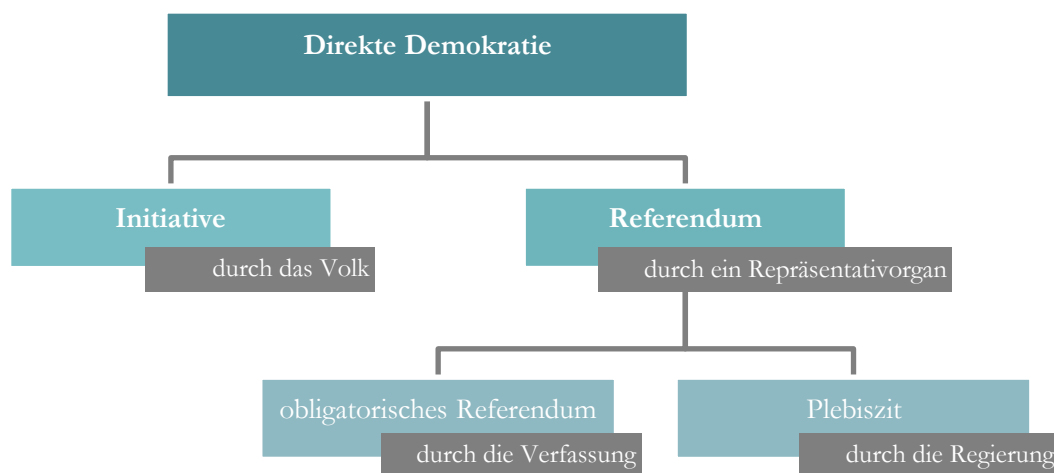
„ein Zusammenspiel von unterschiedlichen in den jeweiligen Verfassungen und Gesetzen festgeschriebenen Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechten der Bürgerinnen und Bürger und bedeutet die unmittelbare Einwirkung in einem politischen System auf eine bestimmte Entscheidung“ (Kost 2008: 25).

Kritik findet sich in vielen Analysen zur direkten Demokratie mit Blick auf fehlende analytische Differenzierungen und begriffliche Klarheit (vgl. Jung 2001; Hornig 2011; Eder 2009). Begriffe wie „unmittelbare Beteiligungsrechte“, „Volksrechte“ und „direkte Gesetzgebung“ werden synonym zum Begriff der direkten Demokratie verwendet und es fehlt an Einigkeit, welche Instrumente zu den unmittelbaren Beteiligungsrechten gezählt werden sollen. Umstritten ist dabei vor allem, ob auch die Wahl von Personen dem Konzept der direkten Demokratie zugeordnet werden soll (Schiller und Mittendorf 2002; Solar 2016). Die Unmittelbarkeit wie Direktheit kann sich sowohl auf Entscheidungen über Personen, das heißt Wahlen („personalunmittelbare“ oder „personaldirekte“ Demokratie) als auch auf Entscheidungen über Sachfragen, das heißt Abstimmungen („sachunmittelbare“ oder „sachdirekte“ Demokratie) beziehen (Neumann 2009: 168). Da es in der vorliegenden Arbeit ganz grundsätzlich um den Ausbau von Beteiligungsrechten der Bürger geht, sollen beide Formen der direkten Demokratie miteinbezogen werden. In der vorliegenden Arbeit soll unter direkter Demokratie daher die Gesamtheit direktdemokratischer Verfahren verstanden werden, mithilfe derer der Bürger Einfluss auf den politischen Entscheidungsprozess nehmen und die Regierung kontrollieren kann. Als Synonyme sollen zudem die Begriffe Direktdemokratie, unmittelbare Beteiligungsrechte, Volksrechte und unmittelbare Demokratie verwendet werden.

Wie bereits erwähnt, umfasst der Begriff der direkten Demokratie unterschiedliche Instrumente mit differenzierten Wirkungen, weshalb es zu klären ist, welche Instrumente im Detail unter den Begriff fallen. Das Forschungsgebiet umfasst eine Vielzahl an Unterscheidungskriterien und Typologien (u.a. Jung 2001; Hornig 2011; Decker 2016; Vospernik 2014). Im Rahmen dieser Arbeit soll anhand des Merkmals der Auslösungsinstanz unterschieden werden (vgl. Abbildung 1). Ganz allgemein kann dabei zwischen der „Initiative“ und dem „Referendum“ unterschieden werden. Bei Erstgenanntem (auch Volksgesetzgebung), stammt die Vorlage aus der „Mitte des

Volkes“ und gilt somit als „bottom-up“-Instrument (ebd.). Durch die Sammlung von einer vorgeschriebenen Anzahl von Stimmen (z.T. in einer vorgeschriebenen Zeit), können Bürger bestimmte Themen auf die politische Agenda setzen und den Gesetzgeber dazu auffordern, im Sinne der Initiative tätig zu werden. Das Referendum hingegen geht aus einem Repräsentativorgan wie beispielsweise der Bundesregierung, dem Bundestag, den Landesregierungen oder Landtagen hervor. Sofern eine Abstimmung verfassungsrechtlich verpflichtend vorgeschrieben ist, spricht man auch vom „obligatorischen Referendum“ (ebd.). Beispiele hierfür sind vor allem Verfassungsänderungen oder der Beitritt eines Staates zu supranationalen Organisationen wie der EU oder NATO. Wird eine Abstimmung durch die Regierung oder einem ähnlichen Organ initiiert, spricht man auch vom „Plebiszit“ oder dem „einfachen Referendum“, das als „top-down“-Instrument gilt (Jung 2001: 90).

Abbildung 1: Typologie direktdemokratischer Verfahren



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Jung (vgl. 2001: 96) und Walter-Rogg (vgl. 2008: 239)

So uneinheitlich die Begriffsverwendungen innerhalb der politikwissenschaftlichen Debatten sind, so unterschiedlich sind auch die Verfahrensarten und Instrumente der direkten Demokratie in den einzelnen Ländern. Zur besseren Übersicht werden daher im Folgenden die länderspezifischen Instrumente in Deutschland, Österreich und der Schweiz dargestellt.

Im europäischen Vergleich der Direktdemokratie wird die Bundesrepublik in die Gruppe der „Ängstlichen“ eingeteilt (Batt 2006: 10). Es existieren Ansätze direkter Demokratie, jedoch wird vor einem weiteren Ausbau zurückgeschreckt. Initiativen, die durch das Volk ausgelöst werden, fallen in Deutschland unter den Begriff der Volksgesetzgebung, welche dreistufig

ausgestaltet ist⁵. Während sie auf Landesebene in allen 16 Bundesländern verankert ist, gibt es das Instrument auf Bundesebene nicht. Die erste Stufe bildet die Volksinitiative, die dazu führt, dass sich das Parlament mit einem Anliegen befassen muss (Mehr Demokratie e.V. 2016: 6). Nachdem eine bestimmte Anzahl von Unterschriften gesammelt wurde, erfolgt die zweite Stufe, das sogenannte Volksbegehren. Sofern die Unterstützung durch einen bestimmten Anteil von Wahlberechtigten erfolgt und das Parlament das Begehren inhaltlich ablehnt, gelangt es in die letzte Stufe, den Volksentscheid⁶ (ebd.). Hier stimmen nun alle Bürger über das Anliegen oder einen Gegenentwurf des Parlaments ab. Ein Beispiel eines erfolgreichen Volksentscheids stellt in Bayern das Gesetz zum Nichtraucherschutz von 2010 dar. Das Instrument der Volksgesetzgebung findet auf Gemeinde-, Stadt- und Kreisebene in Form von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid seine Anwendung (Neumann 2009: 855). Beispiele stellen die Abstimmung zu den Olympischen Winterspielen 2018 in München und Umgebung sowie die Entscheidung über den Bau der dritten Start- und Landebahn am Münchner Flughafen 2012 dar. Das unverbindliche Verfahren der Volkspetition oder Volksanregung, findet sich beispielsweise in Baden-Württemberg, Berlin, Bremen oder Hamburg. Es führt zur Beratung und Behandlung eines Themas im Parlament und endet, im Gegensatz zur Volksinitiative, nach der Entscheidung im Landesparlament (Mehr Demokratie e.V. 2016: 9). Direktdemokratische Instrumente, die durch Repräsentativorgane ausgelöst werden, finden sich auf Bundesebene nur in Form der sogenannten Volksabstimmung. Diese ist bei der Ablösung des Grundgesetzes durch eine neue Verfassung sowie bei der Neugliederung des Bundesgebietes vorgesehen. Beispiele sind die Gründung Baden-Württembergs 1951 sowie die Frage zur Fusion von Berlin und Brandenburg 1996. Auf Länderebene gibt es hier unterschiedliche Instrumente. Während das obligatorische Referendum nur in Bayern und Hessen vorgesehen ist, können die Parlamente und Regierungen in Baden-Württemberg, Bremen oder Sachsen ein Referendum ansetzen, sofern ein verfassungsänderndes Gesetz im Parlament scheitert (Decker 2011: 178). Ein Referendum zu einfachen Gesetzen weisen die Länderverfassungen von Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz auf. Das fakultative Referendum, das heißt, die Möglichkeit über ein bereits beschlossenes Gesetz auf Antrag des Volkes noch einmal zu entscheiden, findet sich in Hamburg und Bremen. Plebiszitäre Auflösungen der Parlamente sind unter anderem in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin und Brandenburg verankert (ebd.). Einen Sonderfall stellt zudem das fakultative-minoritäre Referendum in Baden-Württemberg dar. Auf Antrag eines Drittels der Landtagsmitglieder kann die Regierung ein von ihr eingebrachtes, aber

⁵ Die Volksgesetzgebung ist in allen Bundesländern verankert, innerhalb dieser variieren jedoch die Quoren, die Fristen sowie ausgenommene Themen. Ein ausführlicher Überblick findet sich bei Mehr Demokratie e.V. (2016: 10).

⁶ Aufgrund der sprachlichen Uneinigkeit sowohl im Grundgesetz als auch in den einzelnen Länderverfassungen, wird der Begriff des Volksentscheids zudem für durch das Parlament oder die Regierung ausgelöste Referenden benutzt. In der vorliegenden Arbeit ist der Volksentscheid, wie bereits in der Begriffsbestimmung dargelegt, ein Teil des dreistufigen Volksgesetzgebungsverfahrens.

vom Parlament abgelehntes Gesetz zur Volksabstimmung stellen (Mehr Demokratie e.V. 2016: 8). In der Praxis wurde dies bislang ein einziges Mal 2011 in der Abstimmung zu „Stuttgart 21“ vollzogen.

Österreich wird der Gruppe der „Vorsichtigen“ zugeteilt (Batt 2006: 13). Während es zwar Erfahrungen mit direkter Demokratie gibt, sind die Instrumente jedoch vor allem plebiszitär aufgebaut. Es überwiegen Initiativen, die durch die Repräsentativorgane ausgelöst werden, nicht durch das Volk. Initiativen aus dem Volk heraus gibt es in Österreich in Form von Volksbegehren. Dies stellt die Möglichkeit dar, ein durch das Bundesgesetz geregeltes Thema, in Form einer Gesetzesvorlage einzubringen. Innerhalb einer Woche müssen mindestens 100.000 Stimmberechtigte oder in drei Bundesländern je ein Sechstel der Stimmberechtigten eine Initiative unterstützen, damit diese dem Nationalrat vorgelegt wird (Leitner 2017: 4). Wird dies nicht erreicht, erfolgt keine Volksabstimmung, es handelt sich also eher um eine unverbindliche Anregung. Das Instrument der Volksgesetzgebung, das heißt ein Verfahren wie in Deutschland, das mit einem Volksentscheid über ein durch das Volksbegehren vorgelegten Entwurf endet, ist in Österreich nicht vorgesehen. Volkabstimmungen gibt es im Rahmen der Möglichkeit der Abwahl des Bundespräsidenten sowie im Fall nur eines Kandidaten für die Bundespräsidenten-Wahl. Das Gesetz schreibt bei Gesamtänderungen der Bundesverfassung, das heißt bei grundlegender Änderung des Demokratie-, Rechtsstaats- oder Bundesstaatsprinzips, eine obligatorische Volkabstimmung vor (ebd.: 3). Ein Beispiel stellt die Abstimmung über den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union 1994 dar. Handelt es sich um Teiländerungen der Verfassung erlaubt diese, dass ein Drittel der Mitglieder des Nationalrates oder des Bundesrates ein Referendum (fakultative Volksabstimmung) initiieren können. Bei einfachen Gesetzen ist es der Mehrheit der Abgeordneten des Nationalrats möglich, eine verbindliche Volksabstimmung zu verlangen, die am Ende des Gesetzgebungsverfahrens und vor der endgültigen Beurkundung durch den Bundespräsidenten durchgeführt wird (ebd.: 4). Daneben gibt es zudem das Instrument der konsultativen Volksbefragung, welches die Bundesregierung oder Abgeordnete des Nationalrats bei Angelegenheiten grundsätzlicher und gesamtösterreichischer Bedeutung beschließen können. Jedoch ist auch hier die Abstimmung nicht bindend.

Dass die Schweiz zu den „Avantgardisten“ der direkten Demokratie gehört, ist nichts Neues (Batt 2006: 13). Weltweit gibt es kein Land, in dem direktdemokratische Instrumente so eine große Bedeutung haben und das Prinzip der Volkssouveränität so konsequent umgesetzt wird. Die sogenannte Verfassungsinitiative stellt ein Instrument dar, mit dem Bürger eine Volksabstimmung über eine gewünschte Änderung oder Erweiterung der Verfassung verlangen können. Hier werden Unterschriften von 100.000 Stimmberechtigten benötigt. Sofern dies gelingt, müssen sich Parlament und Regierung beraten und können einen Gegenvorschlag formulieren, der gemeinsam

mit dem eigentlichen Antrag den Bürgern zur Abstimmung vorgelegt wird (Mayer 2017: 53). Während auf Bundesebene eine Initiative nur für Verfassungsänderungen genutzt werden kann, ist es Bürgern auf kantonaler Ebene möglich, sowohl Gesetzes- als auch Verfassungsänderungen zu initiieren (Rehmet und Schilin 2014: 7). Aktuelle Beispiele für zustande gekommene Volksinitiativen stellen die „Pflegeinitiative“, die „Begrenzungsinitiative“ sowie das „Verhüllungsverbot“ dar. Das wohl überregional bekannteste und zugleich umstrittenste Beispiel ist die Initiative „Gegen den Bau von Minaretten“, die 2009 per Volksabstimmung zur Aufnahme des Bauverbots in die Bundesverfassung führte. Eines der wichtigsten Verfahren stellt das obligatorische Verfassungsreferendum dar, nach dem jede vom Parlament beschlossene Teil- oder Totalrevision der Verfassung dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden muss. Dies gilt beispielsweise auch für den Fall des Beitritts zu supranationalen Organisationen wie der EU (ebd.: 6). Angenommen ist eine Vorlage bei Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung sowie einer Mehrheit von Kantonen. Obligatorische Referenden sind in der Schweiz auf allen politischen Ebenen vorgesehen. Mithilfe des fakultativen Referendums können bereits verabschiedete Gesetze oder Beschlüsse nachträglich auf Initiative der Bürger in einer Volksabstimmung behandelt werden. Dafür ist die Unterstützung von mindestens 50.000 Bürgern oder acht Kantonen notwendig. Auf Ebene der Kantone und Gemeinden verfügt auch die Schweiz über noch weitgehendere direktdemokratische Instrumente wie beispielsweise das Finanzreferendum, welches besagt, dass Ausgaben ab einem bestimmten Betrag den Bürgern verpflichtend vorgelegt werden müssen. Es kann dabei zwischen fakultativen und obligatorischen Finanzreferenden unterschieden werden. Ob und inwieweit sich rechtspopulistische Parteien für einen Ausbau der dargelegten Instrumente der direkten Demokratie in Deutschland, Österreich und der Schweiz in ihren Wahlprogrammen einsetzen, wird im folgenden Kapitel untersucht.

3 Rechtspopulismus und direkte Demokratie: die Angebotsseite

„Volkes Stimme? Direktdemokratisch wie in der Schweiz“⁷, „Ja zur direkten Demokratie. Ja zur Selbstbestimmung“⁸, „Dem Volk sein Recht. Direkte Demokratie sofort“⁹ – bei einer Fahrt zu Wahlkampf- oder Abstimmungszeiten durch Deutschland, Österreich und die Schweiz, trifft man auf diese Slogans und Plakate. Von wem welches Plakat stammt, wäre ohne Kennzeichnung auf den ersten Blick gar nicht so einfach zu identifizieren. So unterschiedlich ihre Urheber, der politische Kontext oder die eigentliche Intention dahinter auch sind, so ist ihnen allen die Forderung nach mehr direkter Demokratie gemein. Doch was fordern die Parteien konkret? Welche Vorstellungen von direkter Demokratie vertreten sie? Wie bereits eingangs erwähnt, liegt der Fokus des ersten Analyseteils auf der Angebotsseite. Anhand einer qualitativen Inhaltsanalyse soll im Längsschnitt untersucht werden, inwieweit sich die rechtspopulistischen Parteien in ihren Wahlprogrammen für die Einführung und den Ausbau direktdemokratischer Beteiligungsmöglichkeiten stark machen und welche Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede sich hier erkennen lassen. In den folgenden Kapiteln erfolgen zunächst die theoretische Herleitung, Erläuterungen zum Untersuchungsdesign sowie die Analyse der Wahlprogramme. In einem abschließenden Teil werden die wesentlichen Ergebnisse zusammengefasst.

3.1 Theoretische Grundlagen

Wie bereits im Kapitel zur Konzeptspezifikation deutlich wurde, teilen rechtspopulistische Parteien trotz ideologischer Unterschiede die Annahme, dass die Demokratie von „korrupten“ Eliten aus den Händen des souveränen Volkes gestohlen wurde und sie selbst, als die einzig „wahren“ Demokraten diese dem Volk zurückgeben wollen. Im Mittelpunkt der Ideologie des (Rechts)Populismus steht das Volk als absolutes Zentrum. Als einheitlich gedachte Gemeinschaft besitzt es einen Gemeinwillen, der von der Politik zum Ausdruck gebracht werden muss: „A core element of populist democracy is the belief that the *volonté générale* should be implemented without any re-strictions. Nothing is more important than the general will of the people“ (Mudde 2007: 151). Diese Überbetonung der Volkssouveränität im Sinne Rousseaus stellt das zentrale Element rechtspopulistischer Demokratiekonzeption dar und scheint an Relevanz in der heutigen Zeit zu gewinnen (vgl. Mudde 2004: 544 und 2007: 23). Die Repräsentation stellt für Rousseau eine

7 Alternative für Deutschland (2017): Plakat zur Bundestagswahl. Online unter: https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/07/2017-07-20_afd-btw_faltblatt_direkte-demokratie.pdf. [zuletzt abgerufen: 19.11.2018]

8 Schweizerische Volkspartei (2018). Selbstbestimmungsinitiative. Online unter: <https://www.svp.ch/kampagnen/uebersicht/selbstbestimmungsinitiative/>. [zuletzt abgerufen: 19.11.2018]

9 Freiheitliche Partei Österreichs (2012). Wahlplakat Heinz-Christian Strache. Online unter: <https://www.fpoe-noe.at/artikel/artikel/dem-volk-sein-recht-direkte-demokratie-jetzt/>. [zuletzt abgerufen: 19.11.2018]

„Instanz der Selbstentfremdung“ der Menschen dar, weshalb er eine Demokratie ohne institutionelle Beschränkungen forderte. Basierend auf der Vorstellung einer homogenen Gesellschaft und eines Gemeinwillens argumentiert er: „Souveränität kann aber nicht vertreten werden, und zwar aus dem gleichen Grund nicht, der auch ihre Veräußerung hindert: Sie besteht wesentlich im Gemeinwillen, und ein Wille lässt sich nicht vertreten – er ist derselbe oder ein anderer; dazwischen gibt es nichts. (...) Jedes Gesetz, welches das Volk nicht ausdrücklich bestätigt hat, ist nichtig; ja, es ist überhaupt kein Gesetz“ (Rousseau 1762: 170, zitiert nach Eder 2009: 38). Rousseau betont die Gefahren der repräsentativen Demokratie, wie beispielsweise die Neigung der Repräsentanten ihren Eigeninteressen zu folgen, das Volk aus Politik und wichtigen Angelegenheiten zu verdrängen und es zu entmündigen (Bender 2012: 53). In dieser fundamentalen Kritik gegenüber der repräsentativen und parlamentarischen Demokratie treffen sich auch die Kernelemente des Populismus und der di-rekten Demokratie. Das sogenannte Repräsentationsproblem, wie es Rousseau also vor fast 300 Jahren beschrieb, findet sich bis heute in dem Selbstverständnis des Rechtspopulismus. Während gerade die Konstruktion des Gemeinwillens und die Vorstellung eines tugendhaften Volkes, das jederzeit nur nach allgemeinen Interessen entscheide, auf viel Kritik stieß, versuchen rechtspopulistische Parteien diese radikaldemokratischen Vorstellungen des Philosophen wieder salonfähig zu machen. Durch die vorherrschende Repräsentation des Volkes durch „eigennützige“ Eliten, ist die Macht dem Volk entglitten und es wird zunehmend bevormundet. Die politischen Systeme wie sie aktuell bestehen, sind in den Augen der Rechtspopulisten undemokratisch (Mudde 2007: 151). Der (Rechts)Populismus stellt vor allem eine Kritik der demokratischen Einschränkungen innerhalb liberaler Demokratie dar (Canovan 1999: 2). Sollten Abgeordnete vor allem das Sprachrohr ihrer Wähler sein, erfüllen diese ihre Aufgabe nicht mehr. Es besteht zunehmend der Vorwurf, dass sich vor allem Parteien zunehmend durch fehlende Bürgernähe, Hierarchie, Korruption und Vetternwirtschaft auszeichnen (Wolf 2017: 11). Die Interessen der Bürger würden in den bestehenden politischen Systemen keine Berücksichtigung mehr finden, weshalb der Status des Bürgers innerhalb des politischen Systems nun verändert werden müsse (Stanley 2008: 101). Das Volk wird zunehmend entmachtet, die Eliten haben den Willen des Volkes unterminiert: „The old system has been taken over by the forces of evil and no longer serves the people. This conflict is not over particular policies or issues but institutions and the system. These must be remade or at least substantially modified; if not, the forces of evil will regroup and continue their oppression“ (Hawkins 2009: 1044). Die Artikulation des Willens des Volkes ist laut (Rechts)Populismus nur durch direktdemokratische Beteiligungsinstrumente möglich (Mudde 2004: 562; Albertazzi und McDonnell 2008: 5; Wolf 2017: 12; Decker 2018a: 362). Abgeleitet aus dieser Kritik an Eliten, dem Establishment, Vermittlungsinstitutionen wie Parteien und Parlamenten sowie dem

vorherrschenden repräsentativen System, unterstreichen rechtspopulistische Parteien die Forderung nach mehr direkter Demokratie. Aufgrund des von Rechtspopulisten inszenierten Antagonismus von Volk und Elite, propagieren sich diese als „Stimme des schweigenden Volkes“ für mehr Partizipation, Empowerment und verbindliche Referenden einzusetzen. Obwohl rechtspopulistische Parteien selbst innerhalb der demokratischen politischen Arena verortet sind, üben sie Kritik am Konstitutionalismus, den Institutionen sowie Praktiken der repräsentativen Demokratie. Direktdemokratische Beteiligungsformen sollen den politischen Entscheidungsprozess umgehen (Decker und Lewandowsky 2017: 2). Um den „Volkswillen“ unmittelbar und ungefiltert zum Ausdruck zu bringen, fordern rechtspopulistische Parteien Volksabstimmungen. Populismus propagiert damit eine „radikaldemokratische Attitüde“ (ebd.). Gemäß diesen theoretischen Grundlagen sowie der Definition von Rechtspopulismus kann davon ausgegangen werden, dass rechtspopulistische Parteien Formen direkter Demokratie unterstützen und entsprechende Forderungen auch in ihren Wahlprogrammen verankern. Dieser Zusammenhang ist auf theoretischer und abstrakter Ebene einleuchtend und wurde wie dargestellt ausreichend analysiert. Es fehlt jedoch dennoch an systematischen Betrachtungen der Programmatik einzelner Parteien und ihren Positionen zur direkten Demokratie. Diese Lücke soll die vorliegende Arbeit schließen. Inwieweit rechtspopulistische Parteien sich tatsächlich für mehr direkte Demokratie und Formen der unmittelbaren Bürgerbeteiligung einsetzen und inwiefern sich die Forderungen der Parteien unterscheiden, soll anhand der folgenden empirischen Analyse dargelegt werden. Zunächst erfolgt ein Kapitel zum methodischen Vorgehen des ersten Analyseteils.

3.2 Untersuchungsdesign

Aufbauend auf den theoretischen Grundlagen ist in der folgenden Analyse die erste Forschungsfrage zu beantworten: Fordern rechtspopulistische Parteien verstärkt direktdemokratische Reformen? In den folgenden Kapiteln werden das methodische Vorgehen sowie die Fallauswahl erläutert. Daran anschließend erfolgt die eigentliche Analyse.

3.2.1 Methode der qualitativen Inhaltsanalyse

Die Beantwortung der Forschungsfrage soll, wie bereits eingangs erwähnt, anhand einer Analyse von Wahlprogrammen erfolgen, da sich diese am besten dazu eignen, Standpunkte, Ideologie sowie Ziele einer Partei zu einem bestimmten Zeitpunkt zu erfassen. Wahlprogramme enthalten konkrete Forderungen und Ziele für den Zeitraum einer Legislaturperiode und erfüllen eine Außenfunktion (Anan 2017: 30): „Wahlprogramme sind somit mehr noch als Grundsatzprogramme strategisch verfasste Dokumente mit der Funktion, für die Partei vorteilhafte Botschaften an die umworbenen

Gruppen auszusenden; sie sind somit auch im Kontext der Selbstbeschreibungen von Parteien im Rahmen der Wahlkampfstrategien zu sehen“. Als offizielle Dokumente geben sie einen Überblick über Positionen der Parteien und erlauben damit zudem eine Vergleichbarkeit über Raum und Zeit. Wahlprogramme haben die Funktion die Ideologie und Einstellungen der Partei in politische Ziele und konkrete Handlungsabsichten zu übersetzen. Da es das vorrangige Ziel ist, Wähler von diesen zu überzeugen und Stimmenmaximierung zu erreichen, weisen Wahlprogramme auch strategisch bedingte Elemente auf (Merz und Regel 2013: 216). Dies ist auch mit Blick auf die vorliegende Arbeit zu beachten, da es zu hinterfragen gilt, inwieweit die direktdemokratischen Forderungen der Parteien tatsächlich konkrete Ziele und Handlungsempfehlungen darstellen oder rein zur Stimmengewinnung dienen sollen. Mögliche Analysemethoden stellen sowohl qualitative als auch quantitative Vorgehensweisen oder eine Kombination von beiden dar. Zur Analyse von Wahlprogrammen eignet sich die Methode der qualitativen Inhaltsanalyse¹⁰, die im Gegensatz zu einem quantitativen Verfahren, eine vertiefte Fallbeschreibung ermöglicht. Sie stellt eine Methodik zur systematischen Erhebung und Aufbereitung von Inhalten aus Zeitungsartikeln, historischen Dokumenten, Transkriptionen gesprochener Sprache aber auch Bildern oder Filmen dar (Kromrey 2002: 311). In der vorliegenden Arbeit gilt es, gemäß der Fragestellung die Aussagen der Parteien zum Thema direkte Demokratie zu verschiedenen Zeitpunkten und im Vergleich zueinander zu erfassen. Die Auswertungseinheiten innerhalb der qualitativen Inhaltsanalyse stellen somit die Wahl- und Grundsatzprogramme dar. Als Kodiereinheit wird ein vollständiger Satz definiert. Die vorliegende qualitative Inhaltsanalyse arbeitet mithilfe von zuvor theoretisch entwickelten Analysekategorien (vgl. Anhang 1). Kodiert wurden diejenigen Aussagen, die sich auf das Thema direkte Demokratie und Volkssouveränität sowie die Kritik am politischen System beziehen. Alle weiteren Aussagen wurden nicht berücksichtigt. Die Beantwortung der Forschungsfrage erfolgt anhand eines Vergleichs von Wahlprogrammen dreier rechtspopulistischer Parteien. Die Begründung und Darlegung der Fallauswahl erfolgen im folgenden Kapitel.

3.2.2 Fallauswahl

Die Fallauswahl der vorliegenden Arbeit begrenzt sich aufgrund des Ziels einer vertieften Analyse und Fallbeschreibung auf eine kleine Zahl von Fällen. Sogenannte Small-n-Studien umfassen in der Regel drei bis 10 Fälle und zielen darauf ab, ein hohes Abstraktionsniveau zu erreichen, Ergebnisse generalisierbar zu machen und diese in Beziehung zu anderen zu setzen (Pickel 2016: 31). Um bedeutungsvolle Erkenntnisse gewinnen zu können, bedarf es zentraler Ausgangsüberlegungen für die Fallauswahl. Innerhalb der vergleichenden Politikwissenschaft sind

¹⁰ Für eine vertiefende Einführung zur Inhaltsanalyse eignen sich u.a. Mayring (2003), Häder (2006) sowie Hug und Poscheschnik (2010).

damit zwei Arten von unterschiedlichen Forschungsdesigns verbunden. Basierend auf der Logik nach John Stuart Mill¹¹ wird zwischen dem „most dissimilar case design“ (MDCD) und dem „most similar case design“ (MSCD) unterschieden. Das MDCD, auch Konkordanzmethode genannt, beruht auf der Ähnlichkeit der abhängigen Variable (ebd.). Dabei wird ein stabiler Zusammenhang zwischen je einer Ausprägung der abhängigen und der unabhängigen Variable untersucht. Für das MSCD, auch Differenzmethode genannt, werden Fälle ausgewählt, in denen die abhängige Variable in ähnlichen Kontexten variiert (Lauth 2006: 54). Dabei wird untersucht, inwieweit die Variation einer erklärenden Variable eine Differenz im Ergebnis erzeugt. Entsprechend dieser Logik erfolgt die kontrollierte Fallauswahl der vorliegenden Arbeit. Um die Forschungsfrage beantworten zu können, wurden Fälle gewählt, die gemäß dem aktuellen Forschungsstand der Parteienfamilie des Rechtspopulismus zugeordnet werden.¹² Die Alternative für Deutschland (AfD), die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und die Schweizerische Volkspartei (SVP) stellen drei Beispiele rechtspopulistischer Parteien dar, die im Kontext westeuropäischer Demokratien entstanden sind und aufgrund der gemeinsamen Parteienfamilie eine ähnliche Ideologie teilen. Zugleich wurden Parteien gewählt, die eine ausreichende Varianz mit Blick auf ihren Entwicklungsstand und die Positionierung innerhalb des politischen Systems aufweisen. Zur besseren Einordnung und Bewertung werden die Fallbeispiele kurz dargestellt und näher beschrieben. Die wichtigsten Fakten werden in der Tabelle 1 zusammenfassend dargestellt.

Die AfD, die 2013 gegründet wurde, stellt die jüngste rechtspopulistische Partei dar. Im Vergleich zu den zwei anderen Fällen dieser Arbeit, kann die AfD mit Blick auf ihren Reifegrad als „Outsider“ oder „Newcomer“ innerhalb der rechtspopulistischen Parteien betrachtet werden. Während die AfD bei der Bundestagswahl 2017 mit 12,6% der Stimmen drittstärkste Kraft wurde und erstmals in den Deutschen Bundestag einzog, war dies vor 5 Jahren noch undenkbar. Als Reaktion auf die europäische Währungskrise und die Kritik an den Maßnahmen zu deren Bekämpfung, gründete sich 2012 das sogenannte Bündnis Bürgerwille, aus dem ein Jahr später die Wahlalternative 2013 wurde. Nachdem der geplante Zusammenschluss mit den Freien Wählern bei der Landtagswahl in Niedersachsen missglückte, gründeten Bernd Lucke, Alexander Gauland, Konrad Adam und Gerd Robanus 2013 die offizielle Alternative für Deutschland (Häusler 2018: 2). Die Parteigründung wurde schnell von großer medialer Aufmerksamkeit, einem beträchtlichen Mitgliederzuwachs und der flächendeckenden Gründung von Landesverbänden begleitet (Kleinert 2018: 19). Nachdem die AfD den Einzug in den Deutschen Bundestag 2013 knapp verfehlte,

11 Für eine systematische und ausführliche Einführung eignen sich u.a. Lauth (2006), Behnke et al. (2010) und Jahn (2013).

12 Aufgrund des begrenzten Umfangs der Arbeit wird darauf verzichtet, im Einzelnen auszuführen, weshalb die Partei als rechtspopulistisch bezeichnet werden kann. Als rechtspopulistisch wird eine Partei klassifiziert, sofern sie von mindestens zwei Sekundärquellen als solche eingestuft wird: AfD (Bebnowski 2015; Häusler und Niedermayer 2017), FPÖ (Pallaver und Gärtner 2016; Pelinka 2017) und SVP (Geden 2006; Hildebrand 2017).

verzeichnete sie ein Jahr später erste Wahlerfolge bei der Europawahl sowie den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen. Während in der Ursprungsphase vor allem das Thema Euro sowie eine marktwirtschaftlich-liberale und gesellschaftspolitisch-konservative Ausrichtung (Decker 2018b: 1) im Mittelpunkt standen, änderte sich dies spätestens mit dem Rücktritt Luckes 2015 und dem Erstarken des nationalkonservativ-neurechten Flügels. Darauf folgende Auseinandersetzungen über den „Schulterschluss mit Rechtsradikalen“ (Kleinert 2018: 10) und die Kooperation mit der wachsenden Pegida-Bewegung mündeten in der faktischen Spaltung der Partei. Die sogenannte Flüchtlingskrise im September brachte jedoch optimale politische Rahmenbedingungen für den Beginn der Erfolgsserie der AfD bei den folgenden Wahlen (ebd.). Trotz fortwährender Rivalität der Parteivorsitzenden und dem Austritt Petrys 2017, gelangen der Partei weitere Rekordergebnisse bei Landtagswahlen sowie der Einzug in den Deutschen Bundestag 2017 als stärkste Oppositionsfraktion. Mit den Wahlerfolgen 2018 in Bayern wie Hessen, ist die AfD nun in allen deutschen Landtagen vertreten. Zum ersten Mal seit der Geschichte der Bundesrepublik, konnte sich somit wieder eine Rechtsaußenpartei flächendeckend etablieren.

Die FPÖ, die bereits 1955 gegründet wurde, kann auf eine weitaus längere Parteigeschichte zurückblicken und gilt heute als „Prototyp des Rechtspopulismus in Europa“ (Pelinka 2017: 1). Als drittstärkste Fraktion mit 26% der Stimmen bei der österreichischen Nationalratswahl von 2017, bildet die Partei aktuell gemeinsam mit der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) die Regierung und stellt den Vizekanzler. Die Geschichte der FPÖ beginnt als „Alt-Nazi-Partei“ (ebd.). Gegründet von ehemaligen Nationalsozialisten und NSDAP-Anhängern, konnte die rechtsextreme Partei zunächst wenig Erfolge verzeichnen und blieb eine Außenseiterpartei. Unter Norbert Steger sollten eine kurze liberale Phase, eine Neudefinition und ein Generationenwechsel innerhalb der Partei erfolgen (McGann und Kitschelt 2005: 151). Mit den Nationalratswahlen von 1983 gelang so eine Regierungsbeteiligung als Koalitionspartner der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ), die jedoch bereits 1986 wenig erfolgreich endete. Unter dem darauffolgenden neuen und radikaleren Vorsitzenden Jörg Haider, der die „Personifizierung des neuen europäischen Rechtspopulismus“ (Heinisch 2004: 247) darstellte, erstarkte der deutschnationale Flügel der Partei erneut. Fremdenfeindliche Ressentiments, antieuropäische Rhetorik und der Protest gegen die Altparteien, prägten nun die Positionen der FPÖ und führten zu einem stetigen Anwachsen des Wähleranteils (Geden 2006: 63). Die Partei blieb dennoch isoliert. Die Koalitionsregierung mit der ÖVP im Jahre 2000 führte zu starker Kritik der Opposition und einem diplomatischen Boykott aller EU-Mitgliedstaaten. Nach zusätzlichen tiefgreifenden innerparteilichen Auseinandersetzungen und dem Rücktritt der Parteiführung, erfolgte eine vorgezogene Nationalratswahl (Fallend et al. 2018: 1). Diese endete für die FPÖ in

einem Desaster. Die Koalition wurde zwar erneuert, jedoch diente die Partei nun nur noch als „Steigbügelhalter“ der ÖVP (ebd.: 3). Die Auseinandersetzungen innerhalb der Partei setzten sich fort und endeten mit dem Ausschluss Haiders und der Spaltung der FPÖ. Befreit von Koalitionswängen und unter dem neuen Vorsitzenden Heinz-Christian Strache kehrte die FPÖ ab 2006 wieder zu einem stark populistischen Oppositionskurs zurück, konnte innerhalb weniger Jahre wieder stark an Zustimmung gewinnen und wurde eine der erfolgreichsten rechtspopulistischen Parteien (Geden 2006: 66). Trotz der Wahlerfolge wurde die FPÖ bis 2017 aufgrund ihrer Radikalität nicht mehr als seriöser Koalitionspartner wahrgenommen. 2017 erhielt die Partei jedoch eine erneute Chance. Nach dem Zusammenbruch der SPÖ/ÖVP-Koalition und vorgezogener Nationalratswahl kam es zu einem Mitte-rechts-Bündnis der FPÖ und der ÖVP unter Bundeskanzler Sebastian Kurz. Im Vergleich zu 2000 wurde diese Regierungsbildung 2017 weniger kritisch, eher als „alternativlos“ betrachtet und es schien, als wäre der Rechtspopulismus in Österreich inzwischen als ein „Stück demokratische Normalität“ anerkannt (Fallend et al. 2018: 2).

Auch das dritte Fallbeispiel, die SVP, gilt als „Lehrbeispiel für den Aufschwung des Rechtspopulismus in Europa“ (Skenderovic 2016: 1). Bei den letzten Schweizer Parlamentswahlen mit 29,4% im Nationalrat, erreichte sie ein neues Rekordergebnis. Gegründet 1971 in Folge der Fusion der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) mit der Demokratischen Partei (DP) war die SVP bis Anfang der 1990er wenig erfolgreich (Geden 2006: 94). Aufgrund der sogenannten Zauberformel¹³, nach der die Fachressorts des Bundesrats auf die vier stärksten Fraktionen aufgeteilt werden, ohne dass es sich dabei jedoch um Koalitionsvereinbarungen handelt, hielt die Partei seit Beginn einen Sitz in der schweizerischen Regierung. Die „rechtspopulistische Wende“ der SVP hin zu einer programmatischen und strategischen Radikalisierung, begann im Kanton Zürich 1977 mit dem Parteivorsitzenden Christoph Blocher (Hildebrand 2017: 163). Nach beachtlichen Wahlerfolgen bei kantonalen Wahlen wie auch nationalen Volksabstimmungen, kam es zur Gründung von zahlreichen Kantonalparteien. Die SVP wurde damit zur treibenden Kraft der schweizerischen Rechten. Ab 1986 machte sie vor allem im Zusammenhang mit Volksentscheiden über den UNO- und EWR-Beitritt von sich reden und führte zu einer starken Politisierung der Bevölkerung sowie einer Krise des bestehenden politischen Systems. Ähnlich wie auch im Nachbarland Österreich kam es jedoch immer mehr zu innerparteilichen Auseinandersetzungen zwischen dem populistischen und dem staatstragenden Flügel (ebd.: 95). Der stark nationalkonservative und wirtschaftsliberale Kurs, die restriktive Einwanderungspolitik, der Anti-Elitismus und die Kritik an supranationalen Organisationen, führten zu einem weiteren

13 Auch „2-2-2-1 Prinzip“ genannt: Jeweils zwei Sitze des Bundesrats entfallen auf die Sozialdemokratische Partei (SP), die Freisinnig-Demokratische Partei (FDP) und die Christlichdemokratische Partei (CVP) und ein Sitz auf die Schweizerische Volkspartei (SVP).

Anstieg der Wählerstimmen. Ein erster Höhepunkt gelang der SVP bei den Nationalratswahlen 1999, bei denen sie mit 22,5% der Stimmen stärkste Partei wurde. Als sich die SVP wiederholt als stärkste Partei bei den Wahlen 2003 mit 26,7% durchsetzen konnte, kam es zur Anpassung der Zauberformel und die SVP erhielt zu Lasten der CVP einen zweiten Regierungssitz (ebd.: 96). Während das Thema der europäischen Integration lange Zeit im Mittelpunkt der Partei stand, wurde es in den 2000ern sukzessive durch den Antislimismus und den Minarett-Streit ersetzt (Hildebrand 2017: 314ff). Dass dies auch innerhalb der Bevölkerung auf Zuspruch stieß, zeigte sich spätestens mit der Volksabstimmung 2009 zum Verbot des Baus von Minaretten, die mit 57% angenommen wurde. Obwohl die SVP 2011 erstmals wieder Verluste verzeichnen musste und acht Sitze im Nationalrat verloren hat, wurde sie nicht wesentlich geschwächt. Bereits 2015 waren die Nationalwahlen wieder von einem Rechtsrutsch geprägt. Die SVP wurde mit 29,4% stärkste Partei und erreichte bis dato ihr bestes Wahlergebnis.

Tabelle 1: Daten und Fakten zur Fallauswahl im Überblick

	Alternative für Deutschland	Freiheitliche Partei Österreichs	Schweizerische Volkspartei
Gründungsjahr	2013	1955	1971
Vorsitz	Jörg Meuthen, Alexander Gauland	Heinz-Christian Strache	Albert Rösti
Mitglieder	30.200 (Stand: 2018)	60.000 (Stand: 2017)	90.000 (Stand: 2014)
Wahlergebnisse seit 1999 in % (Jahr der Wahl)	n.a.	26,9% (1999) ¹⁴	22,6% (1999)
	n.a.	10,0% (2002)	26,8% (2003)
	n.a.	11,0% (2006)	29,0% (2007)
	n.a.	17,5% (2008)	26,6% (2011)
	4,7% (2013)	20,5% (2013)	29,4% (2015)
	12,6% (2017)	26,0% (2017)	
Regierungs- beteiligung	bis dato keine	1983 - 1987 (mit SPÖ)	seit 1959 ¹⁵
		2000 – 2006 (mit ÖVP)	
		seit 2017 (mit ÖVP)	
Status Quo	Landesebene	in 15 von 16 Landesparlamenten	in 22 von 26 Kantonsparlamenten
	Bundesebene	drittstärkste Kraft im Deutschen Bundestag	größte Fraktion in der Bundesversammlung

¹⁴ Die unregelmäßigen Wahltermine ergaben sich durch vorgezogene Neuwahlen nach dem Zerbrechen der Koalitionen der FPÖ/ÖVP (2002); SPÖ/ÖVP (2008) und der Verlängerung der Legislaturperiode auf fünf Jahre (2013).

¹⁵ Aufgrund des Schweizer Konkordanzsystems und der sogenannten „Zauberformel“.

Europa	7,1% im Europaparlament	19,7% im Europaparlament	n.a.
--------	-------------------------	--------------------------	------

Quelle: Eigene Darstellung, basierend auf Daten der Homepages der Parteien.

Anmerkung: Die Wahlergebnisse beziehen sich in Deutschland auf die Wahl zum Deutschen Bundestag und in Österreich und der Schweiz auf die Wahl zum jeweiligen Nationalrat, n.a. = nicht angetreten

Die vorangegangene Gegenüberstellung der Parteien macht deutlich, dass sie trotz ideologischer Gemeinsamkeiten Varianz bezüglich ihrer Gründungszeit, ihrem Status Quo und ihrer Verankerung im politischen System ihres Landes aufweisen. Während die AfD als jüngstes Fallbeispiel einer neugegründeten Partei noch am Beginn ihrer Geschichte steht und sicherlich noch unterschiedlichen Richtungskonflikten ausgesetzt ist, können die FPÖ und die SVP als etablierte und erfolgreiche Parteien auf einen stabilen Wähleranteil vertrauen. In der Rolle des Außenseiters ist es die AfD, im Gegensatz zur FPÖ und SVP, noch nicht gelungen, als Normalpartei im politischen System akzeptiert zu werden. Zugleich zeigen sich Unterschiede in der bisherigen Regierungsbeteiligung. Während die AfD als Oppositionspartei agiert, sind die FPÖ und SVP als Teil der Regierung institutionellen Zwängen, Kompromissen, parlamentarischen Regeln und Verfahren unterworfen. Es muss angemerkt werden, dass es sich dabei nur um Beispiele der Gesamtanzahl von rechtspopulistischen Parteien handelt und die Generalisierbarkeit der Ergebnisse aufgrund system- und länderspezifischer Merkmale beschränkt ist. Die ausgewählten Parteien sind jedoch durchaus repräsentativ für rechtspopulistische Parteien.

3.3 Analyse der Wahlprogramme

Im nächsten Abschnitt erfolgt die Analyse der Wahlprogramme der rechtspopulistischen Parteien Alternative für Deutschland (AfD), Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und Schweizerische Volkspartei (SVP). Das Kapitel ist nach Parteien unterteilt und stellt zunächst kurz die quantitativen Ergebnisse dar, während im Anschluss daran die Auswertung der Kategorien direkte Demokratie und Kritik am politischen System sowie eine Zusammenfassung der Ergebnisse erfolgt. Um die Ausweitung der Gültigkeit der Ergebnisse sowie einen Transfer von Annahmen über zeitliche Kontexte hinaus zu ermöglichen, sollen die Wahlprogramme der Parteien in einem größeren Zeitrahmen untersucht werden. Von der AfD liegen die Wahlprogramme von 2013, 2017 sowie das Grundsatzprogramm von 2016 vor. Wahlprogramme der FPÖ konnten von 2002, 2006, 2008, 2013 und 2017 sowie das Grundsatzprogramm von 2012 ausgewertet werden. Im Fall der SVP waren die Programme von 1999, 2003, 2007, 2011 und 2015 frei zugänglich.

3.3.1 Alternative für Deutschland (AfD)

Die Dokumente der AfD von 2013, 2016 und 2017 unterscheiden sich stark in Umfang und Aufbau. Während das erste Wahlprogramm der Partei vier Seiten umfasste, steigerte sich dies im Wahlprogramm von 2017 auf 100 Seiten und im Grundsatzprogramm von 2016 auf 190 Seiten. Im ersten Dokument befassen sich 9% der Absätze mit dem Thema der direkten Demokratie, die darauffolgenden Dokumenten weisen einen Anteil von 3% auf (vgl. Anhang 2).

Grundsätzlich fordert die AfD in ihren Programmen die Stärkung der Demokratie und der demokratischen Bürgerrechte (ebd. 2013: 2; 2017: 9; 2016: 14). Entsprechend der rechtspopulistischen Ideologie verbindet die Partei damit die Vorstellung der Souveränität des Bürgers: „Das Volk muss wieder zum Souverän werden“ (ebd. 2017: 10), „Ohne Volkssouveränität keine Demokratie“ (ebd. 2017: 9), „Souveränität, die Mutter und das Herzstück der Demokratie“ (ebd. 2017: 9). Die Programme der AfD beziehen sich mit Blick auf Formulierungen sehr oft auf das Individuum, den Bürger als eigentlichen Souverän. Sie appellieren an dessen Selbstbestimmung, um die Krise des Staates abzuwenden. Das Land befinde sich in einem „illegitimen Zustand“ (ebd. 2016: 15), Parteien handeln nicht mehr im Dienst der Bürger, die „Untertanen“ des Staates sind (ebd. 2016: 10, 17). Laut AfD folgt daraus: „Nur direkt-demokratische Entscheidungen des Volkes können die Parteien wieder in das demokratische System integrieren“ (ebd. 2016: 20). Charakteristisch für den Rechtspopulismus ist hier auch die Berufung der AfD auf den „common sense“. Aus Sicht der Partei ist es der „gesunde Menschenverstand“, das „politische Urteilsvermögen“ und die „Verantwortungsbereitschaft der mündigen Bürger“, die eine Grundvoraussetzung für direktdemokratische Beteiligung schaffen (ebd. 2016: 18; 2017: 16). Das Volk wird als den „macht- und interessengeleiteten“ Abgeordneten überlegen und weitsichtiger dargestellt (ebd. 2017: 11). Der Einbindung der Bürger durch Volksabstimmungen wird eine Kontrollfunktion zugeschrieben: „Dieses Recht würde in kürzester Zeit präventiv mäßigend auf das Parlament wirken und die Flut der oftmals unsinnigen Gesetzesvorlagen nachhaltig eindämmen. Zudem würden die Regelungsinhalte sorgfältiger bedacht (...)“ (ebd. 2016: 16). Forderungen sind vor allem die „Einführung von Volksentscheiden“ (ebd. 2013: 2; 2016: 16; 2017: 10f), sowie „Volksabstimmungen“ (ebd. 2013: 2; 2016: 16; 2017: 10, 11) nach Schweizer Modell. Interessant ist, in welchen Themen- und Politikbereichen die AfD eine konkrete Einbindung der Bürger fordert. Während direktdemokratische Instrumente im Allgemeinen dazu dienen sollten, wichtige Themen auf die politische Agenda zu setzen, die Kontrolle und Responsivität des Parlaments zu gewährleisten sowie die Öffentlichkeitsfunktion zu stärken, wird deutlich, dass die AfD diese Forderungen ganz klar mit spezifisch rechtspopulistischen Themen verknüpft. Entsprechend dem Anlass ihrer Gründung und der zentralen Abneigung gegen die europäische Währungs- und Euro-Rettungspolitik im Jahr 2013 beziehen sich die Forderungen nach direkter

Demokratie vor allem auf Entscheidungen in diesem Themenfeld: „Jedes Volk muss demokratisch über seine Währung entscheiden dürfen“ (ebd. 2013: 1), „(...) die fundamentalen Krisen von Währung können (...) alleine weder von der Regierung noch vom Bundestag tragfähig bewältigt werden. Ohne eine unmittelbare Mitbestimmung der Bürger kann und darf dies auch nicht geschehen“ (ebd. 2017: 11). Laut AfD sollen die Bürger über sämtliche völkerrechtliche Verträge, den Verbleib der Bundesrepublik in der Eurozone sowie in der EU abstimmen dürfen (ebd. 2016: 16, 35; 2017: 11). Gerade zentrale Fragen der nationalen Souveränität und die Abgabe von Kompetenzen an internationale Organisationen wie die Europäische Union, werden hier bewusst und strategisch von der Partei mit der Befürwortung radikal-demokratischer Vorstellungen und der Betonung individueller Freiheitsrechte in Verbindung gebracht. Diese Übersteigerung der Themen und Entscheidungen als „Schicksalsfragen der Nation“ (ebd.: 2017: 11), soll die Bedeutung ihrer Forderungen unterstreichen. Negative Aussagen zur Europäischen Union, wie beispielsweise die Abwertung der EU-Verträge von Schengen, Maastricht oder Lissabon als rechtswidrige Eingriffe in die unantastbare Volkssouveränität (ebd. 2016: 9), die fehlende Bürgernähe und Transparenz der „Brüsseler Bürokratie“ (ebd. 2013: 2) sollen den Eindruck vermitteln, dass nur der Bürger diese vermeintlichen Probleme und den Zustand der Bundesrepublik ändern kann. Die AfD konstruiert damit eine Kausalverbindung zwischen der Mitgliedschaft Deutschlands in der EU, der Aufgabe nationalstaatlicher Souveränität und damit einhergehend, der Entmachtung der Bürger. Deutlich wird dies auch mit Blick auf das Thema Migration und Einwanderungspolitik. Auch hier werden zentrale Positionen des Rechtspopulismus mit der Nutzung direktdemokratischer Instrumente und der Einbindung des Bürgers in den politischen Entscheidungsprozess vereint. Die Partei tritt in ihren Programmen für direkte Demokratie ein, um dem „Gesetzes- und Rechtsbruch“ der Regierung in der Eurokrise entgegenzutreten (ebd.: 2016: 10). Auch die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung wird von der AfD zum Sinnbild der „Entmündigung“ des Bürgers stilisiert. Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, der Zuwanderung und Asyl können laut der Partei nur durch die unmittelbare Demokratie beantwortet werden (ebd.: 2017: 10). Konkrete Forderungen nach Einführung von direkter Demokratie sind zudem beispielsweise die „demokratische Gestaltung des Wahlsystems“ (ebd. 2016: 23; 2017: 13). Mit einer ähnlichen Argumentation wird auch die Direktwahl des Bundespräsidenten gefordert (ebd. 2016: 24; 2017: 12). Entsprechend der rechtspopulistischen Anti-Establishment-Rhetorik sollen die Entscheidungsmacht der Bürger laut AfD auch für Beschlüsse über Diäten oder andere Mittelzuweisungen gelten, um diesen „maßvolle Inhalte“ zu geben (ebd. 2016: 16). Eine weitere Form der Bürgerbeteiligung fordert die AfD in Rahmen des „Ausbaus von Windenergie“ (ebd.: 2016: 170; 2017: 95), aber auch Entscheidungen über den „Einsatz von Fracking-Techniken“ (ebd. 2016: 163) sollen nur unter der Beteiligung von Bürgern getroffen werden. Während in den meisten Ländern vor allem finanzielle Entscheidungen

aus direktdemokratischen Entscheidungen ausgeschlossen werden, fordert die AfD zudem konkret „Abstimmungsfragen finanzieller Natur“ (ebd. 2016: 17).

Auffällig sind zudem die starke Abneigung und Kritik der AfD gegenüber den gewählten Abgeordneten, den Parteien und dem vorherrschenden nationalen politischen System. Die für den Rechtspopulismus typische „Anti-Establishment-Haltung“ wird in den Programmen deutlich sichtbar mit der Forderung nach mehr direkter Demokratie verbunden. Entsprechend der Anteile der Aussagen zur direkten Demokratie, weisen die Programme einen ähnlichen Anteil an Aussagen zur Kritik am politischen System auf: sind es 2013 noch 10,6%, zeigen die Programme von 2016 und 2017 zwischen 3% und 5% (vgl. Anhang 2). Ein Großteil der Kritik richtet sich ganz klar gegen Parteien und Abgeordnete (Alternative für Deutschland 2013: 2; 2016; 2017: 15, 18, 20; 10, 12, 14). Die Rhetorik ist dabei unverkennbar rechtspopulistisch: Die Allmacht der Parteien, „Ämterpatronage“ und „Kungelei“ würden das System beherrschen (ebd.: 2013: 2; 2017: 12). Aussagen wie „heimlicher Souverän in Deutschland ist eine kleine, machtvolle politische Oligarchie, die sich in den bestehenden politischen Parteien ausgebildet hat“, finden sich in leicht abgewandelter Form in allen drei Programmen. Während der Bürger von der Politik nicht mehr gehört werde, würden die übergeordnete Staatsgewalt, Eigeninteressen, Status und materielles Wohlergehen der Abgeordneten das System beherrschen (ebd. 2013: 2; 2016: 15, 20; 2017: 10, 12). Politiker hätten ihre Funktion als „Mandatare der Bürger“ verloren, Loyalität gelte eher Parteivorständen als dem Bürger und führe zu einer unüberwindbaren Kluft zwischen Wählern und Gewählten (ebd. 2016: 20; 2017: 12, 14, 20). Charakteristisch ist dabei auch die Konstruktion einer großen Verschwörung, die laut AfD für die Beschränkung des Einflusses des Volkes verantwortlich ist. Der Staat hätte ein „Eigenleben“ entwickelt (ebd. 2016: 14), die Vergabe von Ämtern würde hinter „verschlossenen Türen“ stattfinden (ebd.: 16), die Allmacht der Parteien führen zu einem „Meinungsdiktat“ in öffentlichen Diskursen (ebd.: 20) und die Parteienfinanzierung sei ein „verdecktes System“ (ebd.: 22). Auch diese Argumente werden ganz deutlich mit einer Kritik am Repräsentativsystem und der Forderung nach Direktdemokratie verbunden: „Die Schweizer Erfahrung belegt, dass sich Bürger gemeinwohlorientierter verhalten als Berufspolitiker (...). Macht- und interessengetriebene Entscheidungen sind eher in rein repräsentativen Demokratien zu beobachten“ (ebd.: 2016: 17). Der Bürger wird in den Mittelpunkt der Forderungen gestellt, als einzig legitimer Souverän soll er den Willen der Parteien bestimmen und kontrollieren (ebd. 2013: 2; 2017: 10). Daran anschließend knüpft die AfD die Forderung nach „mehr direkte[r] Demokratie auch in den Parteien“ (ebd. 2013: 2). Entsprechend der Kritik auf nationaler Ebene, verknüpft die AfD ihre Forderungen nach einer Demokratisierung auch mit ihrer Abneigung gegenüber der Europäischen Union (ebd. 2016: 34, 57; 2017: 9, 10, 14). Sie argumentiert hier: „Spätestens mit den Verträgen von Schengen (1985), Maastricht (1992) und Lissabon (2007)

hat sich die unantastbare Volkssouveränität als Fundament unseres Staates als Fiktion herausgestellt“ (ebd. 2016: 14) und weiter „Die Politik in Europa ist durch eine schleichende Entdemokratisierung gekennzeichnet, die EU ist zu einem undemokratischen Konstrukt geworden, dessen Politik von demokratisch nicht kontrollierten Bürokratien gestaltet wird“ (ebd. 2016: 32).

3.3.2 Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)

Im Gegensatz zu ihrem deutschen Pendant kann im Fall der FPÖ auf eine längere Entstehung und damit eine größere Anzahl an Programmen zurückgegriffen werden. Für die vorliegende Arbeit wurden die Dokumente von 2002, 2006, 2008, 2012, 2013 und 2017 analysiert. Während das Programm von 2002 mit 106 Seiten das umfangreichste Dokument darstellt, umfassen die Programme von 2006, 2008, 2012, 2013 und 2017 zwischen 12 und 58 Seiten. Die quantitativen Ergebnisse zeigen, dass die Programme der FPÖ nur wenig Aussagen zur direkten Demokratie tätigen. In den Programmen von 2002, 2008, 2013 und 2017 finden sich nur lediglich 0,4% - 4% an Absätzen, die das Thema aufgreifen (vgl. Anhang 2). Die höchste Anzahl weist das Programm von 2013 mit 9,5% auf, während das Dokument von 2006 das Thema überhaupt nicht aufgreift. Was fordert die FPÖ nun aber im Einzelnen?

Grundsätzlich fordert die FPÖ eine „Stärkung der direkten Demokratie“, den „Ausbau der Mitwirkungsrechte“ und eine „Beteiligung des Volkes an der Rechtsprechung“ und mehr Selbstbestimmung (ebd. 2002: 25; 2012: 4, 7, 9; 2013: 9; 2017: 10, 25). Wenn auch weniger charakteristisch rechtspopulistisch als im Fall der AfD, beruft sich auch die FPÖ auf die zentrale Vorstellung der Volkssouveränität (ebd. 2013: 9; 2017: 48). Laut ihr müsse der Staat den „mündigen, freien Bürger“ (ebd. 2017: 31) respektieren, auf den „gesunden Menschenverstand“ und die Erfahrungen der Bevölkerung vertrauen. Auch die FPÖ bedient sich der rechtspopulistischen Grundannahme des „common sense“ und argumentiert: „Sie [die österreichische Bevölkerung] ist voller Selbstvertrauen und hat einen feinen Sinn für Werte wie Gerechtigkeit und Respekt und ein ausgeprägtes Gespür dafür, was richtig und falsch für unser Land ist“ (ebd. 2017: 10). Grundsätzlich beruft sich die FPÖ in all ihren Programmen jedoch weniger auf den Bürger als das souveräne Individuum, sondern vielmehr auf die österreichische Bevölkerung als Kollektiv (ebd. 2013: 9; 2017: 10). Auffällig ist zugleich, dass sich der rechtspopulistische Topos der „Befreiung des Volkes“ und eine „Anti-Establishment-Rhetorik“ nur begrenzt in den Programmen der FPÖ finden lassen. Lediglich die Dokumente von 2013 und 2017 argumentieren, dass die Regierungsparteien die Bevölkerung „in allen wirklich wichtigen Fragen aus der direkten Mitbestimmung“ ausschließen, dem Volk sein Recht zurückgegeben werden müsse (ebd. 2013: 9) und nur direkte Demokratie das Vertrauen in die Politik erneuern

könne (ebd. 2017: 10). Die Souveränität der Bevölkerung wird zwar betont, jedoch scheint diese in den Augen der FPÖ weder bedroht, noch das Volk entmachtet worden zu sein. Die FPÖ setzt sich weit weniger radikal als die AfD für „mehr Bürgernähe“ ein, die aufgrund des Einflusses von Bürokratie, Parteien und Verbänden immer mehr eingeschränkt wird (ebd. 2002: 25, 72, 83, 101). Während die AfD ganz klar fordert, dass der Bürger der einzige Souverän sein muss, setzt sich die FPÖ vor allem für eine „Mitbestimmung“ und eine „Mitwirkung“ ein (Freiheitliche Partei Österreichs 2002: 24; 2008: 2; 2012: 9; 2013: 9). Direkte Demokratie wird ganz deutlich als Ergänzung und Unterstützung der repräsentativen Demokratie betrachtet (ebd. 2017: 10). Während der Rechtspopulismus direktdemokratische Instrumente oftmals als Kontrollinstrument in den Händen der Bürger betrachtet, bedeuten diese für die FPÖ „eine intensivere Auseinandersetzung mit Sachthemen im Rahmen der politischen Diskussionskultur. Die Parteien und deren Repräsentanten werden damit angehalten, die Bürger von ihren inhaltlichen Positionen zu überzeugen“ (ebd.). Einzuführende direktdemokratische Instrumente sind ähnlich wie im Fall der AfD „Volksabstimmungen“, „Volksbegehren“, „Volksbefragungen“, „Volksentscheide“ sowie „Vetoreferenden“ (ebd. 2002: 25; 2012: 17; 2013: 9; 2017: 10). Während diese Instrumente im Grunde dieselben Arten von Verfahren beschreiben, wird hier wenig differenziert und werden unterschiedliche Begriffe synonym verwendet. Während sich die Forderungen der AfD jedoch sehr allgemein gestalten, konkretisiert die FPÖ ihre Vorhaben und äußert sich zur Ausgestaltung der direktdemokratischen Instrumente. Kritisiert werden vor allem bürokratische Hemmnisse und Schwellen, welche den Gebrauch direktdemokratischer Instrumente erschweren (ebd. 2002: 26; 2017: 10). Ein Beispiel dafür stellt die Forderung nach einer Beteiligungsquote von 15% der Stimmberechtigten für eine verbindliche Volksabstimmung dar (ebd. 2002: 26). Im Wahlprogramm von 2013 spricht die Partei von 250.000 benötigten Unterschriften (ebd.: 9). Gerade in den letzten Programmen von 2013 und 2017 steht die Volksgesetzgebung als Kontrollmittel gegenüber der Regierung im Mittelpunkt der Agenda. Da in Österreich plebiszitäre Instrumente, das heißt Abstimmungen initiiert durch Repräsentativorgane, nicht durch das Volk, überwiegen, setzt sich die FPÖ für die Schaffung rechtlicher Grundlagen einer Volksgesetzgebung und niedrige Quoren für verbindliche Volksabstimmungen ein (ebd. 2017: 10). Zugleich fordert sie die Einführung von „Vetoreferenden“ und „Volksbefragungen“, mithilfe denen Bürger über bereits beschlossene Instrumente abstimmen und damit „falsche Regierungsentscheidungen“ abwenden könnten (ebd. 2013: 9; 2017: 10). Wie im Fall der AfD beruft die Partei sich dabei vor allem auf das Vorbild der Schweiz. Ein konkreter Vorschlag stellt neben der Einführung bestimmter Quotenregelungen auch der Einsatz des Internets dar, um die Ausübung direktdemokratischer Instrumente zu erleichtern (ebd. 2013: 9). Auch wenn weniger stark als im Fall der AfD, verbindet auch die FPÖ die Forderungen nach Volksabstimmungen mit konkreten Themen wie der Abstimmung über einen

neuen EU-Reformvertrag (ebd. 2008: 5), einem möglichen Austritt aus der Europäischen Union (ebd. 2008: 6), grundlegenden Änderungen der Bundesverfassung durch Staatsverträge (ebd. 2012: 17) sowie die Änderung der Geschäftsordnung des Nationalrates (ebd. 2017: 10). In ihrem letzten Programm fordert die FPÖ zudem die Beteiligung des Volkes an der Rechtsprechung zur „Akzeptanz und Weiterentwicklung der Judikatur“ (ebd. 2017: 29).

Zentrale Grundlage der Forderungen nach Direktdemokratie ist, wie bereits wiederholt dargelegt, die Kritik an den vorherrschenden politischen Strukturen, Akteuren und Gegebenheiten. Mit Blick auf die quantitativen Ergebnisse zeigt sich, dass auch hier die Zahlen stark variieren. Während das Wahlprogramm von 2002 und das Grundsatzprogramm von 2012 nur 0,5% - 0,8% an Aussagen zur Kritik am System aufweisen, zeigt sich 2008 ein Anstieg auf 5% und 2013 auf 2% (vgl. Anhang 2). Die wenigen entsprechenden Aussagen, die sich in den Programmen der FPÖ finden lassen, umfassen jedoch keine grundlegende Systemkritik und auch keine für den Rechtspopulismus charakteristische Kritik an Eliten oder dem Establishment. Es handelt sich dabei viel eher um eine übliche Kritik an den anderen Parteien zur Profilierung im Parteienwettbewerb. Diese richtet sich vor allem gegen die letzte Regierung und deren angebliches Versagen: „Österreich zeigte in den letzten Jahren der rot-schwarzen Koalition das typische Bild eines Parteien- und Verbändestaates. Die damaligen Koalitionsparteien SPÖ und ÖVP sicherten sich auf jede nur denkbare Art den größtmöglichen Einfluss“ (ebd. 2002: 25). Vorgeworfen wird der Regierung eine „signifikante Unfähigkeit zur Lösung“ durch „Versteinerung“, „Besitzstandswahrung“, „Postenschacher“ und „Herrschaftsdenken“ (ebd.). 2013 findet sich einmalig auch die deutliche Kritik an den Regierungsparteien und deren Politik mit Blick auf die direkte Demokratie: „SPÖ und ÖVP grenzen die Bevölkerung aber in allen wirklich wichtigen Fragen aus der direkten Mitbestimmung aus. Nur so können sie der EU garantieren, dass österreichfeindliche Maßnahmen durchgesetzt werden.“ (ebd. 2013: 9). Ähnlich diesen Aussagen findet sich Kritik an der EU sowie der Vorwurf der Einschränkung von Freiheit, Neutralität und Unabhängigkeit Österreichs häufiger in den Programmen der FPÖ: „Immer mehr Rechte werden zu einem anonymen Verwaltungsapparat nach Brüssel delegiert, die demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürger Schritt für Schritt eingeschränkt“ und weiter „Zudem weist die EU in ihrer gegenwärtigen Form auch teilweise antidemokratische Strukturen auf. Es ist daher eine Reduktion der Regulierungswut auf EU-Ebene und ein Abbau der unionseuropäischen Verwaltungsebene dringend notwendig“ (ebd. 2008: 2, 5, 10). Gemeinsam mit der EU würden die anderen Parteien am „Einheitsstaat“ und „Einheitsmenschen“ arbeiten (ebd. 2013: 88). Noch stärker zeigt sich die Abneigung gegenüber der EU im Wahlprogramm von 2017. Hier verbindet die FPÖ ihre Kritik zugleich mit dem Vorwurf der Einschränkung von Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger. Die repräsentative Demokratie werde missbraucht, der Mehrheitswille der Bürger

übergangen, Wahlversprechen nicht eingehalten und Anliegen der Bürger in Form von Petitionen oder Bürgerinitiativen konsequent ignoriert (ebd. 2017: 10). Da durch die Europäische Union immer mehr „freiheitsgefährdende Tendenzen“ auf Österreich zukommen, fordert die FPÖ verstärkt „Mehr Souveränität, Subsidiarität und Demokratie“ (ebd. 2017: 32).

3.3.3 Schweizerische Volkspartei (SVP)

Auch die SVP kann auf eine längere Entstehung und Entwicklung zurückblicken. Zur Analyse liegen Wahlprogramme aus den Jahren 1999, 2003, 2007, 2011 und 2015 vor. Während die ersten drei Programme zwischen 50 und 80 Seiten umfassen, stellt das Programm von 2011 mit 20 Seiten das kürzeste Programm dar. Das aktuelle Programm von 2015 ist mit 100 Seiten das umfangreichste. Die quantitative Analyse zeigt, dass die Programme der SVP, im Vergleich zu den anderen Parteien, gerade zwischen 2003 und 2011 mit 7% - 14% die höchste Anzahl an Aussagen zur direkten Demokratie enthalten (vgl. Anhang 2). Die Programme von 1999 und 2015 weisen mit 2% geringere Werte auf. Welche Forderungen enthalten diese Programme nun im Einzelnen?

Ganz grundsätzlich fordert die SVP die Bewahrung, den Schutz und Verteidigung der direkten Demokratie (ebd. 1999: 4, 42; 2003: 6, 8; 2007: 9, 12; 2011: 15, 17; 2015: 14, 47). Sie tritt gegen ein „Beschneiden der Volksrechte“ (ebd. 1999: 41) und für den „Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor der überbordenden Staatsgewalt“ (ebd.) ein. Im Gegensatz zur FPÖ beruft sich die SVP sehr stark auf rechtspopulistische Ideen und die Überbetonung der Volkssouveränität. Laut Partei müsse der Wille des Volkes respektiert und umgesetzt werden (ebd. 1999: 42; 2003: 6, 7). Oberstes Ziel sei die Erfüllung des Wählerauftrages (ebd. 2003: 6), da die letzte Verantwortung und das letzte Wort beim Bürger liegen sollen (ebd. 2007: 40; 2011: 3). Die Betonung liegt, wie im Fall der AfD, ganz klar auf dem Individuum, dem Bürger als einzig „wahren Souverän“ und „oberste Instanz“ (ebd. 2007: 7; 2015: 47), der „in Freiheit und Unabhängigkeit über die Geschehnisse und die Zukunft der Schweiz“ bestimmt (ebd. 2015: 11). Die Rhetorik der notwendigen Bewahrung und des Schutzes der direkten Demokratie impliziert die Annahme, dass diese in den Augen der SVP in Gefahr sei. Verwaltungen würden versuchen, „demokratische Rechte des Souveräns Schritt für Schritt zu unterlaufen“ (ebd. 2003: 23). Der Einfluss der EU als „Überstaat“ führe zu einer Entmachtung der Bürger und einem Abbau der Souveränität (ebd. 2007: 10). Aufgrund dessen appelliert die SVP in ihrem Programm: „Die demokratischen Rechte der Bürgerinnen und Bürger sind konsequent zu verteidigen“ (ebd. 2011: 17). Die SVP würde diese daher schützen und allein für die Volksrechte eintreten: „Die SVP ist die einzige Partei, die sich vorbehaltlos hinter die direkte Demokratie stellt“ (ebd.: 2015: 9). Aufgrund der stark ausgebauten direktdemokratischen Rechte in der Schweiz ist es wenig verwunderlich, dass die SVP in all ihren Wahlprogrammen die Vorzüge und Besonderheiten der schweizerischen Direktdemokratie betont. Sie ist „internationales

Vorbild“ (ebd. 2003: 5, 8), die „wichtigste Errungenschaft“ des Landes (ebd. 2003: 23), ein „weltweiter Sonderfall“ (ebd. 2007: 9, 11, 13, 47; 2011: 2, 13) sowie „Staats- und Erfolgssäule“ (ebd. 2015: 8, 9). Mehr noch als AfD und FPÖ plädiert die SVP für direktdemokratische Instrumente, indem sie deren vermeintliche Vorzüge und positive Wirkungen betont (ebd. 2003: 8; 2007: 9, 13; 2011: 17; 2015: 9). In den Augen der Parteien sorgt die direkte Demokratie dafür, dass „Probleme dort gelöst werden, wo sie entstehen“ (ebd. 2003: 8) und führt zu „Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand“ (ebd. 2007: 9). Macht werde verteilt, Entscheidungen könnten jederzeit korrigiert und der politische Zustand des Landes verbessert werden. Zudem würde es gerade mit Blick auf finanzielle Fragen zu einem effizienteren und sinnvolleren Umgang mit öffentlichen Geldern kommen (ebd. 2015: 9). Neben der direkten Demokratie ist der Begriff der „Selbstbestimmung“ zentrale Grundlage der Forderungen und Kritikpunkte der SVP (ebd. 2003: 17, 22; 2007: 12, 19; 2015: 10, 15). Auch wenn die Schweiz über den Grad ihrer rechtlichen Anbindung an das Ausland selbst entscheiden kann, ist das Land laut SVP zu stark vom Ausland beeinflusst und fremdbestimmt (ebd. 2007: 12). Es geht der Partei dabei um Eigenverantwortung und Freiheit beginnend, in der Familie, über Bereiche wie Wirtschaft, Verkehr bis hin zu den Sozialversicherungssystemen (ebd. 2003: 9, 30). Der Staat würde dazu neigen, den Menschen immer mehr zu kontrollieren: „Nichts wird mehr der eigenen Verantwortung überlassen, nichts mehr der eigenen Initiative. Der eigenverantwortliche Bürger soll abgelöst werden vom braven Einwohner, der auf Befehle wartet“ (ebd. 2007: 14). Laut Partei würden die demokratischen Rechte zunehmend untergraben und die Justiz über die Demokratie gestellt werden (ebd. 2007: 10, 14; 2011: 15). Was folgt, sei eine Verpolitisierung der Justiz: „Die Justiz statt dem Volk hat das letzte Wort bei Gesetzesänderungen“ (ebd. 2011: 16). Ein EU-Beitritt würde in den Augen der SVP die „vollständige Preisgabe der Selbstbestimmung“ darstellen (ebd. 2007: 16, 19; 2011: 16; 2015: 4). Eine konkrete Forderung ist die Volksinitiative „Schweizer Recht statt fremde Richter“¹⁶ (ebd. 2015: 15). Die Initiative richtet sich laut Partei gegen die vermeintliche Fremdbestimmung durch die internationale Gemeinschaft. Die Entscheidungsmöglichkeiten der Bürger würden immer mehr an Bedeutung gegenüber bloßer Mitsprache verlieren (ebd. 2007: 16). Trotz weitreichend bestehender, direktdemokratischer Rechte finden sich in den Programmen der SVP Forderungen nach einem Ausbau und einer Ergänzung dieser in Form von Volksinitiativen zu unterschiedlichen Themen. Eine konkrete Forderung war bis 2007 vor allem der Ausbau des Staatsvertragsreferendums¹⁷ (ebd. 1999: 41; 2003: 17; 2007: 21). Gefordert wurde hierbei, dass

16 Die sogenannte Selbstbestimmungsinitiative wurde aktuell am 25.11.2018 mit 66,2% der Stimmbeteiligten abgelehnt (vgl. Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement 2018 online unter: <https://www.ejpd.admin.ch/ejpd/de/home/aktuell/abstimmungen/selbstbestimmungsinitiative.html>; zuletzt abgerufen: 15.01.2018).

17 Am 17.06.2012 erfolgte die Abstimmung zur Initiative „Für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatsverträge vors Volk)“, welche mit 75,3% von der Bevölkerung und allen Kantonen abgelehnt wurde (vgl.

völkerrechtliche Verträge dem obligatorischen Referendum unterliegen müssen, sofern diese multilaterale Rechtsvereinheitlichungen herbeiführen oder Zuständigkeiten an ausländische oder internationale Institutionen übertragen. Im Programm von 2011 stellte die Forderung nach einer „Volkswahl des Bundesrates“ das zentrale Element des Diskurses über direkte Demokratie dar (ebd. 2011: 17). Neben der Stärkung der Gewaltenteilung wie auch der Volkssouveränität sah die SVP in dieser Forderung eine Stärkung und Vervollständigung der direkten Demokratie: „Die Bevölkerung wird ihre Regierung im Gegensatz zum Parlament ohne eigennützige, kleinkarierte Ränkespiele, parteipolitische Intrigen und Hintertreppenabsprachen wählen“ (ebd.). Zentrale Themen, mit der die SVP ihre Forderungen nach direkter Demokratie verknüpft, sind zudem die „immerwährende, integrale und bewaffnete Neutralität“ und Unabhängigkeit (ebd. 2007: 36; 2015: 8), aber vor allem auch Sicherheit und Zuwanderung (ebd. 2003: 13; 45; 2007: 36; 2015: 35). Bereits 2003 standen die Forderungen nach direkter Demokratie vor allem im Zusammenhang mit der Schweizer Außenpolitik, der EU, internationalen Konventionen und völkerrechtlichen Verträgen (ebd. 2003: 5, 17, 23). Eine der wohl radikalsten Initiativen stellt die Forderung nach generellem Vorrang der Bundesverfassung gegenüber internationalen Verträgen dar. Damit geht die Verpflichtung der Behörden zur Anpassung und gegebenenfalls zur Kündigung völkerrechtlicher Verträge einher, wenn diese im Widerspruch zur Schweizer Verfassung stehen. Ganz deutlich wird hier der rechtspopulistische Topos der Abneigung gegenüber der so empfundenen Fremdbestimmung durch internationale Organisationen, Verträge und Regelungen. Die SVP richtet sich damit gegen den „schleichenden EU-Beitritt“, die „institutionelle Einbindung in die EU“ und die „dynamische Rechtsübernahme und fremde Richter“ (ebd.). Das „eigene“ Recht der Schweiz, die Volksrechte und die Verfassung, würden durch internationale Gerichte missachtet werden: „Selbstbestimmung und Eigenständigkeit bei der Rechtsetzung werden damit immer mehr ausgehöhlt“ (ebd. 2015: 12). Eng verbunden mit diesen Forderungen, stehen wie auch im Fall der AfD, die Kritik an den Eliten, dem System und den Institutionen. Entsprechend der Aussagen zur direkten Demokratie variieren auch die Aussagen zur Kritik am politischen System in ihrer Häufigkeit. Während 1999, 2003 und 2015 zwischen 1% - 3% der Aussagen der Wahlprogramme in diese Kategorie eingeordnet werden können, waren es 2007 rund 5% und 2011 sogar 15% (vgl. Anhang 2). Kritik richtet sich zum einen an den Staat als solchen, der aufgrund der Komplexität der Problemlagen im 21. Jahrhundert an Handlungsfähigkeit verliert (ebd. 1999: 41). Ähnlich wie bei der AfD lassen sich auch in den Programmen der SVP für den Rechtspopulismus charakteristische Argumentation der vermeintlich „korrupten“ und „selbstgefälligen“ Elite, Politik und Wirtschaft finden (ebd. 2003: 6, 7; 2015: 14). Die Schweiz befinde sich in einer desolaten

Schweizerische Bundeskanzlei 2018 online unter: <https://www.admin.ch/ch/d//pore/vi/vis363.html>; zuletzt abgerufen: 15.01.2018).

Situation, die das Resultat einer schlechten Politik durch Bestechlichkeit, Misswirtschaft und Profilierungssucht sei (ebd. 2003: 7; 2007: 16). Der Bundesrat würde Volksinitiativen hintertreiben, dem Volk seine Rechte entziehen und dafür Behörden und Gerichten mehr Rechte einräumen (ebd. 2011: 15, 16; 2015: 8; 44). Es würde ein „Ausverkauf der Schweizer Souveränität und Selbstbestimmung“ durch die Eliten stattfinden, den nur die SVP stoppen könne (ebd. 2015: 4). Gerade in ihrem letzten Programm von 2015 wird betont, in welcher „Gefahr“ sich die direkte Demokratie und die Volksrechte befänden: „Sie [die anderen Parteien] schaffen zunehmend die direkte Demokratie ab, indem sie Volksentscheide nicht durchsetzen. Die anderen Parteien achten fremde Gesetze mehr als Schweizer Gesetze, sie wollen Volksinitiativen und Referenden erschweren“ (ebd. 2015: 8). Die SVP stellt sich klar als Verteidiger der Volksrechte gegen die anderen Parteien und die zunehmende „Aushöhlung“ der direkten Demokratie dar. Die SVP als einzige Alternative, würde sich dem widersetzen und bessere Lösungen vorschlagen (ebd.). Damit einhergehend erfolgt auch eine wesentliche Systemkritik seitens der SVP und das Infragestellen der für die Schweiz charakteristischen Konkordanz: „Unser Regierungssystem mit allen wichtigen Parteien kann auf die Dauer nur funktionieren, wenn jeder beteiligten Partei auch eine abweichende Haltung zugestanden wird. Es wäre für die demokratische Kultur unseres Landes verheerend und für die Wählerinnen und Wähler deprimierend, wenn auch die SVP mit allen andern im selben Boot gesessen wäre“ (ebd. 2003: 6f).

Auch die Kritik und Ablehnung internationaler Organisationen wie der Europäischen Union oder der Nato finden sich verstärkt in den Programmen der SVP. Während ein Beitritt der Schweiz konsequent abgelehnt wird, setzt sich die SVP lediglich für bilaterale Abkommen ein (ebd. 1999: 14; 2003: 16; 2007: 19). Aufgrund der starken Verankerung der Volksrechte in der Schweiz wird die Kritik an der EU ganz deutlich mit dem Thema der direkten Demokratie verknüpft. Der Beitritt zur Europäischen Union wird dabei mit einer Einschränkung der direkten Demokratie gleichgesetzt (ebd. 1999: 15; 2003: 22; 2007: 11; 2011: 4; 2015: 8). In den Programmen von 2011 und 2015 wird diese Kritik an der EU noch stärker: „Ein Beitritt zur EU würde die Abschaffung der direkten Demokratie, der Unabhängigkeit, der Neutralität und des Schweizer Frankens bedeuten“ (ebd. 2011: 4). Gleichermassen wird jedoch auch die Außenpolitik der Schweiz kritisiert, die sich laut SVP zu sehr auf die EU und internationale Organisationen ausrichtet (ebd. 2003: 16). Die Argumentationslinie ähnelt dabei in allen Programmen: Der Bundesrat versuche in den Augen der SVP die Angliederung der Schweiz an die EU voranzutreiben und würde dadurch die eigene Souveränität aufgeben. Abkommen mit der EU werden als „Kolonialverträge“ bezeichnet (ebd. 2011: 19), die Schweiz würde sich immer mehr der EU unterordnen und unterwerfen. Ein Argument, das die SVP wiederholt anführt, ist die Aussage, dass der Beitritt der Schweiz zur EU bislang einzig durch den Sonderfall der direkten Demokratie verhindert werden konnte (ebd. 2011:

13; 2015: 14). Es wird also impliziert, dass es allein der Bürger als Souverän ist, der die Entscheidung über den Anschluss an die Europäische Union getroffen und bisher abgelehnt hat. Allein die SVP würde dies jedoch verteidigen und unterstützen (ebd. 2015: 8).

3.4 Auswertung der Ergebnisse

„Rechte und rechtspopulistische Bewegungen haben das Referendum entdeckt, um sich das Mäntelchen einer demokratischen Gesinnung umzuhängen“ (Gaus 2016: 2). Der Zusammenhang von Rechtspopulismus und direkter Demokratie wird, wie bereits dargestellt, zwiespältig diskutiert. Doch zeigt nun auch die vorangegangene Analyse der Wahlprogramme, dass sich rechtspopulistische Parteien tatsächlich für mehr Volksrechte einsetzen?

Zwar ist der Untersuchungszeitraum aufgrund des erst kurzen Bestehens der AfD begrenzt, dennoch können sich zusammenfassend interessante Schlüsse aus der Analyse ziehen lassen. Im Vergleich mit den anderen Parteien zeigt sich die Rolle der AfD als Außenseiterpartei ganz deutlichen in ihrer Programmatik und den Forderungen nach direkter Demokratie. Auch wenn gerade im Programm von 2013 Themen wie die Europäische Union, die Eurokrise und ökonomische Aussagen noch überwiegen, ist die Diskussion darüber, ob die AfD bereits hier als rechtspopulistisch bezeichnet werden kann, bisher noch nicht endgültig beendet. In ihren Aussagen lässt sich dennoch eine klare Betonung radikal-demokratischer Vorstellungen ausmachen. Prozentual gesehen weist das erste Programm sogar am meisten Aussagen zur direkten Demokratie und Kritik am politischen System auf. Zum größten Teil sind diese im Zusammenhang mit der europäischen Währungspolitik und der EU-Integration begründet. Die Kritik der AfD richtet sich in diesem Programm weniger gegen das nationale politische System, Parteien oder die Regierung, sondern vielmehr gegen die europäische Union und deren Bürokratie. Dass die AfD als Oppositionspartei und Außenseiter noch viel stärker an rechtspopulistischen Forderungen festhalten kann, zeigt sich verstärkt in ihrem Grundsatzprogramm von 2016. Hier nehmen die Aussagen zur direkten Demokratie eine ganz zentrale Position ein. Es finden sich charakteristische rechtspopulistische Grundannahmen wie die unabdingbare Volkssouveränität, das Vorhandensein eines Gemeinwillens sowie die Überlegenheit des „common sense“ der Bürger. Auch sind die Forderungen zu einem großen Teil mit rechtspopulistischen Themen wie dem Verbleib Deutschlands in der EU, Völkerrecht und Migration verbunden. Der Zusammenhang von Aussagen zur direkten Demokratie und der Abneigung des vorherrschenden politischen Systems ist bei der AfD besonders stark ausgeprägt. Die AfD gilt als noch nicht fest verankert im System und kann sich dadurch von dem zu misstrauenden Establishment abgrenzen. Im Vergleich zu den

anderen Parteien stößt sie sich hier noch wenig an dem Widerspruch zwischen der eigenen Ideologie und der Realpolitik. Die rechtspopulistische „Anti-Rhetorik“ ist in keinem der untersuchten Fälle so deutlich wie bei der AfD. Sie bedient sich extrem verkürzter und radikal zugespitzter Formulierungen und leitet aus der Systemkritik ihre Forderungen nach mehr direktdemokratischen Beteiligungsmöglichkeiten ab. Der mit dem Rechtspopulismus untrennbar verbundene Antagonismus zwischen Volk und Elite wird im Programm der AfD stark gemacht. Das Wahlprogramm von 2017 reiht sich in diese Entwicklung mit ein. Auch hier betont die Partei die Bedeutung der Volkssouveränität als „Herzstück der Demokratie“ (ebd. 2017: 9), die Rolle des Bürgers und die Notwendigkeit von direkter Demokratie in Form von Volksentscheiden. Die Verknüpfung sogenannter „Schicksalsfragen“ (ebd. 2017: 11) wie der Mitgliedschaft Deutschlands in der EU oder Grundgesetzänderungen mit dem Thema der direkten Demokratie wird deutlich. Trotz großer Bedeutung des Themas innerhalb der Programme der AfD kann jedoch geschlussfolgert werden, dass kein durchdachtes Konzept oder konkrete Vorstellungen von direkter Demokratie dahinterstehen. Die Forderungen der AfD beinhalten keine Zahlen, Regeln oder Aussagen über die Ausgestaltung direktdemokratischer Instrumente. Vielmehr scheint es, als würde die Partei lediglich versuchen, an möglichst zentralen Stellen und im Zusammenhang mit kritischen Themen die vermeintlich untergrabene Souveränität der Bürger zu betonen.

Im Fall der FPÖ ist die Positionierung der Partei innerhalb des politischen Systems ein wesentliches Kriterium, das die Ausrichtung der Wahlprogramme, die Forderungen nach direkter Demokratie und die Kritik an den Institutionen beeinflusst. In der Entwicklung der Forderungen über den Zeitraum 2002 bis 2017 lässt sich ganz deutlich der Einfluss ihrer Regierungsbeteiligung beziehungsweise ihre Rolle als Oppositionspartei erkennen. In ihrem Programm von 2002 (zuvor war die FPÖ in einer Koalitionsregierung mit der ÖVP) finden sich nur wenige Aussagen zur direkten Demokratie. Konkrete Forderungen sind lediglich die Verpflichtung zur Durchführung von Volksabstimmungen bei erfolgreichen Volksbegehren sowie der Abbau bürokratischer Hemmnisse bei Volksbefragungen. Entsprechend verhält es sich mit Blick auf Aussagen zur Kritik am vorherrschenden System. Es lassen sich nur wenige systemkritische Meinungen in dem Programm von 2002 finden. Eine kritische Bewertung der EU findet gar keine Erwähnung. Vielmehr dokumentiert die FPÖ darin die Leistungen der letzten Regierung unter ihrer Beteiligung und klagt zugleich die SPÖ und ÖVP für Fehlentscheidungen an. Vorrang haben Parteiinteressen und die Betonung von Erreichtem, um eine erneute Wiederwahl zu garantieren. Deutlich wird an dieser Stelle die Innenansicht der Partei. Da sie selbst Mitglied der letzten Regierung und Teil „des Systems“ war, richtet sich Kritik lediglich gegen die anderen Parteien, was jedoch keine Besonderheit in Wahlprogrammen darstellt. Noch deutlicher wird das im Programm von 2006, welches ebenfalls infolge einer Regierungsbeteiligung der FPÖ verfasst wurde. Hier findet sich

keine einzige Erwähnung direktdemokratischer Beteiligung, des Bürgers oder der Volkssouveränität. Einen Wendepunkt stellt das Programm von 2008 dar. Hier lässt sich deutlich erkennen, dass die FPÖ in der vergangenen Legislaturperiode als Oppositionspartei im Parlament vertreten war. Es finden sich wieder vermehrt charakteristische rechtspopulistische Elemente und Forderungen. Sowohl die Aussagen zur direkten Demokratie, also auch vor allem die Aussagen zur Kritik am politischen System, nehmen zu. Deutlich zu erkennen ist auch die Verbindung von Volksabstimmungen und rechtspopulistischen Themen, wie einem möglichen Austritt aus der Europäischen Union oder auch die zunehmende Beschränkung der Freiheit und Unabhängigkeit des Nationalstaates durch diese. Die FPÖ versucht dabei, dem Bürger zu verdeutlichen, dass eine zunehmende Integration der EU zur Einschränkung demokratischer Mitbestimmungsmöglichkeiten führt. Die Souveränität des Nationalstaates wird mit der Selbstbestimmung des Bürgers und seiner Volkssouveränität gleichgesetzt. Forderungen und Aussagen werden zunehmend radikaler und rechtspopulistischer. Zugleich lässt sich jedoch erkennen, dass die FPÖ dennoch keinerlei Kritik an Parteien, Eliten, dem sogenannten Establishment oder dem repräsentativen System auf nationaler Ebene äußert. Als stark verankerte Partei des österreichischen Regierungssystems scheint die Partei hier dem Spannungsverhältnis zwischen Realpolitik und populistischen Forderungen zu unterliegen. Mit der Regierungsbeteiligung der FPÖ scheint auch ein moderates Auftreten sowie weniger rechtspopulistische und radikaldemokratische Forderungen einherzugehen. Das Grundsatzprogramm von 2012 stellt noch einmal eine Besonderheit dar. Zwar wird ganz allgemein die Bedeutung von direkter Demokratie, von Selbstbestimmung und der Mitwirkung der Bürger an Entscheidungsprozessen betont, jedoch weniger radikal als in den Wahlprogrammen. Die Partei verbindet auch hier die Forderungen nach Volksabstimmungen mit dem Thema Europarecht. Die Programme von 2013 und 2017 verdeutlichen die Annahme, dass die Forderungen nach direkter Demokratie immer dann radikaler werden und zunehmen, wenn Parteien als Opposition und als „Außenseiter“ agieren können. Zugleich zeigt sich, dass Forderungen nach direktdemokratischen Instrumenten dann stärker wurden, wenn die FPÖ auch insgesamt in ihrem Auftreten und ihrer Programmatik rechtspopulistischer wurde. Gerade im Vergleich zu den Programmen von 2002, 2006 und 2008 bekennt sich die FPÖ zur direkten Demokratie „ohne Wenn und Aber“ (ebd. 2013: 9). Das Thema wird nicht nur in einem eigenen Kapitel behandelt, es finden sich auch charakteristische rechtspopulistische Vorstellungen, wie beispielsweise der Topos der „geraubten“ Volkssouveränität durch Eliten und das Establishment. Einen Höhepunkt findet diese Entwicklung im Programm von 2017. Hier folgen konkrete Aussagen zum Ausbau, zur Stärkung und zur Einführung direkter Demokratie. Eine Besonderheit stellt vor allem die Forderung der FPÖ nach der Einführung der Volksgesetzgebung dar. Wie bereits dargelegt, überwiegen in

Österreich Initiativen, die durch Repräsentativorgane ausgelöst werden. Das Instrument der Volksgesetzgebung ist bislang nicht vorgesehen, weshalb die Forderung der FPÖ eine grundlegende Neuerung darstellt. Verstärkt richtet sich Kritik auch gegen Regelungen und Schwellen, welche die Durchführung von Volksabstimmungen erschweren. Zugleich nimmt auch die Kritik an der EU und deren vermeintlicher Einfluss auf die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürger in dem Dokument von 2017 zu. Im Fall der FPÖ zeigt sich also für den gewählten Untersuchungszeitraum, dass die Forderungen nach mehr direkter Demokratie mit einer zunehmenden rechtspopulistischen Ausrichtung und Positionierung der Partei einhergehen. Ob es jedoch tatsächlich auch diese radikaldemokratischen und systemkritischen Forderungen waren, die 2017 letztendlich zum Erfolg der Partei bei den Nationalratswahlen und einer erneuten Regierungsbeteiligung beitrugen, soll im Kapitel 3 näher betrachtet werden.

Was lässt sich nun abschließend aus der Analyse der SVP schlussfolgern? Entsprechend ihrer ständigen Regierungsbeteiligung aufgrund der sogenannten Zauberformel, könnte man daraus schließen, dass auch hier die Positionierung der Partei innerhalb des Systems Einfluss auf ihr Wahlprogramm und die Forderungen nach direkter Demokratie hat. Anders als jedoch im Fall der FPÖ wird deutlich, dass die SVP anscheinend nicht an den institutionellen Zwängen und Regeln der Realpolitik zu scheitern droht. Obwohl die Partei Teil des Systems, sogar Teil der Regierung ist und war, versucht sie sich als Außenseiter zu repräsentieren und eine „Antipolitik“ zu betreiben. Deutlich wird dies vor allem, wenn die SVP von Fehlentscheidungen „des Bundesrats“ oder „der Anderen“ spricht, die sie im Grunde gleichermaßen mitgetragen hat. In der Längsschnittanalyse von 1999 bis 2015 lassen sich dennoch Unterschiede festmachen. In ihrem Wahlprogramm von 2003 finden sich noch wenig konkrete Forderungen nach mehr direkter Demokratie. Während das Thema in den Programmen der anderen Parteien oft eigenständig und isoliert behandelt wird, zieht sich das Thema der direkten Bürgerbeteiligung hier als Bedeutungsrahmen durch das ganze Programm der SVP. Es geht dabei vor allem um die Bewahrung und den Schutz der Volksrechte (ebd. 1999: 41). Auch Aussagen zur Kritik am politischen System sind im Programm von 1999 noch sehr zurückhaltend und wenig rechtspopulistisch. Während die SVP zwar den Beitritt zur EU ausschließt und von einem zunehmenden Verlust der Handlungsfähigkeit des Staates spricht (ebd. 14; 41), findet sich jedoch wenig generelle Kritik an politischen Institutionen oder anderen Parteien. Dies ändert sich doch bereits im darauffolgenden Programm von 2003. Sowohl die Aussagen zur direkten Demokratie als auch die zur Kritik am politischen System, verdreifachen sich. Eine konkrete Forderung stellt im Bereich der Volksrechte das Staatsvertragsreferendum dar. Die SVP fordert mehr Mitspracherechte der Bürger in der Außenpolitik. Zugleich betont die Partei an zahlreichen Stellen die Vorbildfunktion der Schweizer Volksrechte, den Nutzen und die positiven Effekte dieser. Aber

auch die Positionierung der Partei gegenüber den anderen wird deutlich kritischer. Es finden sich vermehrt eine rechtspopulistische Rhetorik, charakteristische Begriffe wie die „Bestechlichkeit, Misswirtschaft und Filz“ der Abgeordneten (ebd.: 6) und zugleich die Alleinstellung und Besonderheit der SVP. Ähnlich wie in den Programmen der AfD, stellt sich das Schweizer Pendant als einzige mögliche Alternative dar. Während die anderen Parteien den Weg hin zu einer desolaten Situation des Staates und einer schlechten Politik ebneten, ist es allein die SVP, die den Bürger ernst nimmt. Das Programm unterstreicht dies, indem es sich immer wieder auf das Volk, aber auch auf vom Volk getroffene Entscheidungen und Referenden beruft. Auch die Ablehnung der EU sowie die Kritik am politischen System der Schweiz, im Besonderen des Konkordanzsystems, nehmen verstärkt zu. Die Wahlprogramme von 2007 und 2011 reihen sich in diese Entwicklung ein. Trotz starker Bedeutung der direkten Demokratie in der Schweiz betont die SVP die Notwendigkeit der Verteidigung und Ausweitung der Volksrechte. Sie bezeichnet die direkte Demokratie als ein Instrument, das die Partei nützen will, wenn in den Parlamenten keine Mehrheit gefunden werden kann (ebd. 2007: 6). Während die AfD, aber auch die FPÖ, das Thema der direkten Demokratie ganz deutlich ausschließlich mit rechtspopulistischen Politikfeldern wie Migration oder Anti-EU-Politik verknüpfen, bildet das Thema bei der SVP eher einen Gesamtrahmen der Wahlprogramme. Die Bedeutung und Betonung der Volksrechte stellen den Deutungsrahmen der Programme dar. Der Bürger als Souverän muss jederzeit über das Recht verfügen, jede Entscheidung, in jedem Politikbereich, zur Diskussion zu stellen und gegebenenfalls korrigieren zu können: „Die letzte Verantwortung liegt beim Souverän, beim Bürger“ (ebd. 17). Dennoch zeigt sich auch in den Programmen der SVP, dass gerade die zunehmende Integration und Harmonisierung der Europäischen Union geschickt mit dem Thema der direkten Demokratie verbunden wird. Stärker als die anderen Parteien, argumentiert die SVP hier von weitreichenden Einschnitten in die Selbstbestimmung und Mitsprache des Bürgers sowie eine Außerkraftsetzung der Souveränitätsrechte einhergehend mit dem Einfluss der EU. Einen Höhepunkt findet diese Argumentation im Wahlprogramm von 2015. Mit der von der SVP initiierten „Selbstbestimmungsinitiative“ will die Partei dafür sorgen, dass Volksentscheide wieder umgesetzt werden¹⁸. Spätestens an dieser Stelle wird jedoch deutlich, dass die Partei das Instrument der direkten Demokratie vor allem für ihre Eigeninteressen und den Kampf gegen die Europäische Union einsetzt. Die Einbindung der EU wird mit der Aushöhlung der Selbstbestimmung und Eigenständigkeit gleichgestellt. Während die anderen Parteien über die Köpfe der Bürger hinweg bestimmen würden, sei die SVP „die einzige Partei, die sich vorbehaltlos hinter die direkte

18 Die Initiative wurde am 25.11.2018 mit 66,2% abgelehnt (vgl. Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement 2018 online unter: <https://www.ejpd.admin.ch/ejpd/de/home/aktuell/abstimmungen/selbstbestimmungsinitiative.html>; zuletzt abgerufen: 15.01.2018).

Demokratie stellt“ (ebd.: 9). Während sich gerade bei der AfD die Abneigung gegen das Establishment und politische Institutionen wie die etablierten Parteien richtet, stellt für die SVP die Europäische Union den Hauptfeind und Angriffsziel dar.

Anknüpfend an die Forschungsfrage, ob rechtspopulistische Parteien verstärkt direktdemokratische Reformen fordern, lässt sich für die drei ausgewählten Fälle und Untersuchungszeiträume schlussfolgern, dass das Thema der direkten Demokratie bei allen drei eine besondere Stellung einnimmt. Auch wenn die Anteile der Aussagen (vgl. Anhang 2) auf den ersten Blick gering erscheinen mögen, ist dabei zu beachten, dass Wahlprogramme die gesamten politisch-inhaltlichen Zielsetzungen und -vorstellungen einer Partei umfassen. Bei Wahlprogrammen handelt es sich meist um „Totalprogramme“, welche Aussagen zu allen Politikfeldern umfassen (Anan 2017: 28). Auch wenn die Programme der drei rechtspopulistischen Parteien in Deutschland, Österreich und der Schweiz sicherlich unterschiedliche und länderspezifische Schwerpunkte setzen, zeigt sich, dass Forderungen nach direkter Demokratie einen dieser Schwerpunkte darstellen. Die unterschiedliche Ausprägung und Gestaltung des Themas lässt sich auf die unterschiedlichen Phasen des Entwicklungszyklus der Parteien, sowie auf die Position innerhalb des politischen Systems zurückführen. Während die AfD als jüngstes Fallbeispiel und als neugegründete Partei am Beginn ihrer Geschichte steht und noch unterschiedlichen Richtungskonflikten ausgesetzt ist, können die FPÖ und die SVP als etablierte und erfolgreiche Parteien auf einen stabilen Wähleranteil vertrauen. In der Rolle des Außenseiters ist es der AfD, im Gegensatz zur FPÖ und SVP, noch nicht gelungen, als Normalpartei im politischen System akzeptiert zu werden. Einen wesentlichen Unterschied stellen die bisherige Regierungsbeteiligung und Verankerung im politischen System dar. Während die AfD bisher noch in keiner Regierung beteiligt war, gelang es der FPÖ bereits dreimal in Koalitionen zu regieren. Die SVP ist aufgrund des Konkordanzprinzips des schweizerischen Regierungssystems sogar seit ihrer Gründung Teil der Regierung.¹⁹ Da der Populismus in seinem Wesen oppositionell ist (Decker 2004: 189), sind populistische Parteien in der Regierung institutionellen Zwängen, Kompromissen, parlamentarischen Regeln und Verfahren unterworfen. Während die AfD als Oppositionspartei noch viel stärker an ihren populistischen Forderungen festhalten kann, stehen FPÖ und SVP als Teil der Regierung in einem „Spannungsverhältnis zwischen repräsentativer und plebiszitärer Demokratie“ (Pallaver und Gärtner 2006: 104). Die AfD kann überzogene Versprechungen und Lösungen propagieren, während die FPÖ und SVP als Regierungsparteien von der Realpolitik eingeholt werden. Der Widerspruch zwischen der eigenen Ideologie und der institutionellen Rolle und Verantwortung ist nur schwer zu überwinden. Obwohl die FPÖ und SVP beide populistische Parteien in der Regierung darstellen, lassen sich auch hier Unterschiede festmachen. Die FPÖ

¹⁹ Näheres dazu in Kapitel 3.2.1.3 zur Schweizerischen Volkspartei.

scheiterte wiederholt an dem „Widerspruch zwischen Realpolitik [...] und den populistischen Forderungen der Basis“ (ebd.: 112). Die erste Regierungsbeteiligung endete mit dem Bruch der Koalition 2002, die zweite führte zur Spaltung der Partei. Die FPÖ durchlief dabei zweimal einen Kreislauf von radikaler Systemkritik, zunehmenden Wahlerfolgen, Regierungsbeteiligung und moderatem Auftreten, Missgunst der Wähler und Ende als Regierungspartei. Die Regierungsbeteiligung schien der SVP im Gegensatz zur FPÖ nie zum Nachteil zu gereichen. Ihr gelingt es, zugleich Protest- bzw. Oppositionspartei zu sein und nicht an der Realität des Regierens zu scheitern. Einen großen Anteil daran hat das besondere politische System der Schweiz, da im Proporzsystem keine Koalitionsvereinbarungen und inhaltliche Kompromisse getroffen werden müssen. Obwohl die SVP Teil des Systems ist, gelingt es ihr, oppositionelle „Antipolitik“ zu betreiben, und sich trotz rechtspopulistischer Einstellungen als „langjährige, verlässliche Mitregierungspartei“ darzustellen (Hildebrand 2017: 338).

Bedeutet diese Ergebnisse jedoch nun auch, dass Forderungen nach direkter Demokratie automatisch rechtspopulistisch sind? Entsprechend der vorliegenden Arbeit ist dies nicht der Fall. Rechtspopulistisch werden die Forderungen wie im Fall der AfD, der FPÖ und SVP erst mit der Verknüpfung des Themas mit spezifischen Themen und Forderungen, wie der Kritik am vorherrschenden System, den Parteien, der EU oder der Zuwanderung. Die Vorstellung von Volkssouveränität als Grundlage allen politischen Handelns ist für sich genommen nicht rechtspopulistisch. Schon allein im Artikel 20 des Deutschen Grundgesetzes wird davon ausgegangen, dass „alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht“ (Deutscher Bundestag 2018a: 1). Als rechtspopulistisch können die Forderungen jedoch aufgrund ihrer Radikalität und der inhaltlichen Ausrichtung bezeichnet werden. Rechtspopulisten suggerieren, dass es für komplexe Probleme einfache Lösungen gäbe, die in Form von Volksentscheiden durch den Bürger gefunden werden können. Der Wunsch nach mehr Unmittelbarkeit von Politik und einer verstärkten Mitsprache des Volkes ist an sich nicht rechtspopulistisch. Jedoch wenden sich die Parteien mit ihren Forderungen zum großen Teil gegen das vorherrschende liberal-demokratische Repräsentativsystem, den Pluralismus und den Minderheitenschutz. Rechtspopulistisch werden die Forderungen dann, wenn sie das repräsentative System nicht unterstützen, sondern es in eine plebiszitäre Demokratie formen wollen. Solange direktdemokratische Instrumente nicht Grundrechte und Prinzipien der freiheitlichen-demokratischen Grundordnung in Frage stellen, sind sie noch nicht automatisch rechtspopulistisch. Direktdemokratische Verfahren stellen für den Rechtspopulismus nützliche Instrumente dar, mit denen sich der Gegensatz zwischen „dem Volk“ und „dem Establishment“ konstruieren und klar aufzeigen lässt. Wie die vorliegende Analyse gezeigt hat, verstehen es die Parteien wie die AfD, FPÖ und SVP diese Instrumente gezielt einzusetzen und zu positionieren. Kritik an Parteien, der Regierung oder der Europäischen Union werden zum Wunsch der Bürger

nach mehr Selbstbestimmung und Mitsprache umgeformt. Es muss also immer hinterfragt werden, inwieweit es den Parteien tatsächlich um die Lösung von Sachproblemen geht und nicht allein um gesellschaftliche Spaltung, Erzeugung von Angst und dem Antagonismus von Regierenden und Regierten. Ob mehr direkte Demokratie das Verhältnis von Wählern zu ihren Vertretern verbessern und dadurch die Demokratie belebt werden könnte, kann an dieser Stelle nicht endgültig beurteilt werden. Die vorliegende Untersuchung hat jedoch gezeigt, dass sich rechtspopulistische Parteien in ihren Programmen verstärkt für direktdemokratische Reformen einsetzen. Inwiefern diese Forderungen der rechtspopulistischen Parteien jedoch überhaupt auf Nachfrage stoßen und von Wählern befürwortet werden, soll in dem folgenden Kapitel untersucht werden.

4 Rechtspopulismus und direkte Demokratie: die Nachfrageseite

„Wir lassen uns nicht länger belügen – wir sind das Volk“²⁰, und „In unserem Land bestimmen wir“²¹ sind Parolen rechtspopulistischer Bürger und Wähler in Deutschland, Österreich und der Schweiz, die den Wahlplakaten der Parteien ähneln. Mit Blick auf Europa zeigt sich, dass rechtspopulistische Parteien gegenwärtig bei allen Wahlen besonders gut abschneiden. Ob in Polen, in Frankreich oder in Deutschland, Österreich und der Schweiz – rechtspopulistische Parteien sind mittlerweile eine feste Größe in europäischen Parteiensystemen. Doch was sind Motive für die Wahl einer rechtspopulistischen Partei? Sind es die Ängste vor steigender Zuwanderung und offenen Grenzen? Die Angst vor Globalisierung und einer tiefergehenden Integration der Europäischen Union? Die wachsende Ungleichheit und negative ökonomische Aussichten? Oder sind es der wahrgenommene Mangel an Responsivität der Regierung und Politik, der Zweifel am Funktionieren der Demokratie und die daraus resultierenden Forderungen nach mehr direkter Demokratie, welche die Wahlentscheidung für rechtspopulistische Parteien beeinflussen? Die vorangegangene Analyse der Wahlprogramme zeigte, dass die Forderungen nach direkter Demokratie einen wichtigen Teil des Angebots rechtspopulistischer Parteien darstellen. Doch ist dieses Angebot möglicherweise für den Wähler gar nicht relevant? Unterstützen rechtspopulistische Wähler diese Forderungen? Trägt das Angebot an direktdemokratischen Forderungen zum elektoralen Erfolg der Parteien bei? Um Antworten auf diese Fragen zu liefern, befasst sich die vorliegende Analyse mit der Nachfrageseite des politischen Wettbewerbs in Deutschland, Österreich und der Schweiz anhand von Umfragedaten, die im Rahmen des European Social Survey (ESS) 2016 erhoben wurden. In den folgenden Kapiteln erfolgt zunächst die theoretische Herleitung, Erläuterungen zum Untersuchungsdesign sowie die Analyse und Auswertung der empirischen Ergebnisse. In einem abschließenden Teil werden die wesentlichen Ergebnisse zusammengefasst.

4.1 Theoretische Grundlagen und Hypothesen

Die AfD ist seit 2018 in allen deutschen Landesparlamenten und im deutschen Bundestag vertreten. Die FPÖ ist seit vergangener Wahl wiederholt Teil der Regierung und die SVP ist seit vielen Jahren stärkste Partei der Schweiz. Der Aufstieg und der Erfolg des Rechtspopulismus gelten in Europa als unbestritten. Während innerhalb der Forschung unterschiedliche Erklärungen für

20 Petersen, Thomas (2016). Die Welt der Wutbürger. Online erschienen am 18.05.2015 unter: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/das-weltbild-der-wutbuenger-und-wie-populismus-deutschland-bestimmt-14237988.html>. [zuletzt abgerufen: 09.12.2018]

21 Aargauer Zeitung (2018). SVP Initiative wäre ein fatales Signal. Online erschienen am 30.05.2018 unter: <https://www.aargauerzeitung.ch/kommentare-aaz/svp-initiative-waere-ein-fatales-signal-132629862>. [zuletzt abgerufen: 09.12.2018]

diese Entwicklung nebeneinander bestehen, dominieren jedoch vor allem wirtschaftliche Begründungen sowie die These, dass vor allem Globalisierungsverlierer rechtspopulistische Parteien wählen (vgl. u.a. Decker 2000; Kriesi et al. 2006; Pauwels und Marien 2010; Rooduijn 2018). Gewiss ist die Globalisierung nicht der einzige Treiber des Rechtspopulismus. Neben der subjektiven Angst vor zunehmender Automatisierung, Digitalisierung, dem Verlust von Arbeitsplätzen und einer Zunahme der Ungleichheit, sind es auch parallele Entwicklungen wie die zunehmende Migration, kulturelle Konkurrenz sowie ein allgemeiner gesellschaftlicher Wandel und Modernisierung, die den Erfolg des Rechtspopulismus begünstigen. Auch die aktuelle Studie zu populistischen Einstellungen in Deutschland von Vehrkamp und Merkel (2018) kommt zu dem Ergebnis, dass es vor allem die Positionen und Einstellungen gegenüber Europa, der Umverteilung und Migration sind, die einen Effekt auf die Wahlchancen rechtspopulistischer Parteien ausüben (ebd.: 43). Neben den gängigen Erklärungsfaktoren findet die Einstellung zur direkten Demokratie wenig Beachtung. Auch wenn die vorliegende Arbeit davon ausgeht, dass die erwähnten Faktoren die wesentlichen Gründe sind, welche die Wahl einer rechtspopulistischen Partei beeinflussen, wird jedoch vermutet, dass auch die Einstellung zur direkten Demokratie ein Einflussfaktor sein könnte. Daher soll sich die Arbeit mit der Forderung nach mehr direkter Demokratie und den Zustimmung- und Mobilisierungschancen des Themas befassen. Die zweite Forschungsfrage dieser Arbeit lautet daher: Beeinflussen direktdemokratische Einstellungen die Wahl rechtspopulistischer Parteien? Die theoretische Grundlage, auf der die Annahme der Analyse gründet, wird im Folgenden dargelegt.

Die zunehmende Globalisierung und die damit einhergehende Denationalisierung und Modernisierung schafft durch ihre wirtschaftlichen Auswirkungen Gewinner und Verlierer. Diese neue politische Konfliktlinie verändert dabei vor allem die westeuropäische Parteienlandschaft: „The structural opposition between globalization ‘winners’ and ‘losers’ is expected to constitute potentials for political mobilization within national political contexts, the mobilization of which is expected to give rise to two intimately related dynamics: the transformation of the basic structure of the national political space and the strategic repositioning of the political parties within the transforming space“ (Kriesi et al. 2006: 921). Bei den Gewinnern handelt es sich um gut ausgebildete und qualifizierte Arbeiter und Unternehmer. Verlierer sind vor allem weniger gebildete Unternehmer und Angestellte aus traditionell geschützten Sektoren, die im internationalen Wettbewerb nicht mehr bestehen können (ebd.: 922). Diese gesellschaftlichen Modernisierungsprozesse lösen massive strukturelle Veränderungen aus und führen nicht nur zu einem unmittelbaren Verlust der Arbeit, sondern auch zu subjektiven Ängsten und Verunsicherung aufgrund des befürchteten eigenen sozialen Abstiegs (Decker und Lewandowsky 2017: 7). Einhergehend mit dieser Entwicklung lösen die Öffnung der nationalen Grenzen sowie die

wachsenden Migrationsbewegungen zusätzliche Gefühle der Konkurrenz und Bedrohung aus. Dies äußert sich in einem zunehmenden Euroskeptizismus und eine Ablehnung der voranschreitenden europäischen Integration, da Bürger zunehmend um ihre nationale Identität und Gemeinschaft fürchten (Kriesi et al. 2006: 929). Durch die Internationalisierung von Entscheidungsprozessen und die Einbindung von Nationalstaaten in internationale Organisationen und Zusammenhänge müssen nationale Regierungen Entscheidungen und Macht auf supranationale Ebene übergeben und sich zunehmend auf internationaler Ebene orientieren. Die sogenannten Globalisierungsverlierer halten dabei immer mehr an nationalen Interessen fest, kritisieren die „Bürokratisierung Brüssels“ und entfremden sich von der Politik. Sie fühlen sich politisch machtlos und von Politik und Parteien unzureichend vertreten, ungehört und unbeachtet. Zugleich machen sie das politische Establishment für ihre schlechte wirtschaftliche Lage verantwortlich. Diese Unzufriedenheit äußert sich letztendlich auch in einer Kritik an der repräsentativen Demokratie und dem vorherrschenden, politischen System sowie einem Misstrauen gegenüber allen politischen Institutionen. Die sogenannte „political dissatisfaction“-These geht davon aus, dass immer mehr Wähler Parteien als Teil des Staates, weniger als Teil der Zivilgesellschaft empfinden und Interessen der Bürger somit nicht mehr berücksichtigt werden (Dalton et al. 2001: 148). Sie sind zunehmend unzufrieden und enttäuscht aufgrund der fehlenden Responsivität und Ineffizienz der Regierung. Politische Institutionen und Parteien verlieren an Legitimität und der Bürger fordert daher eine Abkehr der Vermittlung zwischen Regierenden und Regierten, ein alternatives politisches System und eine Veränderung der Prozesse. Eine Möglichkeit dieses System zu verändern stellen nun direktdemokratische Instrumente dar. Die zunehmende Unzufriedenheit, das Misstrauen und die Frustration der Bürger äußern sich in dem Wunsch, direkt in Entscheidungsprozess miteingebunden zu werden und selbst zu bestimmen (vgl. u.a. Taggart 2004; Pauwels 2014; Landwehr und Steiner 2017; Rooduijn 2018). Direkte Demokratie, beispielsweise in Form von Referenden, vermittelt den Bürgern den Eindruck, dass ihre Stimme repräsentiert und zum Ausdruck gebracht wird und diese somit als Instrument gegen die Eliten, politische Institutionen und das System genutzt werden kann.

Es ergibt sich somit ein Link zwischen politischem Misstrauen, der Wahl rechtspopulistischer Parteien und der Unterstützung von direktdemokratischen Instrumenten. Es erscheint einleuchtend, dass direkte Demokratie unter Bürgern „am Rande der Politik, welche weniger interessiert, weniger informiert und Anhänger extremer Parteien sind“, die größte Unterstützung erhält (Dalton et al. 2001: 150). Direkte Demokratie dient den Bürgern als Instrument zur Sicherstellung der Partizipation und Einbindung in politische Entscheidungen. Mithilfe dieser kann die von repräsentativen Institutionen dominierte Entscheidungsfindung ergänzt, aber auch ersetzt werden. Direkte Demokratie dient in den Augen der unzufriedeneren

Bürger als „Sicherheitsnetz, wenn sich die politische Klasse zu weit von der öffentlichen Meinung entfernt hat“ (Mohrenberg et al. 2017: 4): „They are expected (...) to indeed support (more) direct democracy based on the assumption that it will produce the desired, predetermined outcome“ (ebd.). Rechtspopulistische Parteien begünstigen diese Entwicklungen, repräsentieren und artikulieren die Interessen und Wünsche der politisch entfremdeten Bürger. Sie vermitteln dem Bürger den Eindruck, sich für ihn einzusetzen und Politik im Sinne des Gemeinwillens zu machen. Wie bereits im ersten Analyseteil anhand der Beispiele der AfD, FPÖ und SVP dargestellt, versprechen rechtspopulistische Parteien die Einführung und den Ausbau direkter Demokratie. Der Ruf nach mehr direkter Demokratie beinhaltet, den Umstand, dass die aktuelle Politik unresponsiv sei. Anhand dieses strategischen Vorgehens, fordern rechtspopulistische Parteien die regierenden Parteien und Politiker heraus und versuchen so, selbst politische Macht zu generieren. Die hier dargelegte theoretische Grundlage geht davon aus, dass Wähler rechtspopulistischer Parteien diese Forderungen teilen und unterstützen. Doch lässt sich diese Annahme auch empirisch stützen? Aufbauend auf den hier angeführten theoretischen Grundlagen, ergibt sich also folgende Hypothese:

Je höher der Grad an Unterstützung direktdemokratischer Instrumente ist, umso eher wählen Bürger rechtspopulistische Parteien.

Das folgende Kapitel befasst sich mit den Grundlagen der Analyse, der Fallauswahl und umfasst die Operationalisierung, den genauen Untersuchungsplan und das Modell.

4.2 Untersuchungsdesign

Das Ziel der Analyse stellt die Überprüfung der Hypothese eines positiven Einflusses der Einstellung zur direkten Demokratie auf die Wahl einer rechtspopulistischen Partei dar. Zur empirischen Überprüfung der Hypothese ist eine Analyse der individuellen Einstellungen der Wähler zur direkten Demokratie, der Einstellung zur Migration und zur Europäischen Union notwendig. Individualdaten geben Auskunft über die Merkmalsausprägungen und Eigenschaften von Individuen einer Population. Um für die vorliegende Arbeit eine möglichst große Vergleichbarkeit zu garantieren, wurde ein Datensatz gewählt, der für die Länder Deutschland, Österreich und Schweiz eine gemeinsame Studie erstellt und auf vergleichbare Fragebögen zurückgreift. Eine entsprechende repräsentative Umfrage stellt der European Social Survey (ESS) dar, auf deren Grundlage die vorliegende Analyse basiert. Der ESS ist eine sozialwissenschaftliche Studie, die sich mit sozialen und politischen Themen sowie den Einstellungen und Verhaltensmustern von Bürgern in über 30 europäischen Ländern befasst (European Social Survey 2018: 1). In Deutschland, Österreich und der Schweiz wurde die Studie als rechnerunterstützte

persönliche Umfrage (CAPI) durchgeführt. Die Stichprobenziehung erfolgte anhand eines zufälligen, zweistufigen Auswahlverfahrens und umfasst mindestens 1500 Interviews. Da die Veröffentlichung der Erhebungsrunde von 2018 zum Zeitpunkt der Erstellung der vorliegenden Arbeit noch nicht erfolgt ist, wird auf die letzte veröffentlichte Umfrage von 2016 zurückgegriffen. Diese stellt die achte Runde dar und wurde am 1.12.2018 publiziert.²² Erfasste Inhalte der Erhebungsrunde waren unter anderem das soziale Vertrauen, Klimawandel und Energiesicherheit, Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat sowie die Wahlbeteiligung und soziopolitische Orientierungen (ebd.). Die Fallauswahl erfolgte entsprechend der vorangegangenen Analyse der Wahlprogramme (vgl. Kapitel 3.3.2).

Die Regressionsanalyse untersucht ganz allgemein die Wirkung der unabhängigen auf die abhängige Variable. Die lineare Regression geht dabei von einem kontinuierlichen, linearen Zusammenhang aus (Pickel und Pickel 2018: 171). Ist die abhängige Variable jedoch eine (poly)nominale Variable, ergeben sich statistische Probleme, die durch die Anwendung einer logistischen Regression umgangen werden (Schnell et al. 2011: 448). Das logistische Modell bestimmt die Wahrscheinlichkeit für das Eintreten eines Ereignisses in Abhängigkeit von unterschiedlichen unabhängigen Variablen und lässt auch nicht-lineare Erklärungszusammenhänge zu (Pickel und Pickel 2018: 180). Die abhängige Variable der vorliegenden Analyse für die Wahlentscheidung einer rechtspopulistischen Partei ist eine dichotome Variable. Da für die Wahl eines geeigneten Verfahrens das Messniveau der abhängigen Variablen entscheidend ist, wird für die vorliegende Arbeit das binominale Logit-Modell gewählt. Das logistische Regressionsmodell dient dabei der vergleichenden Bewertung, welchen Einfluss die Einstellung zur direkten Demokratie auf die tatsächliche Wahlentscheidung für eine rechtspopulistische Partei hat. Eine ausführliche Darstellung der verwendeten Variablen und der Operationalisierung findet sich im Anhang 4 und 5. Die abhängige Variable basiert auf der tatsächlichen Wahlentscheidung des Befragten bei der letzten nationalen Wahl. Im Fall Deutschland war dies die Wahl zum Deutschen Bundestag 2013²³, in Österreich die Nationalratswahlen 2013 und in der Schweiz die Wahlen zum National- und Ständerat 2015. Da rechtspopulistische Parteien üblicherweise die politischen „Mainstream“-Parteien attackieren, wurden diese als Referenzkategorie gewählt. Die Variable wurde daher binär codiert, sodass der Wert 1 für die Wahl einer rechtspopulistischen und der Wert 0 für die Wahl einer der etablierten Parteien steht. Als etablierte Parteien wurden liberale, sozialdemokratische, christdemokratische oder konservative Parteien kategorisiert. Sofern der

22 European Social Survey (2018). European Social Survey Round 8 Data. Data File Edition 2.0. NSD. Norwegian Centre for Research Data. Online unter: <https://www.europeansocialsurvey.org/data/download.html?r=8>.

23 Hier wird die Variable zur Wahlentscheidung hinsichtlich der Zweistimme verwendet.

Befragte eine andere Partei gewählt hat, wurde diese Antwort als fehlender Wert („missing value“) festgelegt.

Die unabhängige Variable stellt die Einstellung zur direkten Demokratie dar. Die Unterstützung direktdemokratischer Instrumente kann anhand unterschiedlicher Messungen erfasst werden. Laut Forschungsstand gibt es hier keine universelle Übereinkunft (Bengtsson und Mattila 2009: 1036). Die vorhergegangenen Kapitel haben ausführlich dargestellt, dass der Rechtspopulismus Kritik an der repräsentativen Demokratie und den Vermittlungsinstitutionen übt. Rechtspopulisten fordern daher unmittelbare Partizipationsformen und Mitspracherechte für „das Volk“. Aufbauend auf diesen theoretischen Annahmen wird davon ausgegangen, dass Bürger, welche die Mitsprachemöglichkeiten für sehr gering halten sowie ein mangelndes Vertrauen gegenüber dem Parlament aufweisen, direktdemokratische Instrumente unterstützen und für wichtig empfinden. Da der ESS keine explizite Frage zur direkten Demokratie enthält, wurde diese entsprechend aus der Einschätzung der Mitsprachemöglichkeiten im Land („In welchem Maße gibt das politische System in Deutschland Menschen wie Ihnen eine Mitsprachemöglichkeit bei dem, was die Regierung tut?“) sowie dem Vertrauen in das Parlament („Wie sehr vertrauen sie persönlich dem Bundestag/ dem österreichischen Parlament/ dem National- und Ständerat?“) zusammengesetzt.²⁴ Hohe Werte stehen dabei für wenig Vertrauen und eine negative Einschätzung der Mitsprachemöglichkeiten und ergeben gemeinsam eine positive Einstellung gegenüber direkter Demokratie. Die zwei Items wurden zu einem additiven Index mit 9 Ausprägungen kombiniert. Die Variable wurde dabei so codiert, dass sie Werte einer Skala von 2 (direkte Demokratie ist gar nicht wichtig) bis 13 (direkte Demokratie ist sehr wichtig) umfasste. Diese Art der Messung hat im Gegensatz zu vielen Studien den Vorteil, dass nicht die Zustimmung zu einem bestimmten Instrument abgefragt wird. Da konkrete Instrumente wie das Referendum gerade in Deutschland oder Österreich noch wenig genutzt werden, soll eine positive Einstellung gegenüber der direkten Demokratie in dieser Arbeit als Wunsch nach mehr direktem Einfluss der Bürger auf politische Entscheidungen verstanden werden.

Des Weiteren liegt das Interesse der Analyse in der individuellen Einstellung des Befragten zur Migration sowie zur Europäischen Union. Wie bereits eingangs dargestellt, bildet die Abgrenzung des Rechtspopulismus gegenüber Menschen anderer ethnischer, religiöser, kultureller Überzeugungen und sexueller Neigungen das Hauptmerkmal des Rechtspopulismus. In die Untersuchung soll daher miteinbezogen werden, welchen Effekt die Einstellung zur Migration auf die Wahlchancen einer rechtspopulistischen Partei hat. Zugleich stellt auch die Europäische Union als Beispiel einer supranationalen Organisation ein zentrales Thema und Kritikpunkt des

²⁴ Da das Vertrauen in Parteien und Politiker stark mit der Variable zum Vertrauen in das Parlament korreliert, wurden diese zwei Variablen nicht miteinbezogen.

Rechtspopulismus dar. In dessen Augen gefährdet „Brüssel“ den eigenen Nationalstaat dar und ist verantwortlich für den Verlust an Selbstbestimmung und Unabhängigkeit, faule Kompromisse und Verpflichtungen. Daher wird auch die Einstellung gegenüber der Europäischen Union als Faktor in die Untersuchung mitaufgenommen. Die Variable „Einstellung zur Migration“ basiert auf der Beantwortung der Frage, ob das eigene Land vielen Zuwanderern, die einer anderen Volksgruppe oder ethnischen Gruppe angehören als die Mehrheit der Deutschen, die Einwanderung erlauben sollte (=1) oder diese niemandem erlaubt werden soll (=4). Die Einstellung zur Europäischen Union wurde anhand der Frage gemessen, ob der Befragte bei einer Volksabstimmung für die Fortsetzung der Mitgliedschaft des Landes in der EU (=0), oder für den Austritt (=1) stimmen würde.²⁵ Da sich rechtspopulistische Parteien negativ gegenüber Migration und der Europäischen Union äußern, wurden die Variablen anhand Skalen beginnend mit der positiven Einstellung (geringster Wert) hin zur negativen Einstellung (höchster Wert) codiert. Das Modell schließt zudem eine Reihe von sozioökonomischen²⁶, -demographischen und einstellungsbezogenen Kontrollvariablen mit ein. Modelle zum Wahlverhalten beziehen unterschiedliche Einflussgrößen wie den sozioökonomischen Status, die Schicht- und Konfessionszugehörigkeit, die Wahrnehmung der Wirtschaftslage und Positionen zu unterschiedlichen Themen mit ein (vgl. Korte 2009). Die ausgewählten Kontrollvariablen entsprechen dabei den üblicherweise verwendeten Variablen innerhalb der Wahlforschung. Da die vorliegende Arbeit eine Replikation und Weiterentwicklung des bestehenden Forschungsstands sein soll, erfolgte die Auswahl der Kontrollvariablen zugleich auf der Grundlage vorangegangener Studien zum Thema (vgl. Rooduijn 2018; Bowler et al. 2017; Jacobs et al. 2018). So lassen sich die Ergebnisse der Arbeit mit den Ergebnissen der bisherigen Studien vergleichen. Entsprechend einer Vielzahl von Studien zur Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien sind es vor allem Männer zwischen 35 und 59 Jahren, welche beispielsweise die AfD wählen (Decker 2018d: 2). Zudem weisen die Wähler ein durchschnittliches Haushaltseinkommen, ein wesentlich höheres Unzufriedenheitsniveau und eine größere Nähe zu rechten Einstellungen auf. Diese in anderen Theorien für erklärungsrelevant befundenen und statistisch signifikanten Variablen sollen auch in der vorliegenden Arbeit untersucht werden, um festzustellen, welche Merkmale neben der Einstellung zur direkten Demokratie und der Migrations- und Europapolitik, die Wahlentscheidung für eine rechtspopulistische Partei beeinflussen. Für die Untersuchung wurde daher die Frage zum Nettohaushaltseinkommen der Befragten aufgenommen. Diese konnten sich auf einer Skala von 1 (weniger als 1060 Euro/Monat)

25 Im Fall der Schweiz wurde die Frage angepasst und nach der Zustimmung zu einem Beitritt (=0) oder keinem Beitritt (=1) abgefragt.

26 Da die Variable zur Messung des Bildungsstands nicht in allen Ländern erfolgte, wurde die Variable nicht wie üblich in die Analyse miteingeschlossen.

bis 10 (mehr als 5251 Euro/Monat)²⁷ einordnen. Zugleich wurde die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage des Landes in das Modell mitaufgenommen. Auch hier konnten sich die Befragten auf einer Skala von 1 (extrem zufrieden) bis 10 (extrem unzufrieden) einordnen. Daneben wurde das Alter der Befragten (1= unter 18 Jahre – 6= über 75 Jahre) mitaufgenommen. Hierzu wurde vom Wahljahr das Geburtsjahr abgezogen, um eine metrische Variable zu erstellen. Für das Geschlecht (0= männlich, 1= weiblich) und die Konfession (0= keine Zugehörigkeit, 1= Zugehörigkeit) wurden Dummy-Variablen erstellt und diese kontrolliert. Zudem wurden die Variablen zur Links-Rechts-Selbsteinstufung aufgenommen. Hier ordneten sich die Befragten auf einer 11-stufigen Skala von 0 (links) bis 1 (rechts) ein. Das politische Interesse wurde anhand einer Skala von 1 (gar kein Interesse) bis 4 (großes Interesse) gemessen. Nachdem die Grundlagen des Untersuchungsdesigns ausführlich erläutert wurden, umfasst das folgende Kapitel die Darstellung und Diskussion der Ergebnisse der Analyse.

4.3 Auswertung und Diskussion der Ergebnisse

Populistische Einstellungen nehmen laut aktuellen Studien (vgl. Vehrkamp und Merkel 2018) immer weiter zu. Das zeigt sich auch an den zunehmenden Erfolgen rechtspopulistischer Parteien wie der AfD, FPÖ und SVP. Das größte Mobilisierungspotenzial liegt dabei in den Themen Migration und Europa. Wie die vorangegangene Analyse (vgl. Kapitel 3.3) zeigte, fordern die AfD, FPÖ und SVP in ihren Wahlprogrammen zudem, dass alle wichtigen Entscheidungen vom Volk mithilfe direktdemokratischer Instrumente getroffen werden sollten. Doch mobilisiert auch dieses Thema die rechtspopulistischen Wähler? Können die Parteien mit dieser Forderung ihre Zustimmungswerte gleichermaßen erhöhen?

Die empirische Analyse beginnt mit der Präsentation deskriptiver Statistiken.²⁸ Tabelle 2 zeigt, in welchem Ausmaß deutsche, österreichische und schweizerische Befragte direkte Demokratie unterstützen. Haben sie generell eine positive Meinung gegenüber direktdemokratischen Instrumenten und welche Unterschiede lassen sich zwischen den Ländern erkennen? Es zeigt sich, dass die Fälle Deutschland und Österreich ähnliche Zahlen aufweisen.

27 Im Fall der Schweiz wird dieses in Schweizer Franken gemessen (1= weniger als 2800 und 10 = mehr als 15600).

28 In den folgenden Kapiteln und Darstellungen wird entsprechend des Statistikprogramms STATA und des amerikanischen Systems ein Punkt (.) als Dezimaltrennzeichen verwendet.

Tabelle 2: Einstellung zur direkten Demokratie im Ländervergleich

	DEU	AUT	CH
	%	%	%
gar nicht wichtig	0.4	0.8	1.3
3	2.1	0.8	7.1
4	8.7	4.6	21.7
5	18.2	12.2	24.3
6	24.9	23.3	25.1
7	21.5	29.5	13.0
8	13.3	15.8	5.5
9	7.0	8.3	1.2
sehr wichtig	4.1	4.7	0.8
Gesamt	100.0	100.0	100.0

Quelle: ESS Round 8, 2016

Anmerkung: DEU = Deutschland; AUT = Austria; CH = Schweiz

Den größten Anteil stellen Bürger dar, die der direkten Demokratie eine mittlere bis große Bedeutung zuweisen. Die Umfrage zeigt, dass es durchaus einen großen Anteil an Menschen gibt, die die direkte Demokratie eher für bedeutsam hält. Lediglich zwischen 0,4% und 0,8% der Befragten halten direkte Demokratie für gar nicht wichtig. Im Gegensatz dazu halten zwischen 7% und 8% der Befragten die direkte Demokratie für wichtig und zwischen 4% und 5% für sehr wichtig. Die Ergebnisse der Schweiz zeigen ein anderes Bild. Während auch 1,3% die direkte Demokratie für gar nicht wichtig halten, stellen den größten Anteil die Befragten im unteren Mittelfeld dar. Lediglich 1% halten die direkte Demokratie für wichtig oder sehr wichtig. Auf den ersten Blick erscheint es als würden die Befragten aus der Schweiz direkte Demokratie für wenig wichtiger empfinden als in Deutschland oder Österreich. So verwunderlich diese Ergebnisse auf den ersten Blick sein mögen, lassen sie sich jedoch anhand der Operationalisierung und den Zahlen der einzelnen Variablen erläutern. Die Variable zur Einstellung gegenüber der direkten Demokratie setzt sich aus den Einschätzungen der Mitsprachemöglichkeiten im Land sowie dem Vertrauen in das Parlament zusammen. Die Zahlen in Tabelle 2 zeigen also, dass es in Deutschland und Österreich laut Umfragewerten mehr Menschen gibt, die finden, dass es wenig oder überhaupt keine Mitsprachemöglichkeiten im Land gibt und kein bis gar kein Vertrauen in das Parlament aufweisen (vgl. Tabelle 3 und 4).

Tabelle 3: Einschätzung der Mitsprachemöglichkeiten

	DEU	AUS	CH
	%	%	%
sehr ausgeprägt	0.9	1.2	6.3
einige	11.5	4.8	32.8
etwas	38.0	30.1	35.3
sehr wenig	35.4	43.7	16.3
überhaupt keine	14.2	20.2	9.4
Gesamt	100.0	100.0	100.0

Quelle: ESS Round 8, 2016

Anmerkung: DEU = Deutschland; AUT = Austria; CH = Schweiz

Tabelle 4: Vertrauen gegenüber dem Parlament

	DEU	AUS	CH
	%	%	%
absolutes Vertrauen	6.5	6.4	8.8
großes Vertrauen	27.6	19.8	43.4
ziemliches Vertrauen	41.1	47.9	39.9
wenig Vertrauen	16.8	17.1	5.7
gar kein Vertrauen	7.9	8.8	2.2
Gesamt	100.0	100.0	100.0

Quelle: ESS Round 8, 2016

Anmerkung: DEU = Deutschland; AUT = Austria; CH = Schweiz

Während in Deutschland nur 1% der Befragten die Mitsprachemöglichkeiten als sehr ausgeprägt empfinden und 35% diese für zu geringhalten, ist dieser Trend in Österreich noch stärker. Hier finden sogar 44%, dass die Mitsprachemöglichkeiten im Land zu gering sind. Die Zahlen für die Schweiz zeigen genau das umgekehrte Bild. Während 6% die Mitsprachemöglichkeiten als sehr ausgeprägt und 32% als gut empfinden, sind es nur 9% der Befragten der Meinung, dass es überhaupt keine Mitsprachemöglichkeiten gibt. Im Fall der Schweiz zeigen die Zahlen also, dass die Bürger durchaus zufrieden mit den Mitsprachemöglichkeiten sind und mehr Vertrauen in das Parlament haben. Aufgrund der stark ausgebauten direktdemokratischen Instrumente in der Schweiz sind diese Zahlen nicht überraschend, sondern sind ein Indikator für die positive Einschätzung der Mitsprachemöglichkeiten. Auch mit Blick auf das Vertrauen in die nationalen Parlamente zeigen sich unterschiedliche Ergebnisse. In Deutschland sind es 28% der Befragten, die großes Vertrauen in den Deutschen Bundestag haben. In Österreich haben 20% und in der Schweiz sogar 43% der Befragten, großes Vertrauen in das Parlament ihres Landes. Wenig Vertrauen weisen in Deutschland und Österreich 17% der Befragten auf, in der Schweiz dagegen nur 6%. Es zeigt sich auch hier, der höhere Grad des parlamentarischen Vertrauens der Schweizer Bürger. Ähnliche Ergebnisse zeigt auch die Studie von Pauwels und Marien (2010: 10). Auch hier sind es in Österreich 45%, die Referenden für wichtig empfinden, während es in der Schweiz nur 24% sind.²⁹

²⁹ Deutschland wurde nicht in die Analyse von Pauwels und Marien (2010) miteingeschlossen.

Das Hauptinteresse der vorliegenden Arbeit liegt jedoch in der Einstellung der Wähler rechtspopulistischer Parteien zur direkten Demokratie im Vergleich zu Wählern der etablierten Parteien. Zeigen sich hier Unterschiede in ihrer Einstellung zur direkten Demokratie? Gemäß der vorliegenden Hypothese müssten es verstärkt Wähler rechtspopulistischer Parteien sein, welche mit den Mitsprachemöglichkeiten im Land unzufrieden sind, wenig Vertrauen in die nationalen Parlamente haben und somit direkte Demokratie unterstützen. Tabelle 5 zeigt, dass es laut Umfrage tatsächlich eher Wähler rechtspopulistischer Parteien sind, die direkte Demokratie für sehr wichtig (=10) halten. Während es in Deutschland 17% der rechtspopulistischen Wähler sind, die direkte Demokratie unterstützen, sind es bei den Wählern der etablierten Parteien nur 2%. In Österreich halten 10% der rechtspopulistischen Wähler direkte Demokratie für wichtig und 2% der Wähler der anderen Parteien. Lediglich in der Schweiz kann dies nicht festgehalten werden, was vermutlich auf die generell niedrige Zustimmung zur direkten Demokratie in den Umfragedaten zurückgeführt werden kann.

Tabelle 5: Einstellung zur direkten Demokratie im Wählervergleich

	Wähler rechtspopulistischer Parteien	Wähler etablierter Parteien
	sehr wichtig %	sehr wichtig %
DEU	17.2	2.4
AUS	10.1	1.5
CH	0.7	0.6

Quelle: ESS Round 8, 2016

Anmerkung: DEU = Deutschland; AUT = Austria; CH = Schweiz

Diese Ergebnisse lassen sich auch graphisch verdeutlichen. Die Abbildungen 2, 3 und 4 stellen sogenannten Box-Plots (dt. Kastengraphik) dar. Diese fassen verschiedene Streuungs- und Lagemaße in einer Darstellung zusammen und zeigen, in welchem Bereich die Daten liegen und

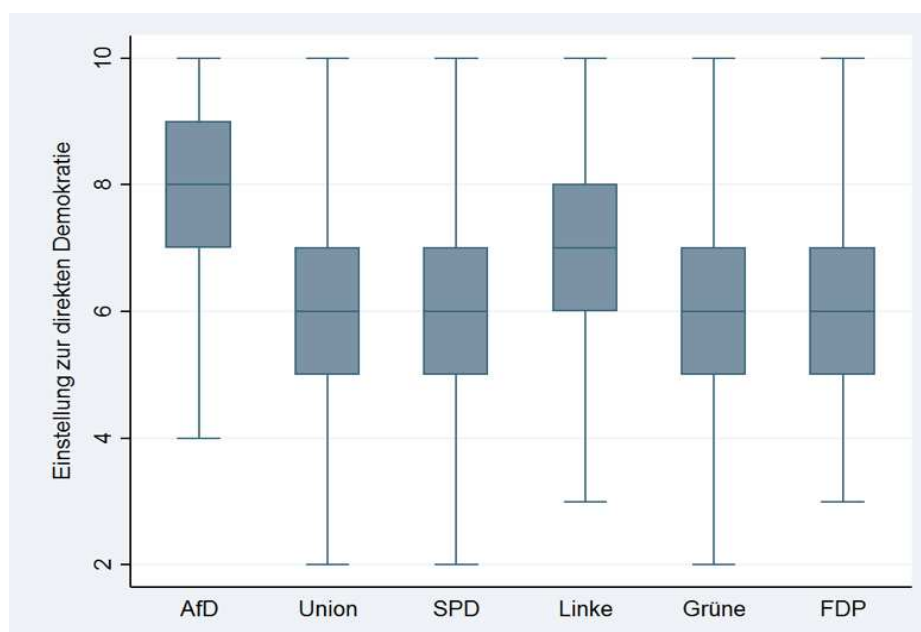
sich verteilen.³⁰ Abbildung 2 zeigt die Einstellung der Befragten in Deutschland gegenüber der direkten Demokratie aufgeteilt nach Parteien im Jahr 2016.

Abbildung 2: Einstellung zur direkten Demokratie dargestellt nach Parteien in Deutschland

Quelle: ESS Round 8, 2016

Anmerkung: AfD = Alternative für Deutschland; SPD = Sozialdemokratische Partei Deutschlands;
FDP = Freie Demokratische Partei

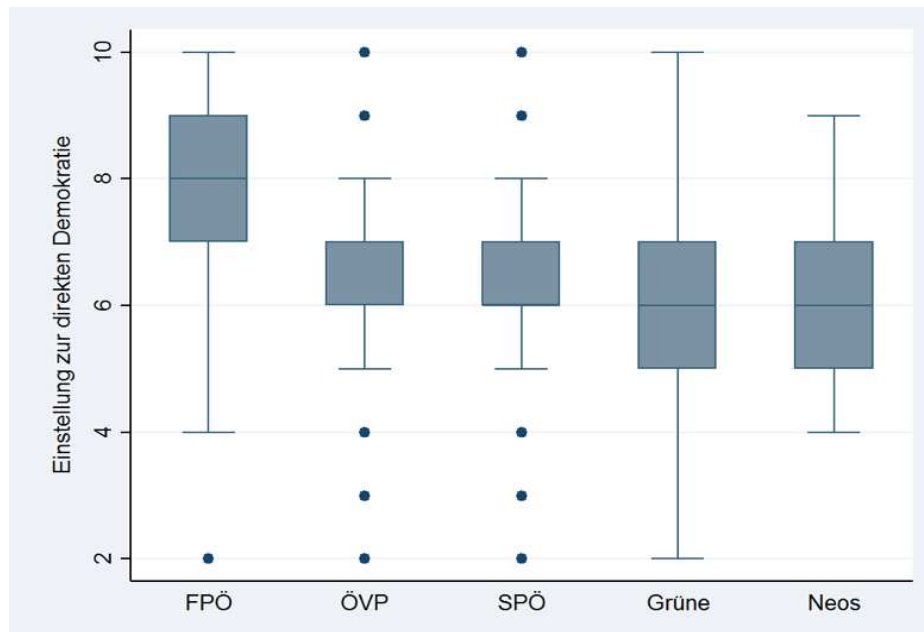
Deutlich wird hier noch einmal, dass Wähler der rechtspopulistischen AfD höhere Werte als die Wähler der



etablierten Parteien aufweisen. Während AfD-Wähler die direkte Demokratie für wichtig halten (Mittelwert liegt bei 7.7) und sich die Daten im Bereich zwischen 7 und 9 verteilen, zeigt die

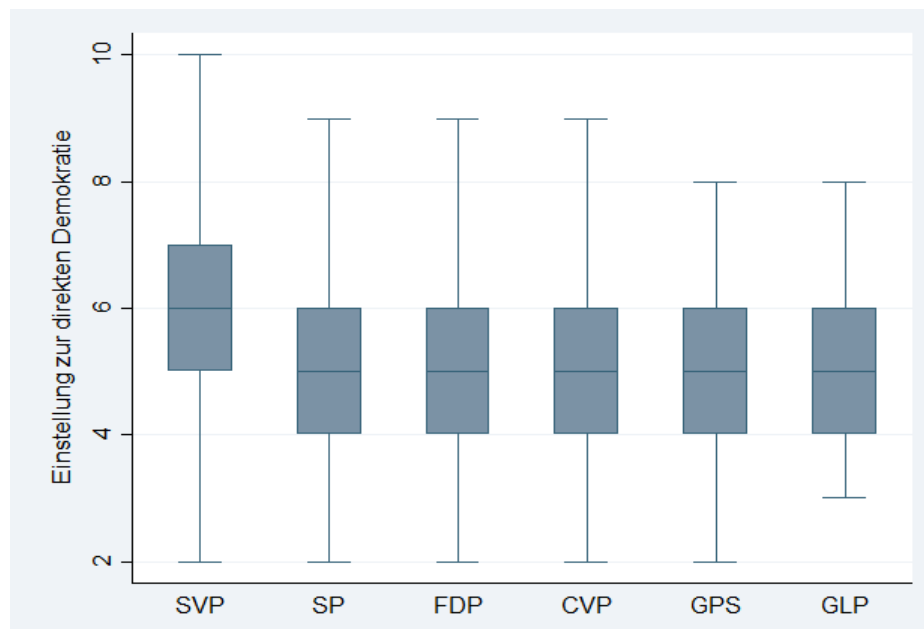
³⁰ Boxplots zeigen das Minimum und Maximum, die oberen und unteren Quartile, den Median sowie Ausreißer- und Extremwerte.

Graphik, dass die direkte Demokratie für Wähler der etablierten Parteien weniger wichtig zu sein scheint. Die Werte verteilen sich im Bereich zwischen 5 und 7 (Mittelwert liegt bei 6.0). Einzig allein die Wähler der Partei „Die Linken“ scheinen direktdemokratische Instrumente zu unterstützen. Hier liegen die Werte in einem etwas höheren Bereich zwischen 6 und 8 (Mittelwert 6.8). Die graphischen Ergebnisse verdeutlichen, dass Wähler der AfD mehr als andere unzufrieden mit den Mitsprachemöglichkeiten in Deutschland sind und mangelndes Vertrauen in den Deutschen Bundestag aufweisen. Diese Einstellung schlägt sich laut der Ergebnisse auch in einer höheren Zustimmung zur direkten Demokratie nieder. Die höheren Werte der Wähler der Linkspartei lassen sich vermutlich darauf zurückführen, dass sich die Partei in der Vergangenheit tatsächlich verstärkt für mehr direkte Demokratie einsetzte. Die Partei setzt sich für die Erweiterung des Einflusses der Wähler auf europäischer, internationaler und kommunaler Ebene ein. Neben Wählern der politisch rechten Seite, sind es also wohl auch Wähler des politisch linken Rands, die in der direkten Demokratie möglicherweise ein Instrument gegen das konservative Establishment sehen. In diesem Zusammenhang liegt die Vermutung nahe, dass es zudem verstärkt Wähler der Partei „Bündnis 90/Die Grünen“ sind, die Formen direkter Demokratie unterstützen. Die Grünen galten lange Zeit als Vorreiter der Basisdemokratie. So wurden auch die weitreichenden Reformen der direkten Demokratie in Baden-Württemberg unter der grün-roten Koalition auf den Weg gebracht. Dieser Zusammenhang lässt sich anhand der vorliegenden Ergebnisse jedoch nicht stützen. Auch die Graphik für Österreich zeigt, dass die Wähler der rechtspopulistischen FPÖ höhere Zustimmungswerte (Mittelwert = 7.6) gegenüber direkter Demokratie aufweisen als die Wähler der anderen Parteien (Mittelwert zwischen 6.0 und 6.4). Während sich die Werte der Wähler der ÖVP und SPÖ im Bereich zwischen 6 und 7 verteilen, liegen sie bei den Grünen und den Neos zwischen 5 und 7. Für den Fall Österreich lässt sich nicht erkennen, dass die Unterstützung der direkten Demokratie im besonderen Zusammenhang mit einer der etablierten Parteien steht. Dies könnte möglicherweise auch darauf hindeuten, dass es außer der FPÖ keine Partei gibt, die sich verstärkt für direkte Demokratie einsetzt. Forderungen der etablierten Parteien wie auch die Wählererwartungen sind dazu wenig differenziert. Wie bereits im ersten Analysekapitel dargestellt, fordert die FPÖ seit Jahren die Einführung von direkter Demokratie, eine Umsetzung folgte bis heute nicht. Die Kultur der Mitbestimmung ist in Österreich noch weniger als in Deutschland ausgeprägt. Möglicherweise ist die fehlende Unterstützung der österreichischen Bürger auch auf die mangelnde Praxiserfahrung zurückzuführen.

Abbildung 3: Einstellung zur direkten Demokratie dargestellt nach Parteien in Österreich

Quelle: ESS Round 8, 2016

Anmerkung: FPÖ = Freiheitliche Partei Österreichs; ÖVP = Österreichische Volkspartei; SPÖ = Sozialdemokratische Partei Österreichs; Neos = Das Neue Österreich und Liberales Forum

Abbildung 4: Einstellung zur direkten Demokratie dargestellt nach Parteien in der Schweiz

Quelle: ESS Round 8, 2016

Anmerkung: SVP = Schweizerische Volkspartei; SP = Sozialdemokratische Partei; FDP = Die Liberalen; CVP = Christlichdemokratische Volkspartei; GPS = Grüne Partei der Schweiz; GLP = Grünliberale

Auch wenn die Werte der Einstellung gegenüber der direkten Demokratie im Fall der Schweiz generell niedriger sind, zeigt die Abbildung 4, dass die Zustimmungswerte der Wähler der rechtspopulistischen SVP höher sind (Mittelwert = 5.6), als die der Wähler der etablierten Parteien (Mittelwert zwischen 5.0 und 4.8). Die Werte der Wähler der SVP liegen zwischen 5 und 7, die der anderen zwischen 4 und 6. Unterschiede zwischen den etablierten Parteien lassen sich nicht erkennen, die Wähler dieser scheinen mit Blick auf die direkte Demokratie ähnliche Einstellungen zu teilen. Die direkte Demokratie der Schweiz gilt als Musterbeispiel. Direktdemokratische Instrumente sind auf allen Ebenen ausgebaut und die Schweizer Bürger blicken auf eine lange und intensive Praxis zurück. Diese Zufriedenheit der Befragten zeigt sich auch in den Ergebnissen dieser Analyse. Die niedrigen Werte im Vergleich zu Deutschland und Österreich zeugen dabei nicht von einer Ablehnung der direkten Demokratie, sondern vielmehr von einer Zufriedenheit mit der Arbeit des Parlaments sowie den vorherrschenden Mitsprachemöglichkeiten im Land. Die Hypothese der vorliegenden Analyse lautete, dass die Wahrscheinlichkeit, eine rechtspopulistische Partei zu wählen, höher wird, wenn der Grad an Unterstützung direktdemokratischer Instrumente höher ist. Die deskriptiven Statistiken zeigen, dass rechtspopulistische Wähler im Vergleich zu den Wählern der etablierten Parteien, tatsächlich höhere Zustimmungswerte gegenüber der direkten Demokratie aufweisen.

Doch führt das allein tatsächlich zur Wahl der AfD, FPÖ oder SVP? Der abschließende Schritt der Analyse dient also der Beantwortung der Frage, inwieweit die Einstellung zur direkten Demokratie die tatsächliche Wahlentscheidung für eine rechtspopulistische Partei unter Kontrolle alternativer Variablen beeinflusst. Die Tabelle 5 veranschaulicht die Ergebnisse der logistischen Regressionsmodelle anhand von Odds Ratios³¹ der Variablen, die im Zusammenhang mit der Wahl der AfD, der FPÖ und SVP vermutet werden. Die Verwendung der Odds Ratios erfolgt, da sich die Koeffizienten einer logistischen Regression (Logits) nur schwer interpretieren und vergleichen lassen. Werte über 1 stellen dabei einen positiven, Werte unter 1 einen negativen Einfluss dar. Die AfD setzt sich, wie in Kapitel 3.3 ausreichend dargestellt wurde, für direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild ein, fordert Volksabstimmungen auf Bundesebene und die Direktwahl des Bundespräsidenten. Wie die zugrundeliegenden Schätzergebnisse der Tabelle 3 für Deutschland zeigen, steht die Einstellung zur direkten Demokratie in einem signifikant positiven Verhältnis zur Chance, die AfD zu wählen. Das Angebot der Partei scheint auf Seiten der Wähler Erfolg zu haben. Steht ein Befragter der direkten Demokratie positiv gegenüber, erhöht sich die Chance die AfD zu

31 Hier werden die Chancen (engl. odds) betrachtet. Diese ergeben sich aus dem Quotienten der Wahrscheinlichkeit, dass ein Ereignis eintritt ($y=1$; hier: Wahl einer rechtspopulistischen Partei) und der Wahrscheinlichkeit, dass ein Ergebnis nicht eintritt ($y=0$; hier: Wahl einer anderen Partei). Die Odds Ratios geben das Verhältnis der Chancen an und zeigen, um welchen Faktor sich die relative Chance der Wahl einer rechtspopulistischen Partei verändert, wenn sich der Wert der entsprechenden unabhängigen Variable um eine Einheit erhöht.

wählen, um den Faktor 1.57 ($p < 0.01$)³². Die Hypothese, dass je höher der Grad an Unterstützung direktdemokratischer Instrumente ist, die Chancen eine rechtspopulistische Partei zu wählen zunehmen, kann in diesem Fall bestätigt werden. Zugleich müssen die Ergebnisse zur Einstellung gegenüber der Migration sowie der Europäischen Union betrachtet werden. Es zeigt sich hierbei, dass die Chance die AfD zu wählen, um den Faktor 1.7 zunimmt, je ablehnender ein Befragter zur Einwanderung steht ($p < 0.05$). Der größte Einflussfaktor ist laut Ergebnistabelle 3 jedoch die Einstellung zur Europäischen Union. Befragte, die für den Austritt Deutschlands aus der EU stimmen würden, haben eine um den Faktor 3.63 höhere Chance, die AfD zu wählen ($p < 0.01$). Zusätzlich zeigt sich, dass die Wahl der AfD durch die Selbsteinschätzung auf der Links-Rechts-Skala beeinflusst wird. Ordnet sich der Befragte auf der Skala weiter rechts ein, erhöht sich seine Chance die AfD zu wählen, um den Faktor 1.51 ($p < 0.01$). Ebenso hat das Alter einen Effekt ($p < 0.01$). Steigt das Alter um eine Einheit an, sinkt die Chance die AfD zu wählen, um den Faktor 0.65. Das Geschlecht, Religion, Haushaltseinkommen, die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage sowie das politische Interesse scheinen keinen signifikanten Einfluss auf die Wahlentscheidung für die AfD zu nehmen. Die FPÖ fordert mehr Volksabstimmungen und -befragungen (vgl. Kapitel 3.3). Die Bevölkerung soll gemäß dem Schweizer Vorbild bei demokratischen Entscheidungen stärker eingebunden werden. Was lässt sich nun mit Blick auf die Ergebnisse des Modells für Österreich erkennen? Findet das Angebot der Partei auf Seiten der Wähler Zuspruch? Auch für Österreich zeigt sich, dass die Einstellung zur direkten Demokratie einen signifikant positiven Einfluss auf die Wahlchancen für die FPÖ hat. Die Chance, die rechtspopulistische Partei zu wählen, nimmt um den Faktor 1.63 zu, sofern der Befragte der direkten Demokratie gegenüber positiv gestimmt ist ($p < 0.01$). Das heißt, auch hier kann die Hypothese bestätigt werden. Erstaunlicherweise ist dieser Einfluss sogar geringfügig höher als der Einfluss der Einstellung zur Migration. Weist der Befragte eine negative Einstellung gegenüber Zuwanderung auf, erhöht sich die Chance die FPÖ zu wählen, um den Faktor 1.43 ($p < 0.05$). Auch im Fall Österreich stellt die Einstellung zur EU den größten Einflussfaktor dar. Spricht sich der Befragte für den Austritt Österreichs aus der EU aus, erhöht sich die Chance, die FPÖ zu wählen, um den Faktor 3.14 ($p < 0.01$). Auch im zweiten Modell zeigt sich, dass die Selbstpositionierung auf der Links-Rechts-Achse mit dem Faktor 1.59 einen signifikant positiven Einfluss auf die Wahlentscheidung für die rechtspopulistische FPÖ hat ($p < 0.01$). Auch mit zunehmendem Alter ist wie im Fall Deutschland die Zustimmung zu einer rechten Partei geringer ($p < 0.05$). Zugleich fällt der Blick jedoch auf zwei

³² Der p-Wert (auch Signifikanzwert; engl. p-value von „probability“) stellt eine Kennzahl zur Auswertung der statistischen Tests dar. Der p-Wert ist definiert als Wahrscheinlichkeit, unter der Annahme der Nullhypothese, den beobachteten Wert der Teststatistik oder einen in Richtung der Alternative extremeren Wert zu erhalten. Entsprechend politikwissenschaftlicher Untersuchungen, wurden in der vorliegenden Arbeit die Signifikanzniveaus von 10%, 5% und 1% verwendet.

weitere Variablen. Die Ergebnisse zeigen, dass die Chance, die FPÖ zu wählen, um den Faktor 0.91 abnimmt, sofern das Einkommen des Befragten um eine Einheit ansteigt ($p < 0.1$). Dieser Einfluss zeigt sich auch in der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage des Landes. Wird diese als positiv wahrgenommen, sinkt die Chance, die FPÖ zu wählen, um den Faktor 0.89 ($p < 0.05$).

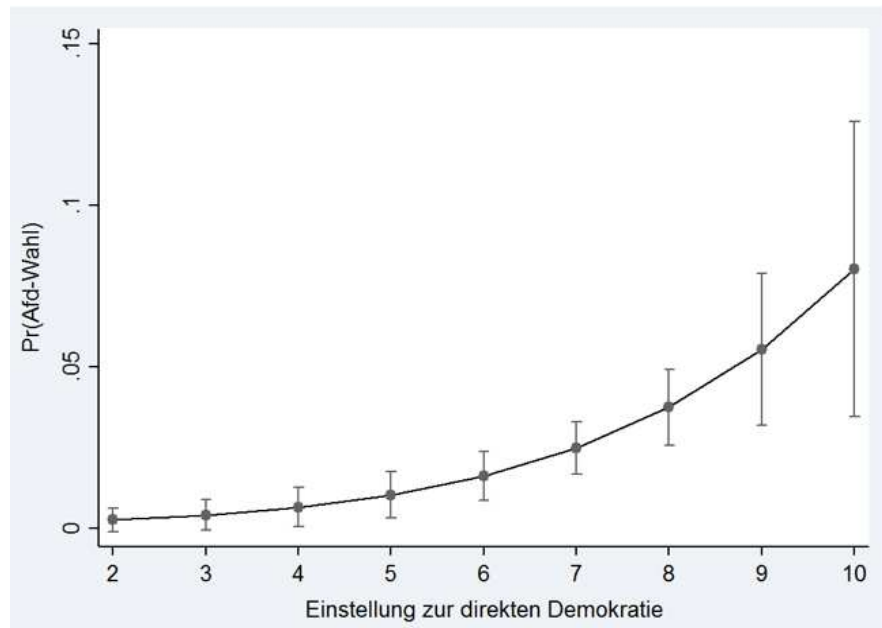
Tabelle 6: Einstellung der Wähler populistischer Parteien in Deutschland, Österreich und der Schweiz im Vergleich zu den Wählern der etablierten Parteien (logistische Regression)

	(DEU)	(AUS)	(CH)
Direkte Demokratie	1.569*** (0.197)	1.625*** (0.137)	1.322*** (0.136)
Migration	1.700** (0.396)	1.431** (0.219)	1.659*** (0.301)
Europa	3.625*** (1.321)	3.141*** (0.705)	1.292 (0.778)
<i>Soziodemographisch</i>			
Alter	0.645*** (0.104)	0.785** (0.075)	0.815* (0.093)
Geschlecht	0.761 (0.269)	0.850 (0.186)	0.988 (0.262)
Religion	0.937 (0.323)	0.908 (0.226)	0.756 (0.204)
<i>Sozioökonomisch</i>			
Haushaltseinkommen	0.959 (0.062)	0.913* (0.043)	0.931 (0.049)
Wirtschaftliche Lage	1.027 (0.091)	0.887** (0.047)	0.966 (0.076)
<i>Persönlichkeitsmerkmale</i>			
Links-Rechts-Selbsteinstufung	1.509*** (0.152)	1.592*** (0.102)	1.818*** (0.143)
Politisches Interesse	0.769 (0.164)	1.016 (0.139)	0.949 (0.169)
Constant	0.000*** (0.001)	0.001*** (0.001)	0.003*** (0.004)
Observations	1.606	930	529
Pseudo R2	0.264	0.342	0.274
LR chi2(10)	108.25	309.20	157.31
Prob > chi2	0.000	0.000	0.000
Log Likelihood	-151.1	-298.0	-208.2

Anmerkung: Standardfehler in Klammern; *** $p < 0.01$, ** $p < 0.05$, * $p < 0.1$; DEU = Deutschland; AUT = Austria; CH = Schweiz

Trotz stark ausgebauter, direktdemokratischer Instrumente setzt sich die SVP dafür ein, dass allein der Bürger das letzte Wort hat (vgl. Kapitel 3.3). Laut Partei müsse die direkte Demokratie gestärkt werden, da das Parlament zunehmend Volksentscheide übergeht. Was zeigen nun die Ergebnisse der Schweiz? Unterstützen Wähler der rechtspopulistischen SVP diese Forderungen? Auch hier kann die Hypothese bestätigt werden. Die Einstellung zur direkten Demokratie hat einen signifikant positiven Einfluss auf die Chance, die SVP zu wählen. Hat der Befragte eine positive Einstellung gegenüber der direkten Demokratie, erhöht sich die Chance für die Wahl der rechtspopulistischen Partei um den Faktor 1.32 ($p < 0.01$). Im Gegensatz zu Deutschland und Österreich hat die Einstellung gegenüber der Europäischen Union jedoch keinen signifikanten Einfluss auf die Wahl der SVP. Den größten Einfluss hat hier, im Gegensatz zu den zwei anderen Modellen, die Einstellung zur Migration. Äußert sich ein Befragter negativ zur Einwanderung, erhöht sich die Chance, die SVP zu wählen, um den Faktor 1.66 ($p < 0.01$). Auch im Fall der Schweiz hat das Alter einen signifikant negativen und die Selbstpositionierung auf der Links-Rechts-Skala einen signifikant positiven Einfluss auf die Wahlchancen der Rechtspopulisten in der Schweiz. Nimmt das Alter der Befragten um eine Einheit zu, sinkt die Chance die SVP zu wählen, um den Faktor 0.82 ($p < 0.1$). Stuft sich der Befragte auf der Links-Rechts-Achse weiter rechts ein, erhöht sich die Chance, die SVP zu wählen, um den Faktor 1.82 ($p < 0.01$). Abbildung 5 illustriert die jeweilige Effektstärke basierend auf dem Wahlentscheidungsmodell mit den vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten der AfD-, FPÖ- und SVP-Wahl. Für alle drei Fallbeispiele zeigt sich auch hier, dass die Einstellung zur direkten Demokratie neben den Faktoren EU und Migration als Einflussfaktor interpretiert werden kann. Die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, eine rechtspopulistische Partei zu wählen, nimmt stetig zu, umso positiver der Befragte gegenüber der direkten Demokratie eingestellt ist. Ein von der direkten Demokratie vollständig überzeugter Wähler in Deutschland entscheidet sich bei sonst mittleren Variablenausprägungen mit 8-prozentiger Wahrscheinlichkeit für die AfD. Im Fall Österreich und der Schweiz führt eine absolut positive Einstellung gegenüber der direkten Demokratie bei sonst mittleren Variablenausprägungen sogar zu einer fast 40-prozentigen Wahrscheinlichkeit für die Wahl der FPÖ und SVP. Die Wahrscheinlichkeit, eine rechtspopulistische Partei zu wählen, sofern ein Befragter die direkte Demokratie ablehnt und die anderen Variablen als mittlere Werte ausgeprägt sind, liegt dagegen bei 0% in Deutschland, 5% in Österreich und 15% in der Schweiz. Die Ergebnisse zeigen, dass Wähler rechtspopulistischer Parteien durchaus Unterstützer direkter Demokratie sind und die Wahlchancen der Parteien neben der Einstellung gegenüber der EU und der Migration dadurch beeinflusst werden. Auch wenn die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten wie zu erwarten stark von der Einstellung zur Migration beeinflusst werden (vgl. Anhang 6), zeigt sich, dass der Einfluss der Einstellung zur direkten Demokratie nicht weniger wichtig ist.

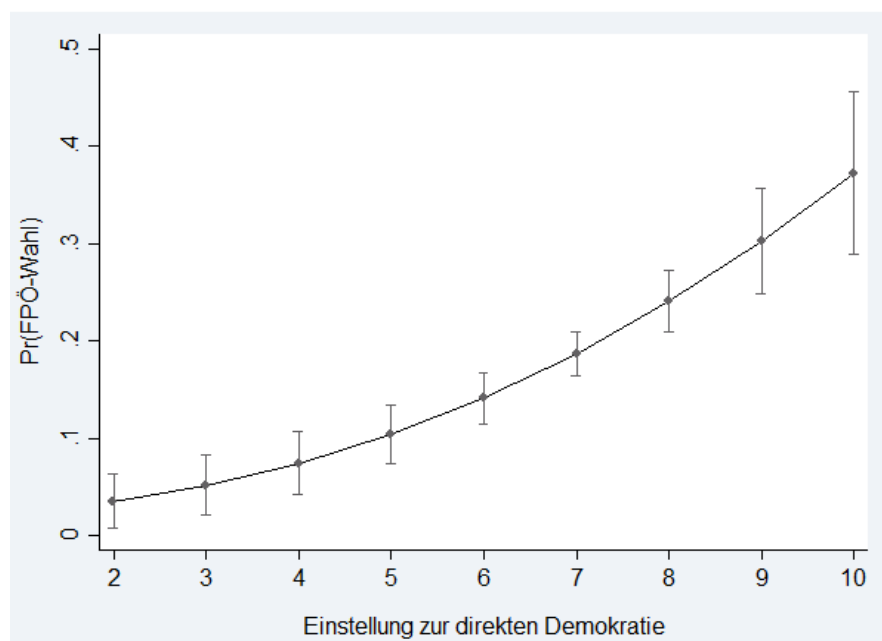
Abbildung 5: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten für die Wahl der AfD und die Einstellung zur direkten Demokratie



Quelle: ESS Round 8, 2016

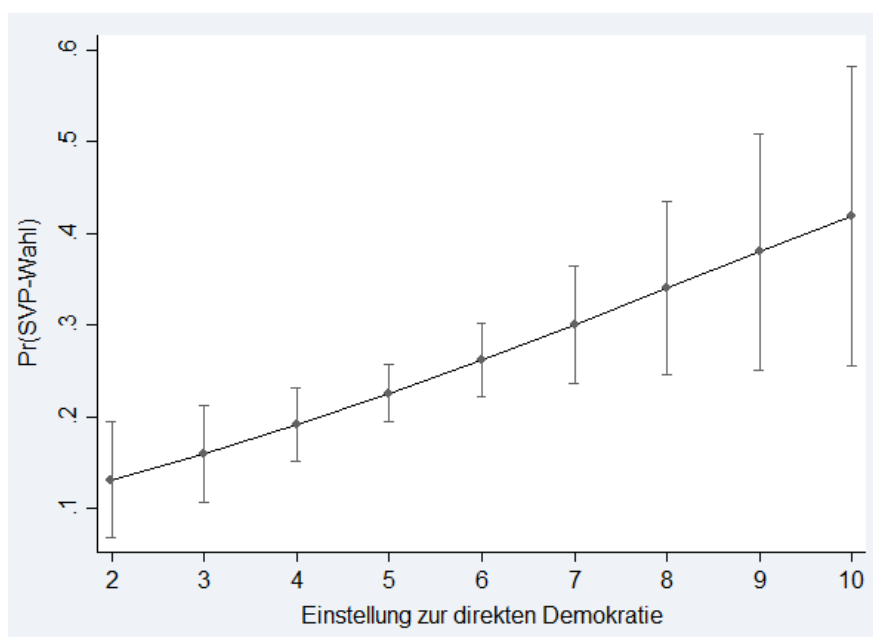
Anmerkung: Pr = Predicted Probabilities (dt. vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten)

Abbildung 6: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten für die Wahl der FPÖ und die Einstellung zur direkten Demokratie



Quelle: ESS Round 8, 2016

Anmerkung: Pr = Predicted Probabilities (dt. vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten)

Abbildung 7: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten für die Wahl der SVP und die Einstellung zur direkten Demokratie

Quelle: ESS Round 8, 2016

Anmerkung: Pr = Predicted Probabilities (dt. vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten)

Entscheidend für die Beurteilung der logistischen Regressionsmodelle sind die Modellgüte und Robustheit. Ein Gütekriterium für das Gesamtmodell stellt der sogenannte Pseudo-R²-Koeffizient dar. Dieser ist als das Verhältnis der erklärten Varianz zur Gesamtvarianz der abhängigen Variable definiert (Best und Wolf 2010: 843). Es gibt unterschiedliche Kennzahlen, wobei das Mc-Faddens-R² in dieser Arbeit Anwendung findet. Als akzeptabel gelten Werte größer als 0.2, als gut gelten Werte ab 0.4. Das deutsche Modell mit einem Wert von 0.264 und das Schweizer Modell mit einem Wert von 0.274, haben eine geringere Erklärungskraft das Modell für Österreich (vgl. Pseudo R² in Tabelle 6). Dieses weist einen Wert von 0.342 auf. Festzuhalten ist, dass es, trotz niedriger R²-Werte, einen Einfluss der Einstellung zur direkten Demokratie auf die Wahl einer rechtspopulistischen Partei zu geben scheint. Ein Gütekriterium auf Basis der LogLikelihood-Funktion stellt der Likelihood-Ratio-Test dar. Dieser betrachtet die Signifikanz des Modells und zeigt, ob die Ergebnisse auf die Grundgesamtheit übertragbar sind. Der Chi-Quadrat Wert soll dabei möglichst hoch sein. Auch hier weist das Modell für Österreich den höchsten Wert auf. Da die Ergebnistabelle für Prob > chi2 über alle Werte den Wert 0 zeigt, kann die Nullhypothese, dass die unabhängigen Variablen keine zusätzliche Erklärungskraft liefern, abgelehnt werden.

Was zeigen diese Ergebnisse nun im Vergleich zu den bisherigen Studien? Entgegen den Ergebnissen der vorliegenden Arbeit, schlussfolgern unterschiedliche Studien, dass die Einstellung zur direkten Demokratie in keinem Zusammenhang mit der Wahlentscheidung für eine rechtspopulistischen Partei stehen. Rooduijn (2018: 363) beispielsweise, kommt zu dem Ergebnis,

dass die Einstellung zur direkten Demokratie in der Schweiz und Österreich von 2002-12 keinen signifikanten Einfluss auf die Wahl einer rechtspopulistischen Partei hat. Die negative Einstellung gegenüber Zuwanderung zeigt sowohl in der Schweiz als auch in Österreich einen feststellbaren, statistisch gesicherten Einfluss auf die Wahlentscheidung für eine rechtspopulistische Partei. Auch die Studie von Bowler et al. (2017: 84) zeigt für die Jahre 1999-2001, dass Wähler rechtspopulistischer Parteien direktdemokratische Instrumente nicht mehr oder weniger unterstützen als Wähler anderer Parteien. Gleichmaßen gibt es jedoch Studien, die diese Argumentation widerlegen. Pauwels und Marien (2010: 10) zeigen für das Jahr 2009, dass es in Österreich und Schweiz rechtspopulistische Wähler sind, welche Formen direkter Demokratie unterstützen. Ebenso kommen auch Mohrenberg et al. (2017: 18) für den Untersuchungszeitraum 2015-2016 zu dem Ergebnis, dass es in Deutschland und der Schweiz gerade populistische Wähler sind, welche die direkte Demokratie bevorzugen. Die vorliegende Arbeit hat es sich zum Ziel gemacht, die Ergebnisse dieser Studien zu replizieren und für den aktuellen Zeitraum zu erweitern. Sie kommt dabei zu dem Ergebnis, dass die Einstellung zur direkten Demokratie durchaus ein Wahlmotiv für rechtspopulistische Wähler darstellen kann. Entsprechend einer Vielzahl von Studien zeigen die Ergebnisse, dass in Deutschland und Österreich die größten Einflussfaktoren das Thema EU und in der Schweiz das Thema Migration sind, dennoch zeigen die Ergebnisse der Analyse, dass auch die Einstellung zur direkten Demokratie einen signifikanten Einfluss auf die Wahlentscheidung nimmt. Während die Ergebnisse die Bedeutung inhaltlicher Motive für die Wahl der AfD, FPÖ und SVP nicht mindern, erweitern sie die bisherigen Erkenntnisse und zeigen, dass es durchaus auch persönliche Motive sind, die zur Wahl einer rechtspopulistischen Partei veranlassen. Diese wären zum Beispiel Einstellung zur direkten Demokratie, das Vertrauen in das Parlament und die Einschätzung der Mitsprachemöglichkeiten.

Neben den niedrigen R^2 -Werten besteht eine Einschränkung dieser Arbeit in der Begrenzung der Untersuchungseinheiten. Linkspopulistische Parteien wurden in dieser Arbeit nicht betrachtet, da das Interesse dieser Arbeit ganz klar darin lag, Erkenntnisse für die aktuelle Entwicklung und den Aufstieg rechtspopulistischer Parteien in Europa zu gewinnen. Eine entsprechende Untersuchung mit Fokus auf den populistischen Parteien aus dem linken Spektrum, wäre sicherlich eine interessante Ergänzung. Da die AfD erst seit 2017 im Deutschen Bundestag vertreten ist, wäre es sinnvoll, die Studie zu aktualisieren, sobald die neusten Daten des European Social Survey vorliegen. Insbesondere wäre hier zu untersuchen, ob der starke Stimmenzuwachs bei der AfD mit den oben angeführten Zusammenhängen politischer Präferenzen und Wahlverhalten geführt haben. Eine Verfeinerung der Analyse läge zudem darin, die Variable der Einstellung zur direkten Demokratie nicht additiv zu bilden, sondern diese anhand der

Zustimmung zu Aussagen wie „Referenden sind eine gute Sache“ (vgl. Bowler et al. 2017: 76) bilden zu können.

5 Schlussbetrachtung und Ausblick

Für viele ist der Satz „Wir müssen die Sorgen der Menschen wieder ernst nehmen“ (Patzelt 2015: 17), eine reine Floskel aus dem Wahlkampf von Politikern. Und dennoch scheint es, als wäre dies genau der Grund, weshalb der Rechtspopulismus aktuell so erfolgreich ist. Rechtspopulisten versprechen, eine konservative, national ausgerichtete Interessenspolitik. Sie deklarieren sich selbst als Mentor der Unterprivilegierten, als Kämpfer im Namen des Volkes. Wie bereits erwähnt, sind es vor allem die Themen Europa, Migration und Umverteilung, welche nicht nur rechtspopulistische Wähler bewegen und mobilisieren. Unterschiede zeigen sich vor allem in der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie: Zwei Drittel aller populistischen Wähler in Deutschland sind vollständig oder eher unzufrieden mit der Demokratie (Vehrkamp und Merkel 2018: 37). Sie lehnen sie jedoch nicht pauschal ab oder sind Feinde der Demokratie. Dies nützt der Rechtspopulismus und versucht Wähler mithilfe von Forderungen nach direktdemokratischen Reformen zu instrumentalisieren und zu mobilisieren. Das Ziel der vorliegenden Arbeit war es, das Verhältnis von Rechtspopulismus und direkter Demokratie näher zu untersuchen und zu klären, inwieweit sich Angebot und Nachfrage in der Forderung nach direktdemokratischen Reformen treffen. Die Forschungsfragen lauteten, ob rechtspopulistische Parteien verstärkt direktdemokratische Reformen fordern und die Einstellung gegenüber direkter Demokratie die Wahl rechtspopulistischer Parteien beeinflusst. Die Analyse auf der Angebotsseite zeigt, dass die ausgewählten Fälle rechtspopulistischer Parteien sich durchaus für den Ausbau und die Stärkung direkter Demokratie einsetzen. Die AfD, FPÖ und SVP plädieren vordergründig für eine Unmittelbarkeit von Politik und eine erhöhte Mitsprache des Volkes. Direktdemokratische Reformen sind in den Augen der Rechtspopulisten die Einführung von Volksentscheiden und -abstimmungen in Deutschland und Österreich oder die Volkswahl des Bundesrates in der Schweiz. Sie suggerieren dabei, dass allein der Bürger aufgrund seines „gesunden Menschenverstandes“ politische Entscheidungen treffen könne. Doch es zeigt sich bei genauerem Blick, dass diesen Forderungen von Rechtspopulisten vor allem eines gemeinsam ist: sie sind ein Instrument der Verstärkung des Gegensatzes zwischen Volk und Establishment sowie eine Kritik an Parteien, Regierung und der Europäischen Union. Es handelt sich bei den Forderungen der Parteien um spezifisch rechtspopulistische Themen. Der Bürger soll bei Themen Mitsprache erlangen, die für den Rechtspopulismus vorrangig sind. Beispiele hierfür sind die Kritik am vorherrschenden System, die Europäische Union sowie die Migrationspolitik des Landes. Für den Wähler, der zunehmend unzufriedener ist mit der Demokratie, mit der Responsivität der Politik und kein Vertrauen mehr in sein Parlament hat, ist dieses Angebot durchaus attraktiv. Die Hypothese der Analyse der Nachfrageseite lautete, dass je höher der Grad an Unterstützung direktdemokratischer Instrumente ist, umso eher wählen Bürger rechtspopulistische Parteien.

Die Ergebnisse der logistischen Regressionsanalyse lassen schlussfolgern, dass rechtspopulistische Wähler, im Vergleich zu Wählern etablierter Parteien, tatsächlich stärker direktdemokratische Instrumente präferieren. Die Einstellung zur direkten Demokratie beeinflusst, neben der Einstellung zur Migration und EU, gleichermaßen die Wahrscheinlichkeit eine rechtspopulistische Partei wie die AfD, FPÖ oder SVP zu wählen. Die Arbeit zeigt damit, dass sich Angebot und Nachfrage in der Forderung nach direktdemokratischen Reformen treffen. Rechtspopulistische Wähler teilen somit die Forderungen ihrer Parteien und wünschen sich tatsächlich direktdemokratische Reformen. Auch wenn die vorliegende Arbeit nur einen kleinen Teil der Untersuchung von Rechtspopulismus und direkter Demokratie umfasst, zeigt sich doch bereits hier, dass ein großer Teil der allgemeinen Zustimmung zur direkten Demokratie auf rechtspopulistisch eingestellte Wähler zurückgeführt werden kann. Diese betrachten Mitwirkungsdefizite in direkter Demokratie als erheblichen Mangel. Die vorliegende Arbeit trägt damit einen weiteren Teil zum Forschungsstand und Erkenntnisgewinn bei und soll als Grundlage für aufbauende Studien dienen. Wie bereits erwähnt, wäre es wünschenswert die Analyse für das Wahljahr 2017 in Deutschland zu replizieren, da hier die AfD mit dem Einzug in den Deutschen Bundestag auf Anhieb die drittstärkste Fraktion wurde. Zugleich würde es sich anbieten, weitere Fallbeispiele rechtspopulistischer Parteien in anderen EU-Ländern und außerhalb in die Analyse mitaufzunehmen. Die Studie ließe sich um den Themenkomplex erweitern, welche Reformen und Forderungen rechtspopulistischer Parteien tatsächlich umgesetzt werden, sobald sie Regierungsverantwortung tragen. Vergleichende Untersuchungen ließen sich auch für linkspopulistische Parteien durchführen.

Doch was bedeuten die Ergebnisse für die gegenwärtige Situation? Ziel der Arbeit war es, sich über die eingangs dargelegten Forschungsfragen hinaus, sich mit dem Dilemma der etablierten Parteien zu befassen. Wie die Analyse der Wahlprogramme zeigte, setzen sich rechtspopulistische Parteien wie die AfD, die FPÖ und die SVP verstärkt für mehr direkt Demokratie ein und vereinnahmen das Thema in der Öffentlichkeit. Welche Strategie sollen die anderen Parteien im Umgang mit dieser rechtspopulistischen Herausforderung nun wählen? Die vorliegende Arbeit kommt zu dem Schluss, dass direkte Demokratie durchaus ein Instrument sein kann, die Krise der repräsentativen Demokratie einzudämmen und gegen die Unzufriedenheit der Bevölkerung vorzugehen. Entscheidungen, die von Bürgern selbst getroffen werden, finden eher Akzeptanz. Direktdemokratische Instrumente und Abstimmungen können die Legitimation von politischen Entscheidungen erhöhen. Es wäre also durchaus förderlich für die Demokratie, wenn sich die etablierten Parteien weiter für mehr Mitspracherechte der Bürger aussprechen. Positive Effekte direktdemokratischer Entscheidungen sind jedoch nur solange zu erwarten, wie die direkte

Demokratie auch von Demokraten geschützt, angewendet und unterstützt wird. Rechtspopulisten fordern direkte Demokratie nicht im Sinne einer Ergänzung der repräsentativen Demokratie. Vielmehr setzen sie sich für direktdemokratische Instrumente ein, um gegen verhasste liberale und repräsentative Institutionen vorzugehen. Direkte Demokratie kann so schnell zu einem Instrument für illiberale Kräfte werden. Es ist also Aufgabe der etablierten Parteien, die eigentlichen Motive der rechtspopulistischen Parteien im Kampf für mehr direkte Demokratie offen zu legen, aufzudecken und sich selbst für mehr Mitbestimmung und politische Partizipationsmöglichkeiten einzusetzen. Die „Sorgen“ der Bürger müssen tatsächlich wieder ernst genommen werden. Eine echte „Politik des Gehörtwerdens“ nimmt die Bürger in ihrem Willen ernst, mitzubestimmen und politisch mitreden zu wollen und schreibt ihnen nicht, wie der Rechtspopulismus, vermeintliche Sorgen und Ängste einfach zu. Was rechtspopulistische Parteien wie die AfD, die FPÖ und die SVP in ihren Programmen fordern, ist keine echte Bürgerbeteiligung. Es geht ihnen weniger darum echte Lösungen zu erarbeiten, sondern viel mehr um Demagogie und darum, die Kluft zwischen Regierten und Regierenden zu vergrößern. Mitbestimmung bedeutet Mitwirken, Teilhaben und vor allem Beteiligtsein an Entscheidungsprozessen. Die Politik muss dafür Rahmenbedingungen schaffen, um den Menschen mitzunehmen und einzubinden und somit demokratiegefährdenden Entwicklungen Einhalt zu bieten. Wenn das Motto „Mehr Demokratie wagen“, das genau vor 50 Jahren von Willy Brandt formuliert wurde, wieder aufleben würde und keine Floskel bleibt, kann direkte Demokratie am Ende ein wirksames Instrument gegen den aufkeimenden Rechtspopulismus werden. Die vorliegende Arbeit zeigte, dass rechtspopulistische Bürger wenig Vertrauen in die Parlamente ihres Landes haben. Durch eine aktive Teilhabe und das Erleben von Demokratie könnte dem entgegengewirkt werden und die Identifikation der Bürger mit ihren Repräsentanten fördern. Sicherlich lassen sich nicht alle komplexen Fragen der Politik einfach mit „Ja“ oder „Nein“ entschieden, als Ergänzung der repräsentativen Demokratie können direktdemokratische Instrumente jedoch sicherlich eines der wirksamsten Mittel gegen das Erstarken von Parteien wie die AfD, die FPÖ und SVP sein. Denn Vertrauen der Bürger in den Staat, die Regierung, das Parlament und in deren Entscheidungen, dürfte eines der sichersten Bollwerke gegen den Rechtspopulismus sein.

Literaturverzeichnis

- Abts, Koen und Stefan Rummens (2007). Populism versus Democracy. *Political Studies*, 55, 405-424. DOI: 10.1111/j.1467-9248.2007.00657.x
- Akkerman, Agnes; Cas Mudde und Andrej Zaslove (2014). How Populist Are the People? Measuring Populist Attitudes in Voters. *Comparative Political Studies*, 47(9), 1324-1353. DOI: 10.1177/0010414013512600
- Albertazzi, Daniele und Duncan McDonnell (2008). *Twenty-First Century Populism. The Spectre of Western European Democracy*. Houndsmills: Palgrave Macmillan.
- Anan, Deniz (2017). *Parteiprogramme im Wandel. Ein Vergleich von FDP und Grünen zwischen 1971 und 2013*. Wiesbaden: Springer VS.
- Arzheimer, Kai (2009). Protest, Neo-Liberalism or Anti-Immigrant Sentiment. What Motivates the Voters of the Extreme Right in Western Europe? *Comparative Governance and Politics*, 2, 173-197. DOI: 10.1007/s12286-008-0011-4
- Barr, Robert R. (2009). Populists, Outsiders and Anti-Establishment Politics. *Party Politics*, 15(1), 29 – 48. DOI: 10.1177/1354068808097890
- Batt, Helge (2006). Direktdemokratie im internationalen Vergleich. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 10, 10-17.
- Bebnowski, David (2015). *Die Alternative für Deutschland. Aufstieg und gesellschaftliche Repräsentanz einer rechten populistischen Partei*. Wiesbaden: Springer VS.
- Behnke, Joachim; Nina Baur und Nathalie Behnke (2010). *Empirische Methoden der Politikwissenschaft*. 2. Auflage. Paderborn: Schöningh.
- Bender, Christiane (2012). Freiheit, Verantwortung, direkte Demokratie. Zur Relevanz von Rousseau heute. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 62(46-47), 49-54.
- Bengtsson, Åsa und Mikko Mattila (2009). Direct Democracy and its Critics. Support for Direct Democracy and ‘Stealth’ Democracy in Finland. *West European Politics*, 32(5), 1031-1048. DOI: 10.1080/01402380903065256
- Berbuir, Nicole; Marcel Lewandowsky und Jasmin Siri (2015). The AfD and its Sympathisers. Finally a Right-Wing Populist Movement in Germany? *German Politics*, 24(2), 154-178. DOI: 10.1080/09644008.2014.982546

- Best, Henning und Christof Wolf (2010). Logistische Regression. In: Wolf, Christof und Henning Best (Hrsg.). Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse. Wiesbaden: Springer VS, 827-854.
- von Beyme, Klaus (2013). Von der Postdemokratie zur Neodemokratie. Wiesbaden: Springer VS.
- Bowler, Shaun; David Denemark, Todd Donovan und Duncan McDonnell (2017). Right-Wing Populist Party Supporters. Dissatisfied but not Direct Democrats. *European Journal of Political Research*, 56, 70–91. DOI: 10.1111/1475-6765.12166
- Canovan, Margaret (1981). *Populism*. London: Junction Books.
- Canovan, Margaret (1999). Trust the People! Populism and the Two Faces of Democracy. *Political Studies*, 47(1), 2–16. DOI: 10.1111/1467-9248.00184
- Canovan, Margaret (2002). Taking Politics to the People. In: Mény, Yves und Yves Surel (Hrsg.). *Democracies and the Populist Challenge*. New York: Houndmills, 25-44.
- Canovan, Margaret (2006). Populism for Political Theorists? *Journal of Political Ideologies*, 9(3), 241- 252. DOI: 10.1080/1356931042000263500
- Carini, Marco (2016). Volkes Wille. Wie demokratisch sind Volksentscheide. TAZ. Online erschienen am 14.10.2016 unter: <http://www.taz.de/!5345389/>. [zuletzt abgerufen: 05.11.2018]
- Caspari, Lisa (2017). Wahlkampf mit dem Volksentscheid. Zeit Online. Online erschienen am 15.01.2017 unter: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-01/bundestagswahl-2017-afd-volksentscheid-wahlkampf-parteien-demokratie>. [zuletzt abgerufen: 23.01.2019]
- Christmann, Anna (2009). In welche politische Richtung wirkt die direkte Demokratie? Rechte Ängste und linke Hoffnungen in Deutschland im Vergleich zur direktdemokratischen Praxis in der Schweiz. Baden-Baden: Nomos.
- Corduwener, Pepijn (2014). The Populist Conception of Democracy beyond Popular Sovereignty. *Journal of Contemporary European Research*, 10(4), 423-437. Online erschienen am 03.12.2014 unter: <https://jcer.net/index.php/jcer/article/view/636/497>. [zuletzt abgerufen: 05.11.2018]
- Crouch, Colin (2004). *Post-Democracy*. Oxford: Polity Press.
- Dahrendorf, Ralf (2003). Acht Anmerkungen zum Populismus. *Transit Eurozine*, 25, 1-8. Online erschienen am 18.09.2007 unter: <https://www.eurozine.com/acht-anmerkungen-zum-populismus/>. [zuletzt abgerufen: 18.12.2018]

-
- Dalton, Russell J.; Wilhelm Bürklin und Andrew Drummond (2001). Public Opinion and Direct Democracy. *Journal of Democracy*, 12(4), 141-153. DOI: 10.1353/jod.2001.0066
- Decker, Frank (2000). Parteien unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien. Opladen: Leske + Budrich.
- Decker, Frank (2003). Der gute und der schlechte Populismus. *Berliner Republik*, 3, 66-73. Online unter: <http://www.b-republik.de/archiv/der-gute-und-der-schlechte-populismus>. [zuletzt abgerufen: 18.12.2018]
- Decker, Frank (2004). Der neue Rechtspopulismus. 2. Auflage. Wiesbaden: Springer VS.
- Decker, Frank (2006). Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven. In: ebd. (Hrsg.). *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* Wiesbaden: Springer VS, 9–32.
- Decker, Frank (2011). Regieren im "Parteienbundesstaat". Zur Architektur der deutschen Politik. Wiesbaden: Springer VS.
- Decker, Frank (2013a). Wenn die Populisten kommen. Beiträge zum Zustand der Demokratie und des Parteiensystems. Wiesbaden: Springer VS.
- Decker, Frank (2013b). Die Erfolglosigkeit des parteiförmigen Rechtspopulismus in Deutschland. Bedingungen und Gründe. In: Hirscher, Gerhard und Eckhard Jesse (Hrsg.). *Extremismus in Deutschland. Schwerpunkte, Vergleiche, Perspektiven*. Baden-Baden: Nomos, 63–78.
- Decker, Frank (2016). Der Irrweg der Volksgesetzgebung. Eine Streitschrift. Bonn: Dietz.
- Decker, Frank (2017). Rechtspopulismus und Rechtsextremismus als Herausforderungen der Demokratie in der Bundesrepublik. *Gesellschaft – Wirtschaft- Politik*, 3, 381-391. DOI: 10.3224/gwp.v66i3.07
- Decker, Frank (2018a). Was ist Rechtspopulismus? *Politische Vierteljahresschrift*, 59, 353–369. DOI: 10.1007/s11615-018-0062-3
- Decker, Frank (2018b). Die Programmatik der AfD. Online erschienen am 16.07.2018 unter: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/afd/273132/programmatik>. [zuletzt abgerufen: 25.10.2018]
- Decker, Frank (2018c). Kurz und bündig. Die AfD. Online erschienen am 16.07.2018 unter: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/afd/211108/kurz-und-buendig>. [zuletzt abgerufen: 25.10.2018]

- Decker, Frank (2018d). Wahlergebnisse und Wählerschaft der AfD. Online erschienen am 16.07.2018 unter: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/afd/273131/wahlergebnisse-und-waehlerschaft>. [zuletzt abgerufen: 25.10.2018]
- Decker, Frank und Marcel Lewandowsky (2017). Rechtspopulismus. Erscheinungsformen, Ursachen und Gegenstrategien. Bundeszentrale für politische Bildung. Online erschienen am 10.01.2017 unter: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/240089/rechtspopulismus-erscheinungsformen-ursachen-und-gegenstrategien>. [Zuletzt abgerufen: 17.10.2018]
- Deutscher Bundestag (2018a). Grundgesetz. Online unter: https://www.bundestag.de/parlament/aufgaben/rechtsgrundlagen/grundgesetz/gg_02/245124. [Zuletzt abgerufen: 05.11.2018]
- Deutscher Bundestag (2018b). Einsetzung einer Enquete-Kommission „Direkte Demokratie auf Bundesebene“. Erschienen am 17.04.2018 unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/016/1901699.pdf> [Zuletzt abgerufen: 05.11.2018]
- Deutscher Bundestag (2018c). Stenografischer Bericht. 26. Sitzung. Erschienen am 19.04.2018 unter: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/19/19026.pdf> [Zuletzt abgerufen: 05.11.2018]
- Eder, Christina (2009). Direkte Demokratie auf subnationaler Ebene. Eine vergleichende Analyse der unmittelbaren Volksrechte in den deutschen Bundesländern, den Schweizer Kantonen und den US-Bundesstaaten. Baden-Baden: Nomos.
- European Social Survey (2018). European Social Survey Round 8 Data. Data File Edition 2.0. NSD. Norwegian Centre for Research Data. Online unter: <https://www.europeansocialsurvey.org/data/download.html?r=8>.
- Fallend, Franz; Fabian Habersack und Reinhard Heinisch (2018). Rechtspopulismus in Österreich. Zur Entwicklung der Freiheitlichen Partei Österreichs. Aus Politik und Zeitgeschichte, 68(34-35), 33-40.
- Franzmann, Simon (2014). Die Wahlprogrammatik der AfD in vergleichender Perspektive. Online unter: https://www.researchgate.net/publication/301659691_Die_Wahlprogrammatik_der_AfD_in_vergleichender_Perspektive. [Zuletzt abgerufen: 05.11.2018]
- Freedon, Michael (1998). Is Nationalism a Distinct Ideology? Political Studies, 46(4), 748-765. DOI: 10.1111/1467-9248.00165

- Gaus, Bettina (2016). Debatte Direkte Demokratie. Siegeszug des Populismus. TAZ. Online erschienen am 07.10.2016 unter: <http://www.taz.de/!5344223/>. [Zuletzt abgerufen: 05.11.2018]
- Geden, Oliver (2006). Diskursstrategien im Rechtspopulismus. Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizerische Volkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung. Wiesbaden: Springer VS.
- Goerres, Achim; Dennis C. Spies und Steffan Kumlin (2018). The Electoral Supporter Base of the Alternative for Germany. *Swiss Political Science Review*, 1-24. DOI: 10.1111/spsr.12306
- Hambauer, Verena und Anja Mays (2017). Wer wählt die AfD? Ein Vergleich der Sozialstruktur, politischen Einstellungen und Einstellungen zu Flüchtlingen zwischen AfD-WählerInnen und der WählerInnen der anderen Parteien. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 1, 1-24. DOI: 10.1007/s12286-017-0369-2
- Hartleb, Florian (2005). Rechtspopulistische Parteien. Konrad-Adenauer-Stiftung, Arbeitspapier/Dokumentation Nr. 143, Sankt Augustin. Online unter: https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=7ba461df-3133-b991-d308-a5789a5d9d4f&groupId=252038. [Zuletzt abgerufen: 05.11.2018]
- Hawkins, Kirk (2009). Is Chávez populist? Measuring populist discourse in comparative perspective. *Comparative Political Studies*, 42(8), 1040–1067. DOI: 10.1177/0010414009331721
- Hawkins, Kirk; Scott Riding und Cas Mudde (2012). Measuring Populist Attitudes. *Political Concepts Committee on Concepts and Methods Working Paper Series* 55, 1-35. Online unter: https://works.bepress.com/cas_mudde/72/. [Zuletzt abgerufen: 05.11.2018]
- Häder, Michael (2006). Empirische Sozialforschung. Eine Einführung. Wiesbaden: Springer VS.
- Häusler, Alexander (2018). Die AfD. Werdegang und Wesensmerkmale einer Rechtsaußenpartei. Online erschienen am 25.06.2018 unter: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/271484/die-afd-werdegang-und-wesensmerkmale-einer-rechtsaussenpartei>. [zuletzt abgerufen: 25.10.2018].
- Häusler, Alexander und Oskar Niedermayer (2017). Debatte. Ist die Alternative für Deutschland eine rechtspopulistische Partei? Online erschienen am 17.01.2017 unter: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/240956/debatte-alternative-fuer-deutschland>. [zuletzt abgerufen: 28.10.2018].

- Heinisch, Reinhard (2004). Die FPÖ. Ein Phänomen im internationalen Vergleich. Erfolg und Misserfolg des identitären Rechtspopulismus. Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 33(3), 247-261. Online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-60657>. [zuletzt abgerufen: 28.10.2018].
- Hibbing, John R. und Elizabeth Theiss-Morse (2002). *Stealth Democracy. Americans' Beliefs About How Government Should Work*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Hildebrand, Marius (2017). *Rechtspopulismus und Hegemonie. Der Aufstieg der SVP und die diskursive Transformation der politischen Schweiz*. Bielefeld: transcript.
- Hornig, Eike-Christian (2011). *Die Parteiendominanz direkter Demokratie in Westeuropa*. Baden-Baden: Nomos.
- Hornig, Eike-Christian (2017). *Mythos direkte Demokratie. Praxis und Potentiale in Zeiten des Populismus*. Opladen: Barbara Budrich.
- Hug, Theo und Gerald Poscheschnik (2010). *Empirisch Forschen*. Wien: Huter & Roth.
- Jacobs, Kristof (2010). So Do They Empower the People? Populism, Electoral Reform and Direct Democracy in Austria, Belgium, and the Netherlands. Paper for ECPRJS Workshop, 20. Populists and Public Office. Online unter: <https://ecpr.eu/Filestore/PaperProposal/7e3bf0fa-64a7-4922-923f-19e10c77ab5e.pdf>. [zuletzt abgerufen: 28.10.2018].
- Jacobs, Krisof; Agnes Akkerman und Andrej Zaslove (2018). The Voice of Populist People? Referendum Preferences, Practices and Populist Attitudes. *Acta Politica*, 53(4), 517-541. DOI: 10.1057/s41269-018-0105-1
- Jagers, Jan und Stefan Walgrave (2007) Populism as Political Communication Style. An Empirical Study of Political Parties' Discourse in Belgium. *European Journal of Political Research*, 46, 319-45. DOI: 10.1111/j.1475-6765.2006.00690.x
- Jahn, Detlef (2013). *Einführung in die Vergleichende Politikwissenschaft*. 2. Auflage. Wiesbaden: Springer VS.
- de Jonge, Léonie (2016). Direkte Demokratie als Waffe der Rechtspopulismus? *Forum*, 361, 7-10. Online unter: <https://www.forum.lu/article/direkte-demokratie-als-waffe-der-rechtspopulisten/>. [zuletzt abgerufen: 18.12.2018]
- Jung, Sabine (2001). *Die Logik direkter Demokratie*. Wiesbaden: Springer VS.

- Kleinert, Hubert (2018). Die AfD und ihre Mitglieder. Eine Analyse mit Auswertung einer exemplarischen Mitgliederbefragung hessischer Kreisverbände. Wiesbaden: Springer VS.
- Korte, Karl-Rudolf (2009). Theorien des Wählerverhaltens. Online erschienen am 20.05.2009 unter: <http://www.bpb.de/politik/wahlen/bundestagswahlen/62613/theorien-des-waehlerverhaltens?p=all>. [zuletzt abgerufen: 18.12.2018]
- Kost, Andreas (2008). Direkte Demokratie. Wiesbaden: Springer VS.
- Kriesi, Hanspeter; Edgar Grande, Romain Lachat, Martin Dolezal, Simon Bornschieur und Timotheos Frey (2006). Globalization and the Transformation of the National Political Space: Six European Countries Compared. *European Journal of Political Research*, 45, 921–956. DOI: 10.1111/j.1475-6765.2006.00644.x
- Kromrey, Helmut (2002). Empirische Sozialforschung. 10. Auflage. Opladen: Leske + Budrich.
- Landwehr, Claudia und Nils D. Steiner (2017). Where Democrats Disagree. Citizens' Normative Conceptions of Democracy. *Political Studies*, 65(4), 786-804. DOI: 10.1177/0032321717715398
- Lauth, Hans-Joachim (2006). Vergleichende Regierungslehre. Eine Einführung. 3. Auflage. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Leitner, Erwin (2017). Volksabstimmungen in Österreich. Eine Übersicht. Online erschienen am 05.01.2017 unter: https://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/ve_in_oesterreich.pdf. [zuletzt abgerufen: 28.10.2018]
- Lewandowsky, Marcel (2018). Alternative für Deutschland (AfD). In: Decker, Frank Decker und Viola Neu (Hrsg.). *Handbuch der deutschen Parteien*. Wiesbaden: Springer VS, 161-170.
- Mayer, Christoph (2017). Direkte Demokratie in der Schweiz. In: Merkel, Wolfgang und Claudia Ritz (Hrsg.). *Die Legitimität direkter Demokratie. Wie demokratisch sind Volksabstimmungen?* Wiesbaden: Springer VS, 51-72.
- Mayring, Philipp (2003). Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 8. Auflage. Weinheim und Basel: Beltz.
- Mehr Demokratie e.V. (2016). Volksentscheids-Ranking. Online unter: https://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/volksentscheids-ranking_2016.pdf. [zuletzt abgerufen: 05.11.2018]

- Mehr Demokratie e.V. (2018). Gesetzentwurf zur Einführung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid sowie fakultativen und obligatorischen Referenden auf Bundesebene. Online unter: https://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/MD-Gesetzentwurf_Volksentscheid.pdf [zuletzt
- McGann, Anthony J. und Herbert Kitschelt (2005). The Radical Right in the Alps. Evolution of Support for the Swiss SVP and Austrian FPÖ. *Party Politics*, 11(2), 147-171. DOI: 10.1177/1354068805049734
- Mény, Yves und Yves Surel (2002). The Constitutive Ambiguity of Populism. In: ebd. (Hrsg.). *Democracies and the Populist Challenge*. Houndsmills: Palgrave, 1-11.
- Merkel, Wolfgang (2016). Krise der Demokratie? Anmerkungen zu einem schwierigen Begriff. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 66(40-42), 4-11.
- Merz, Nicolas und Sven Regel (2013). Die Programmatik der Parteien. In: Niedermayer, Oskar (Hrsg.). *Handbuch Parteienforschung*. Wiesbaden: Springer VS, 211-238.
- Meyer, Thomas (2006). Populismus und Medien. In: Decker, Frank (Hrsg.). *Populismus in Europa. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* Wiesbaden: Springer VS, 81-96.
- Minkenberg, Michael (2018). Was ist Rechtspopulismus? *Politische Vierteljahresschrift*, 59, 337-352. DOI: 10.1007/s11615-018-0076-x
- Moffitt, Benjamin (2016). *The Global Rise of Populism. Performance, Political Style, and Representation*. Stanford: Stanford University Press.
- Moffitt, Benjamin und Simon Tormey (2014). Rethinking Populism. *Politics, Mediatization and Political Style*. *Political Studies*, 62, 381-397. DOI: 10.1111/1467-9248.12032
- Mohrenberg, Steffen, Robert A. Huber und Tina Freyburg (2017). Love at First Sight? Populism and Direct Democracy. Conference: 2017 ECPR General Conference. Online unter: https://www.researchgate.net/publication/324014717_Love_at_First_Sight_Populism_and_Direct_Democracy. [zuletzt abgerufen: 18.12.2018]
- Mudde, Cas (2004). The Populist Zeitgeist. *Government and Opposition*, 39(4), 542-63. DOI: 10.1111/j.1477-7053.2004.00135.x
- Mudde, Cas (2007). *Populist Radical Right Parties in Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Mudde, Cas (2017). Populism. An Ideational Approach. In: Rovira Kaltwasser, Cristóbal; Paul Taggart; Paulina Ochoa Espejo und Pierre Ostiguy (Hrsg.). *The Oxford Handbook of Populism*. Oxford: Oxford University Press, 27-48.
- Mudde, Cas und Cristóbal Rovira Kaltwasser (2012). Populism and (Liberal) Democracy. A Framework for Analysis. In: ebd. (Hrsg.). *Populism in Europe and the Americas. Threat or Corrective for Democracy*. Cambridge: Cambridge University Press, 1-26.
- Müller, Jan-Werner (2016). *Was ist Populismus? Ein Essay*. Berlin: Suhrkamp.
- Nestler, Christian und Jan Rohgalf (2014). Eine deutsche Angst. Erfolgreiche Parteien rechts von der Union. Zur AfD und den gegenwärtigen Gelegenheitsstrukturen des Parteienwettbewerbs. *Zeitschrift für Politik*, 61(4), 389-413. DOI: 10.5771/0044-3360-2014-4-389
- Neumann, Peter (2009). *Sachunmittelbare Demokratie im Bundes- und Landesverfassungsrecht unter besonderer Berücksichtigung der neuen Länder*. Baden-Baden: Nomos.
- Nicke, Sascha (2017). Der Begriff der Identität. Bundeszentrale für politische Bildung. Online erschienen am 18.04.2017 unter: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/241035/der-begriff-der-identitaet>. [zuletzt abgerufen: 17.10.2018]
- Ostiguy, Pierre (2009) *The High and the Low in Politics. A Two-Dimensional Political Space for Comparative Analysis and Electoral Studies*. Kellogg Institute Working Paper #360. Kellogg Institute for International Studies. Erschienen unter: https://kellogg.nd.edu/sites/default/files/old_files/documents/360_0.pdf. [zuletzt abgerufen: 17.10.2018]
- Ostiguy, Pierre (2017). Populism. A Socio-Cultural Approach. In: Rovira Kaltwasser, Cristóbal; Paul Taggart; Paulina Ochoa Espejo und Pierre Ostiguy (Hrsg.). *The Oxford Handbook of Populism*. Oxford: Oxford University Press, 73-101. DOI: 10.1093/oxfordhb/9780198803560.013.3
- Pallaver, Günther und Reinhold Gärtner (2006). Populistische Parteien an der Regierung – zum Scheitern verdammt? Italien und Österreich im Vergleich. In: Decker, Frank (Hrsg.) *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* Wiesbaden: Springer VS, 99-120.
- Pappas, Takis S. (2016). Modern Populism. Research Advances, Conceptual and Methodological Pitfalls, and the Minimal Definition. In: Thomson, William R. (Hrsg.). *Oxford Research*

- Encyclopedia of Politics. Oxford: Oxford University Press. DOI: 10.1093/acrefore/9780190228637.013.17
- Patzelt, Werner J. (2015). Die Sorgen der Leute ernst nehmen! Essay. Aus Politik und Zeitgeschichte 65(40), 17-21.
- Pauwels, Teun (2014). Populism in Western Europe. Comparing Belgium, Germany and The Netherlands. New York: Routledge.
- Pauwels, Teun und Sofie Marien (2010). Populist Voters and Direct Democracy. The Silent Majority in Search for a Voice? Paper presented at the Politicologenetmaal, Leuven, 27-2. Mai 2010. Online unter: https://www.researchgate.net/publication/324014717_Love_at_First_Sight_Populism_and_Direct_Democracy. [zuletzt abgerufen: 18.12.2018].
- Pelinka, Anton (2017). FPÖ. Von der Alt-Nazi-Partei zum Prototyp des europäischen Rechtspopulismus. Online erschienen am 06.01.2017 unter: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/239915/fpoe-prototyp-des-europaeischen-rechtspopulismus>. [zuletzt abgerufen: 26.10.2018].
- Pickel, Susanne (2016). Methodologische Grundlagen des Vergleichs und Vergleichsdesigns. In: Lauth, Hans-Joachim; Kneuer, Marianne und Gert Pickel (Hrsg.). Handbuch Vergleichende Politikwissenschaft. Wiesbaden: Springer VS, 25-45.
- Pickel, Susanne und Gert Pickel (2018). Empirische Politikforschung. Einführung in die Methoden der Politikwissenschaft. Oldenbourg: De Gruyter.
- Priester, Karin (2011). Definitionen und Typologien des Populismus. Soziale Welt, 62, 185-198. Online unter: <http://www.jstor.org/stable/23060014>. [zuletzt abgerufen: 18.12.2018].
- Priester, Karin (2012). Wesensmerkmale des Populismus. Aus Politik und Zeitgeschichte, 62(5-6), 3-9.
- Rehmet, Frank und Alexander Schilin (2014). Direkte Demokratie im Kanton St. Gallen. Ein Überblick. Online erschienen am 27.02.2014 unter: https://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/Direkte_Demokratie_in_St_Gallen.pdf. [zuletzt abgerufen: 18.12.2018]
- Rensmann, Lars (2006). Populismus und Ideologie. In: Decker, Frank (Hrsg.). Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches korrektiv? Wiesbaden: Springer VS, 59-80.

- Rooduijn, Matthijs (2013). Vox Populismus. A Populist Radical Right Attitude Among the Public? Nations and Nationalism, 20(1), 80-92. DOI: 10.1111/nana.12054
- Rooduijn, Matthijs (2018). What Unites the Voter Bases of Populist Parties? Comparing the Electorates of 15 Populist Parties. European Political Science Review, 10(3), 351-368. DOI: 10.1017/S1755773917000145
- Rooduijn, Matthijs, Sarah L. de Lange und Wouter van der Brug (2014). A Populist Zeitgeist? Programmatic Contagion by Populist Parties in Western Europe. Party Politics, 20(4), 563-575. DOI: 10.1177/1354068811436065
- Rosenberger, Sieglinde Katharina (2005). Rechtspopulismus. Kurzfristige Mobilisierung der vox populi oder anhaltende Herausforderung der repräsentativen Demokratie? In: Frölich-Steffen, Susanne und Lars Rensmann (Hrsg.). Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa. Wien: Wilhelm Braumüller, 35-49.
- Rovira Kaltwasser, Cristóbal (2012). The Ambivalence of Populism. Threat and Corrective for Democracy. Democratization, 19(2), 184-208. DOI: 10.1080/13510347.2011.572619
- Rovira Kaltwasser, Cristóbal (2014). The Responses of Populism to Dahl's Democratic Dilemmas. Political Studies, 62, 470-487. DOI: 10.1111/1467-9248.12038
- Rovira Kaltwasser, Cristóbal; Paul Taggart; Paulina Ochoa Espejo und Pierre Ostiguy (2017). Populism. An Overview of the Concept and the State of the Art. In: ebd. (Hrsg.). The Oxford Handbook of Populism. Oxford: Oxford University Press, 1-27. DOI: 10.1093/oxfordhb/9780198803560.013.2
- Salzborn, Samuel (2018). Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze. 3. Auflage. Baden-Baden: Nomos.
- Schäuble, Wolfgang (2018). Rede von Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble am „Tag der deutschen Einheit in Berlin. 3. Oktober 2018. Online unter: <https://www.bundestag.de/parlament/praesidium/reden/017/571556>. [zuletzt abgerufen: 10.10.2018]
- Schnell, Rainer, Paul B. Hill und Elke Esser (2011). Methoden der empirischen Sozialforschung. 9. Auflage. München: Oldenbourg.
- Schellenberg, Britta (2017). Rechtspopulismus im europäischen Vergleich. Kernelemente und Unterschiede. Bundeszentrale für politische Bildung. Erschienen am 10.01.2017 unter:

- <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/240093/rechtspopulismus-im-europaeischen-vergleich-kernelemente-und-unterschiede>. [Zuletzt abgerufen: 17.10.2018]
- Schiller, Theo (2002). *Direkte Demokratie. Eine Einführung*. Frankfurt am Main: Campus.
- Schiller, Theo und Volker Mittendorf (2002). Neue Entwicklungen der direkten Demokratie. In: ebd. (Hrsg.). *Direkte Demokratie*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 7-22.
- Schmitt-Beck, Rüdiger (2014). Euro-Kritik, Wirtschaftspessimismus und Einwanderungsskepsis. Hintergründe des Beinah-Wahlerfolges der Alternative für Deutschland (AfD) bei der Bundestagswahl 2013. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 45(1), 94-112. Online unter: <http://www.jstor.org/stable/24242765>. [Zuletzt abgerufen: 17.10.2018]
- Skenderovic, Damir (2016). Die Schweiz als Avantgarde des europäischen Rechtspopulismus. Online erscheinen am 14.12.2016 unter: <https://geschichtedergegenwart.ch/die-schweiz-als-avantgarde-des-europaeischen-rechtspopulismus/>. [zuletzt abgerufen: 18.12.2018]
- Solar, Marcel (2016). *Regieren im Schatten der Volksrechte. Direkte Demokratie in Berlin und Hamburg*. Wiesbaden: Springer VS.
- Spruyt, Bram; Gil Keppens und Filip Van Droogenbroeck (2016). Who Supports Populism and What Attracts People to it? *Political Research Quarterly*, 69(2), 335-346. DOI: 10.1177/1065912916639138
- Stanley, Ben (2008). The Thin Ideology of Populism. *Journal of Political Ideologies*, 13(1), 95-110. DOI: 10.1080/13569310701822289
- Steiner, Nils D. und Claudia Landwehr (2018). Populistische Demokratiekonzeptionen und die Wahl der AfD. Evidenz aus einer Panelstudie. *Politische Vierteljahresschrift*, 59(3), 463–491. DOI: 10.1007/s11615-018-0083-y
- Streeck, Wolfgang (2013). *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Frankfurt a. Main: Suhrkamp.
- Taggart, Paul (2000). *Populism*. Buckingham: Open University Press.
- Taggart, Paul (2002). Populism and the Pathology of Representative Politics. In: Mény, Yves und Yves Surel (Hrsg.). *Democracies and the Populist Challenge*. Houndsmills: Palgrave, 62-80.
- Taggart, Paul (2004). Populism and Representative Politics in Contemporary Europe. *Journal of Political Ideologies*, 9(3), 269-288. DOI: 10.1080/1356931042000263528
- Tormey, Simon (2015). *The End of Representative Politics*. Cambridge: Polity Press.

- Vehrkamp, Robert und Wolfgang Merkel (2018). Populismusbarometer 2018. Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern in Deutschland 2018. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Vospernik, Stefan (2014). Modelle der direkten Demokratie. Volksabstimmungen im Spannungsfeld von Mehrheits- und Konsensdemokratie. Ein Vergleich von 15 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Baden-Baden: Nomos.
- de Vries, Catherine E. und Erica E. Edwards (2009). Taking Europe To Its Extremes: Extremist Parties and Public Euroscepticism. *Party Politics*, 15(1), 5-28. DOI: doi.org/10.1177/1354068808097889
- Walter-Rogg, Melanie (2008). Direkte Demokratie. In: Gabriel, Oscar W. und Sabine Kropp (Hrsg.). *Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt*. Wiesbaden: Springer VS, 236-267.
- Webb, Paul (2013). Who Is Willing to Participate? Dissatisfied Democrats, Stealth Democrats and Populists in the United Kingdom. *European Journal of Political Research*, 52, 747-772. DOI: [10.1111/1475-6765.12021](https://doi.org/10.1111/1475-6765.12021)
- Weyland, Kurt (2001). Clarifying a Contested Concept. *Populism in the Study of Latin American Politics*. *Comparative Politics*, 34(1), 1–22. DOI: [10.2307/422412](https://doi.org/10.2307/422412)
- Weyland, Kurt (2017). Populism. A Political-Strategic Approach. In: Rovira Kaltwasser, Cristóbal; Paul Taggart; Paulina Ochoa Espejo und Pierre Ostiguy (Hrsg.). *The Oxford Handbook of Populism*. Oxford: Oxford University Press, 48-73. DOI: [10.1093/oxfordhb/9780198803560.013.2](https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780198803560.013.2)
- Wodak, Ruth; Brigitte Mral und Madjid Khosravinik (2013). *Right Wing Populism in Europe. Politics and Discourse*. Bloomsbury: London.
- Wolf, Theresa (2017). *Rechtspopulismus*. Wiesbaden: Springer VS.

Wahlprogramme

- Alternative für Deutschland (2013). Wahlprogramm Parteitagebeschluss vom 14.04.2013
- Alternative für Deutschland (2016). Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland.

Alternative für Deutschland (2017). Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017.

Freiheitliche Partei Österreichs (2002). Programm. Wir gestalten Österreich mit Sicherheit.

Freiheitliche Partei Österreichs (2006). Wahlprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs FPÖ. Nationalratswahl 2006.

Freiheitliche Partei Österreichs (2008). Österreich im Wort. Auswahl und Zusammenfassung inhaltlicher Ziele der Freiheitlichen Partei Österreichs für die neue Legislaturperiode.

Freiheitliche Partei Österreichs (2012). Österreich zuerst. Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ). Beschlossen vom Bundesparteitag der Freiheitlichen Partei Österreichs am 18. Juni 2011 in Graz.

Freiheitliche Partei Österreichs (2013). Liebe deinen Nächsten. Für mich sind das unsere Österreicher.

Freiheitliche Partei Österreichs (2017). Österreicher verdienen Fairness. Freiheitliches Wahlprogramm zur Nationalratswahl 2017.

Schweizerische Volkspartei (1999). SVP – Wahlplattform 1999.

Schweizerische Volkspartei (2003). Wahlplattform 2003-2007.

Schweizerische Volkspartei (2007) – „Mein Zuhause – Unsere Schweiz. Wahlplattform 2007-2011.“ (WP 2007)

Schweizerische Volkspartei (2011). Schweizer wählen SVP. Mein Zuhause – Unsere Schweiz. Wahlplattform 2011.

Schweizerische Volkspartei (2015). SVP – Die Partei für die Schweiz. Parteiprogramm 2015 bis 2019.

Anhang

Anhang 1: Kodierleitfaden der qualitativen Inhaltsanalyse

Aussagen-Ebene: Inhalte

1) Aussagen zur Direkten Demokratie

Definition: Unter die Kategorie „Einstellung zur Direkten Demokratie“ fallen alle Aussagen, die das System der Direkten Demokratie, Forderungen nach Einführung oder Ausweitung von Referenden, Abstimmungen oder allen anderen Formen direkter Beteiligungsmöglichkeiten umfassen. Zudem fallen unter diese Kategorien alle Vorstellungen von Volkssouveränität und Selbstbestimmung.

Beispiele:

- *Wir fordern eine Stärkung der Demokratie und der demokratischen Bürgerrechte.*
- *Ohne Volkssouveränität keine Demokratie.*
- *Wir bekennen uns zum Ausbau der direkten Demokratie.*

2) Kritik am politischen System

Definition: Unter die Kategorie „Kritik am politischen System“ fallen alle Aussagen, die Kritik gegenüber dem vorherrschenden System, Staat, Institutionen oder Regeln darstellen. Die Kategorie umfasst dabei sowohl Aussagen zum System auf nationaler Ebene, als auch Aussagen zum System auf supranationaler Ebene. Miteinbezogen wurden vor allem Aussagen, die eine Einstellung gegenüber Europa oder der Europäischen Union darstellen.

Beispiele:

- *Macht- und interessengetriebene Entscheidungen sind eher in rein repräsentativen Demokratien zu beobachten.*
- *Heimlicher Souverän ist eine kleine, machtvolle politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien.*
- *Die repräsentative Demokratie wird dazu missbraucht, Gesetze gegen den offensichtlichen Mehrheitswillen der Bürger zu beschließen.*

Anhang 2: Anteile der Aussagen zur direkten Demokratie und zur Kritik am politischen System in den Wahlprogrammen der AfD, FPÖ und SVP (1999 – 2017)

Partei	Dokument	Absätze gesamt	Aussagen zur direkten Demokratie	Aussagen zur Kritik am politischen System
			Anteil an Absätzen	
AfD	WP 2013	47	8,5%	10,6%
	GP 2016	588	3,2%	4,9%
	WP 2017	555	3,1%	2,9%
FPÖ	WP 2002	1127	0,4%	0,5%
	WP 2006	210	0,0%	0,0%
	WP 2008	144	2,1%	4,9%
	GP 2012	130	3,1%	0,8%
	WP 2013	95	9,5%	2,1%
	WP 2017	375	4,0%	2,1%
SVP	WP 1999	404	2,0%	1,2%
	WP 2003	414	6,8%	2,9%
	WP 2007	309	6,1%	5,0%
	WP 2011	87	13,8%	14,9%
	WP 2015	717	2,0%	2,1%

Quelle: Eigene Auswertung und Darstellung, basierend auf den Wahl- und Grundsatzprogrammen der Parteien.

Anmerkung: WP = Wahlprogramm, GP = Grundsatzprogramm

Anhang 3: Auswertungsmatrizen

A3.1 Alternative für Deutschland – „Wahlprogramm Parteitagbeschluss vom 14.04.2013“ (WP 2013)

- Textumfang: 19.281 Zeichen, 47 Absätze

100) Aussagen zur Direkten Demokratie

- Wir fordern eine Stärkung der Demokratie und der demokratischen Bürgerrechte. Wir wollen Volksabstimmungen und -initiativen nach Schweizer Vorbild einführen. Das gilt insbesondere für die Abtretung wichtiger Befugnisse an die EU. (20)³³
- Wir fordern mehr direkte Demokratie auch in den Parteien. (22)
- Das Volk soll den Willen der Parteien bestimmen, nicht umgekehrt. (23)
- Jedes Volk muss demokratisch über seine Währung entscheiden dürfen. (5)

³³ In Klammer steht die Fundstelle des extrahierten Satzes.

200) Kritik am politischen System

- Wir bestehen auf dem uneingeschränkten Budgetrecht der nationalen Parlamente. Eine Transferunion oder gar einen zentralisierten Europastaat lehnen wir entschieden ab. (13)
- Wir werden uns für eine Reform der EU stark machen, um die Brüsseler Bürokratie abzubauen und Transparenz und Bürgernähe zu fördern. (15)
- Wir unterstützen nachdrücklich die Positionen David Camerons, die EU durch mehr Wettbewerb und Eigenverantwortung zu verschlanken (16)
- Parteien sollen am politischen System mitwirken, es aber nicht beherrschen. (21)
- Wir fordern, dass Bundestagsabgeordnete ihre volle Arbeitskraft der parlamentarischen Arbeit widmen. Das Mandat darf nicht unter bezahlten Nebentätigkeiten leiden. (24)

A3.2 Alternative für Deutschland – „Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland.“ (GP 2016)

- Textumfang: 166.544 Zeichen, 588 Absätze

100) Aussagen zur Direkten Demokratie

- Als freie Bürger treten wir ein für direkte Demokratie, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit, soziale Marktwirtschaft, Subsidiarität, Föderalismus, Familie und die gelebte Tradition der deutschen Kultur. (10)
- Ohne Zustimmung des Volkes darf das Grundgesetz nicht geändert und kein bedeutsamer völkerrechtlicher Vertrag geschlossen werden. Das Volk muss das Recht haben, auch initiativ über Änderungen der Verfassung selbst zu beschließen. (21)
- Nur das Staatsvolk der Bundesrepublik Deutschland kann diesen illegitimen Zustand beenden. (22)
- Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild (23)
- Die AfD setzt sich dafür ein, Volksentscheide in Anlehnung an das Schweizer Vorbild auch in Deutschland einzuführen. (24)
- Wir fordern, das Experiment EURO geordnet zu beenden. Sollte sich der Bundestag dieser Forderung nicht anschließen, muss über den Verbleib Deutschlands im Währungsverbund eine Volksabstimmung durchgeführt werden. (25)
- Auch Beschlüsse des Parlaments in eigener Sache, beispielsweise über Diäten oder andere Mittelzuweisungen, würden wegen der Überprüfbarkeit der Bürger maßvolle Inhalte haben. Gesetzesinitiativen aus dem Volk haben eigene Gesetzesvorlagen zum Gegenstand und können durch die Stimmbürger angestoßen werden. (26)
- Besonders der Abgabe nationaler Souveränität an die EU und andere internationale Organisationen über die Köpfe der Bürger hinweg ist hierdurch der Riegel vorgeschoben. (27)
- Das deutsche Volk ist ebenso mündig wie das der Schweizer, um ohne Einschränkung über jegliche Themen direkt abzustimmen. (29)
- Wir wollen dem Volk das Recht geben, über vom Parlament beschlossene Gesetze abzustimmen. Dieses Recht würde in kürzester Zeit präventiv mäßigend auf das Parlament wirken und die Flut der oftmals unsinnigen Gesetzesvorlagen nachhaltig eindämmen. Zudem würden die Regelungsinhalte sorgfältiger bedacht, um in Volksabstimmungen bestehen zu können. (32)

- Die Einführung von Volksabstimmungen nach Schweizer Modell ist für die AfD deshalb nicht verhandelbarer Inhalt jeglicher Koalitionsvereinbarungen. (33)
- Rechtsstaatsprinzip und Vertragstreue sowie demokratische Legitimation haben für uns Vorrang vor kurzfristigem Aktionismus und wahlwirksamer Effekthascherei. (41)
- Nur direkt-demokratische Entscheidungen des Volkes können die Parteien wieder in das demokratische System integrieren. (51)
- Die AfD strebt eine Neugestaltung des Wahlsystems an, die dem Wähler die Entscheidung über die personelle Zusammensetzung der Parlamente zurückgibt und das „Freie Mandat“ der Abgeordneten stärken soll. (61)
- Direktwahl des Bundespräsidenten durch das Volk (69)
- Die Arbeitswelt soll es allen Bürgern ermöglichen, ein selbstbestimmtes Leben in relativem Wohlstand zu führen. (188)
- Über Privatisierungen sollen Bürgerentscheide auf der jeweiligen staatlichen Ebene entscheiden, insbesondere bei der öffentlichen Daseinsvorsorge und in Bezug auf öffentliches Wohn- und Grundeigentum (420)
- Die endgültige Entscheidung über den Einsatz der Fracking-Technik an geeigneten Standorten müssen letztlich die vor Ort betroffenen Bürger fällen. (508)
- Bei der Standortwahl sind die Menschen vor Ort durch Bürgerentscheide zu beteiligen. (520)

200) Kritik am politischen System

- Dem Bruch von Recht und Gesetz, der Zerstörung des Rechtsstaats und verantwortungslosem politischen Handeln gegen die Prinzipien wirtschaftlicher Vernunft konnten und wollten wir nicht länger tatenlos zusehen (8)
- Deutschlands Staatsapparat hat inzwischen ein ungutes Eigenleben entwickelt. Die Machtverteilung entspricht nicht mehr den Grundsätzen der Gewaltenteilung. (18)
- Spätestens mit den Verträgen von Schengen (1985), Maastricht (1992) und Lissabon (2007) hat sich die unantastbare Volkssouveränität als Fundament unseres Staates als Fiktion herausgestellt. (19)
- Heimlicher Souverän ist eine kleine, machtvolle politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien. (20)
- Es hat sich eine politische Klasse von Berufspolitikern herausgebildet, deren vordringliches Interesse ihrer Macht, ihrem Status und ihrem materiellen Wohlergehen gilt. Es handelt sich um ein politisches Kartell, das die Schalthebel der staatlichen Macht, soweit diese nicht an die EU übertragen worden ist, die gesamte politische Bildung und große Teile der Versorgung der Bevölkerung mit politischen Informationen in Händen hat. (21)
- Macht- und interessengetriebene Entscheidungen sind eher in rein repräsentativen Demokratien zu beobachten. (31)
- Die ständige, vielfach ideologiegetriebene Expansion der Staatsaufgaben stößt an finanzielle und faktische Grenzen. Sie bedroht inzwischen den Kerngehalt der elementaren Freiheitsrechte der Bürger. (36)
- Die auf vielen Politikfeldern durch die etablierten Parteien propagierte Alternativlosigkeit vermeintlicher Sachzwänge halten wir für in hohem Maße demokratie- und rechtsstaatsgefährdend. (40)

-
- Minister als Abgeordnete in Parlamenten, welche die Exekutive kontrollieren sollen, und ehemalige Politiker auf Richterstühlen sind mit dem urdemokratischen Konstruktionsprinzip der Gewaltenteilung nicht vereinbar. (45)
 - Parteien sollen am politischen System mitwirken (Art. 21 Abs. 1 GG), es aber nicht beherrschen. Die Allmacht der Parteien und deren Ausbeutung des Staates gefährden unsere Demokratie. Diese Allmacht ist Ursache der verbreiteten Politikverdrossenheit und nicht zuletzt auch Wurzel der gesellschaftsschädigenden Politischen Korrektheit und des Meinungsdictats in allen öffentlichen Diskursen. (50)
 - Die Abgeordneten unserer Parlamente haben ihre Funktion als Mandatare der Bürger verloren. Ihre Loyalität gilt zuerst der politischen Partei, der sie angehören. Von ihr erhalten sie ihre Wahlchancen und ihre Wahl sichert typischerweise ihren Lebensunterhalt. Mit dieser Abhängigkeit von der Partei geht die Entfremdung vom Wähler einher. (52)
 - Insgesamt handelt es sich bei dem derzeitigen System der Parteienfinanzierung um ein weitgehend verdecktes System, bei dem den Parteien ein Vielfaches der Mittel zufließt, welche im Parteiengesetz eigentlich als Höchstbetrag festgelegt sind. (56)
 - Die politische Klasse Deutschlands hat das Wahlrecht und die Wahlverfahren im Laufe der Zeit immer trickreicher ausgenutzt und angepasst, um den Einfluss des Volkes zu minimieren. Mit der nach Grundgesetz und Bundeswahlgesetz deklarierten Personenwahl ist es nicht weit her. Dem Wähler werden starre Wahllisten der Parteien zum Ankreuzen vorgelegt. (60)
 - Die sich fortsetzende Tendenz zum Berufspolitikertum hat der Monopolisierung der Macht Vorschub geleistet und die unübersehbare Kluft zwischen dem Volk und der sich herausgebildeten politischen Klasse vergrößert. Vetternwirtschaft, Filz, korruptionsfördernde Strukturen und verwerflicher Lobbyismus sind die Folge. (66)
 - Die Auswahl des Kandidaten findet hinter verschlossenen Türen durch Absprachen der Parteien statt. (70)
 - Der größte Schaden für unsere Demokratie jedoch entsteht dadurch, dass ein Großteil der Nebentätigkeiten im Dunstkreis des Lobbyismus oder gar der Korruption anzusiedeln ist. (74)
 - Wir sind dagegen, die EU in einen zentralistischen Bundesstaat umzuwandeln. Stattdessen treten wir dafür ein, die EU zurückzuführen zu einer Wirtschafts- und Interessengemeinschaft souveräner, lose verbundener Einzelstaaten in ihrem ursprünglichen Sinne. (82)
 - Sollten sich unsere grundlegenden Reformansätze im bestehenden System der EU nicht verwirklichen lassen, streben wir einen Austritt Deutschlands oder eine demokratische Auflösung der Europäischen Union und die Neugründung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft an. (84)
 - Kompetenzen an die Nationalstaaten zurückgeben (89)
 - Die politischen Eliten haben mit dem Vertrag von Maastricht 1992 und besonders mit dessen Veränderung in Lissabon 2007 den Versuch unternommen, die EU unumkehrbar zu einem Staat fortzuentwickeln. (90)
 - Die politische Führung der großen EU-Länder will dieses Projekt jedoch gegen den offenkundigen Mehrheitswillen der Völker in der EU auf Biegen und Brechen durchsetzen. Wir fordern im Gegenteil das Subsidiaritätsprinzip konsequent beizubehalten und Kompetenzen an die Nationalstaaten zurückzugeben. (90)
 - Die Vision eines europäischen Großstaates läuft zwangsläufig darauf hinaus, dass die EU-Einzelstaaten, mit den sie tragenden Völkern, ihre nationale Souveränität verlieren. (91)

- Die Versprechen, durch multinationale Großstaaten und internationale Organisationen einen Ersatz für funktionierende demokratische Nationalstaaten zu schaffen, werden nicht eingehalten und sind nicht einhaltbar. (92)
- Die Organe der EU, vor allem der Ministerrat, die EU-Kommission und das Parlament sind unzureichend demokratisch legitimiert. (94)
- Der gemeinsame EURO ist eine grundlegende Fehlkonstruktion. (102)
- Der EURO und die damit zusammenhängenden „Rettungsmaßnahmen“ oder gar Vorschläge für eine „EU-Wirtschaftsregierung“ sind illegitime und illegale Eingriffe in die demokratischen Entscheidungsstrukturen der beteiligten Nationalstaaten. (107)
- Die AfD will die Einflussnahme der politischen Parteien auf das Ernennen von Richtern und Staatsanwälten beenden und für die Zukunft ausschließen. (130)
- Dabei müssen die nationalen Interessen und das Wohl des deutschen Volkes im Mittelpunkt stehen. (149)

A3.3 Alternative für Deutschland – „Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017.“ (WP 2017)

- Textumfang: 115.576 Zeichen, 555 Absätze

100) Aussagen zur Direkten Demokratie

- Ohne Volkssouveränität keine Demokratie (2)
- Einheit in Vielfalt statt Selbstaufgabe im Kollektiv ist uns Ursprung und Ziel deutscher Selbstbestimmung. (6)
- Nur hier kann Volkssouveränität gelebt werden, die Mutter und das Herzstück der Demokratie. (11)
- Das Volk muss wieder zum Souverän werden (14)
- Nur das Staatsvolk der Bundesrepublik Deutschland kann durch das Mittel der unmittelbaren Demokratie diesen illegalen Zustand beenden. (16)
- Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild (17)
- Wir wollen dem Volk das Recht geben, den Abgeordneten auf die Finger zu schauen und vom Parlament beschlossene Gesetze zu ändern oder abzulehnen. (18)
- Das Volk soll auch die Möglichkeit erhalten, eigene Gesetzesinitiativen einzubringen und per Volksabstimmung zu beschließen. (19)
- Die AfD fordert Volksentscheide nach Schweizer Vorbild auch für Deutschland. (20)
- Ohne Zustimmung des Volkes darf das Grundgesetz nicht geändert und kein bedeutsamer völkerrechtlicher Vertrag geschlossen werden. (21)
- Das deutsche Volk soll deshalb nach dem britischen Vorbild über den Verbleib Deutschlands in der Eurozone und gegebenenfalls der EU abstimmen! (22)
- Entgegen anderslautender Behauptungen entscheiden Bürger in Schicksalsfragen der Nation weitsichtiger und gemeinwohlorientierter als macht- und interessengeleitete Berufspolitiker.
- Ohne eine unmittelbare Mitbestimmung der Bürger kann und darf dies auch nicht geschehen. (24)
- Die Einführung von Volksabstimmungen nach Schweizer Modell ist für die AfD deshalb nicht verhandelbarer Inhalt jeglicher Koalitionsvereinbarungen. (25)

- Wir wollen den Bundespräsidenten deshalb direkt durch das Volk wählen lassen. (35)
- Mit einer demokratischen Gestaltung des Wahlsystems will die AfD dem Wähler die Entscheidung über die personelle Zusammensetzung der Parlamente zurückgeben. (42)
- Bei der Standortwahl sind die Menschen vor Ort durch Bürgerentscheide zu beteiligen. (530)

200) Kritik am politischen System

- Die Rechtsstaatlichkeit muss wiederhergestellt werden, und der Staat muss seine eigentlichen Kernaufgaben, insbesondere die Gewährleistung der inneren Sicherheit, wieder wahrnehmen. (3)
- Mit den Verträgen von Schengen, Maastricht und Lissabon wurde rechtswidrig in die unantastbare Volkssouveränität eingegriffen. (4)
- Auch in Deutschland wenden wir uns gegen Zentralismus, Gleichmacherei und Uniformität. (5)
- Der Versuch, über die Verträge von Maastricht (1992) und Lissabon (2008) einen „Staatenverbund“ zu schaffen, wie das Bundesverfassungsgericht diese vorbildlose Konstruktion nennt, muss als gescheitert betrachtet werden. (9)
- Stattdessen werden durch die EU, die den Anspruch erhebt, kontinentaler Staat zu werden, die existierenden, demokratischen Nationalstaaten in ihrer Funktion eingeschränkt bzw. dauerhaft zerstört. (10)
- Das bestehende „Lissabon-Europa“ ist daher zurückzuführen zu einer Organisation von Staaten, die auf der Basis völkerrechtlicher Verträge ihre Interessen und Aufgabenwahrnehmung definieren. Nicht rückholbare Souveränitätsverzichte der Staaten dürfen mit einer solchen Konstruktion nicht verbunden werden (13)
- Heimlicher Souverän in Deutschland ist eine kleine, machtvolle politische Oligarchie, die sich in den bestehenden politischen Parteien ausgebildet hat. Sie hat die Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte zu verantworten. Es hat sich eine politische Klasse herausgebildet, deren vordringliches Interesse ihrer Macht, ihrem Status und ihrem materiellen Wohlergehen gilt. Diese Oligarchie hat die Schalthebel der staatlichen Macht, der politischen Bildung und des informationellen und medialen Einflusses auf die Bevölkerung in Händen. (15)
- Nach unserer Überzeugung können die fundamentalen Krisen von Währung, Energieversorgung und Migration sowie die Konfrontation mit dem Islam alleine weder von der Regierung noch vom Bundestag tragfähig bewältigt werden. (24)
- Zahlreiche Gesetze haben die Gewaltenteilung in Deutschland über die Jahre erodieren lassen und zu einer überbordenden Staatsgewalt geführt: (27)
- Die Justiz muss entpolitisiert werden. (28)
- Trennung von Amt und Mandat und Kampf der Ämterpatronage (29)
- Parteien sollen am politischen System mitwirken (Art. 21 Abs. 1 GG), es aber nicht beherrschen. Die Allmacht der Parteien und deren Ausbeutung des Staates gefährden unsere Demokratie. Diese Allmacht ist auch Ursache der verbreiteten Politikverdrossenheit und der freiheitsbeschränkenden „politischen Korrektheit“ sowie des Meinungsdictats in allen öffentlichen Diskursen. Die Loyalität der Abgeordneten gilt eher den Parteivorständen als den Bürgern, in deren Auftrag sie in erster Linie zu handeln haben. (32)
- Diese Kungelei beschädigt die Würde des Amtes und schmälert die Akzeptanz des Staatsoberhauptes durch das Volk. (34)

- Die ungebrochene Tendenz zum Berufspolitikertum hat der Monopolisierung der Macht Vorschub geleistet und die unübersehbare Kluft zwischen Wählern und Gewählten stetig vergrößert. (46)
- Der überbordende Lobbyismus in Brüssel und Berlin muss eingedämmt werden. (49)
- Die Zukunft Europas liegt nicht in der EU in ihrem jetzigen Zustand und auch nicht in ihrer weiteren Zentralisierung, sondern in einem Europa souveräner Staaten, die partnerschaftlich zusammenarbeiten. (87)

A3.4 Freiheitliche Partei Österreichs – „Programm. Wir gestalten Österreich mit Sicherheit.“ (WP 2002)

- Textumfang: 197.127 Zeichen, 1127 Absätze

100) Aussagen zur Direkten Demokratie

- Diese Erneuerung ist gekennzeichnet vom Willen zur Eindämmung der Bürokratie, des Parteien- und Verbändeeinflusses, zur Stärkung des freiheitlichen Rechtsstaates und den Ausbau der Mitwirkungsrechte der Bürger. (220)
- Unter freiheitlicher Federführung wurde ein umfangreiches Demokratiepaket erarbeitet, das insbesondere die Einführung der Briefwahl, die verpflichtende Durchführung von Volksabstimmungen bei erfolgreichen Volksbegehren, die von mindestens 15% der Stimmberechtigten unterschrieben wurden, sowie eine Ausdehnung der Rechte der Volksanwaltschaft und eine Objektivierung bei der Bestellung der Richter des Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshofes vorsah. (221)
- Stärkung der Direkten Demokratie: Erfolgreiche Volksbegehren, die von mindestens 15% der Stimmberechtigten unterstützt werden, sind verpflichtend einer Volksabstimmung zu unterziehen. (232)
- Bürokratische Hemmnisse bei Volksbefragungen sind zu beseitigen. (232)
- Demokratisierung der Selbstverwaltung durch Direktwahl der Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter unter Beteiligung von Senioren- und Behindertenvertretern. (237)

200) Kritik am politischen System

- Österreich zeigte in den letzten Jahren der rot-schwarzen Koalition das typische Bild eines Parteien- und Verbändestaates. Die damaligen Koalitionsparteien SPÖ und ÖVP sicherten sich auf jede nur denkbare Art den größtmöglichen Einfluß. (218)
- Die Realverfassung Österreichs war gekennzeichnet durch Versteinerung und geprägt von Proporz und Besitzstandeswahrung, von Postenschacher und Kammerzwang, von Herrschaftsdenken und Machtausübung. Die Folge dieses Zustandes war eine signifikante Unfähigkeit zur Lösung von Problemen und zur Durchführung von Reformen auf allen wesentlichen Gebieten. (219)
- Zielsetzung der freiheitlichen Regierungsbeteiligung war es, dieses spätabsoolutistische politische System Österreichs grundlegend zu erneuern (220)
- Bundesstaatsreform Die Gesetzgebungs- und Vollziehungskompetenzen sind im Sinne eines effizienten und bürgernahen Staates neu aufzuteilen. (228)
- Leistungssteigerung in der Verwaltung; Verbesserung der Servicequalitäten und der Bürgernähe der Verwaltung. (751)
- Ziel dieser Reform war eine Effizienzsteigerung, eine Kostensenkung und insbesondere die Erreichung von mehr Bürgernähe. (851)

A3.5 Freiheitliche Partei Österreichs (– „Österreich im Wort. Auswahl und Zusammenfassung inhaltlicher Ziele der Freiheitlichen Partei Österreichs für die neue Legislaturperiode.“ (WP 2008)

- Textumfang: 34.889 Zeichen, 144 Absätze

100) Aussagen zur Direkten Demokratie

- Ein neuer Verfassungsvertrag kommt für die FPÖ nur nach einer verbindlichen Volksabstimmung in Österreich in Frage. (35)
- Für die FPÖ ist eine Diskussion über den Austritt aus einer Europäischen Union, die sich zu einem Zentralstaat entwickelt und die Grundsätze der Subsidiarität und der Demokratie mit Füßen tritt, kein Tabu. Eine solche Entscheidung darf jedoch ausschließlich im Rahmen einer Volksabstimmung erfolgen. (36)
- Ein Beitritt der Türkei zur Europäischen Union hat zu einer Volksabstimmung über den Austritt Österreichs aus der politischen EU zu führen. (38)

200) Kritik am politischen System

- Die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Heimatlandes Österreich wird zunehmend eingeschränkt. (3)
- Immer mehr Rechte werden zu einem anonymen Verwaltungsapparat nach Brüssel delegiert, die demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürger Schritt für Schritt eingeschränkt. (3)
- Verleugnen wir nicht länger unsere Stärken, opfern wir unsere Ressourcen nicht fremden Verwaltungsapparaten. (7)
- Die EU setzt jedoch nach freiheitlicher Auffassung vielfach falsche Schwerpunkte, was zu einer zunehmenden Ablehnung durch die Bürger führt. (34)
- Der sogenannte EU-Reformvertrag wird von der FPÖ abgelehnt. Er ist das Ende unserer Neutralität und unserer Souveränität. (35)
- Die Verfassungen der souveränen Mitgliedstaaten müssen absoluten Vorrang vor dem Recht der Union haben. (35)
- Zudem weist die EU in ihrer gegenwärtigen Form auch teilweise antidemokratische Strukturen auf. Es ist daher eine Reduktion der Regulierungswut auf EU-Ebene und ein Abbau der unionseuropäischen Verwaltungsebene dringend notwendig. (82)

A3.6 Freiheitliche Partei Österreichs – „Österreich zuerst. Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs. Beschlossen vom Bundesparteitag der Freiheitlichen Partei Österreichs am 18. Juni 2011 in Graz“ (GP 2012)

- Textumfang: 25.096 Zeichen, 130 Absätze

100) Aussagen zur Direkten Demokratie

- Freiheit als Selbstbestimmung geht einher mit dem Willen zur Selbstverantwortung und schließt jede Form von Unterdrückung aus. (21)
- Wir bekennen uns zum Ausbau der direkten Demokratie, zu einem freien, geheimen, gleichen, persönlichen und unmittelbaren Verhältniswahlrecht und zu Mediengesetzen, die Monopole und Manipulationen der öffentlichen Meinung verhindern. (49)

- Wir treten für die Mitwirkung aller Generationen an Entscheidungsprozessen und der demokratischen Willensbildung ein. (66)
- Grundlegende Änderungen der Bundesverfassung durch Staatsverträge, wie beispielsweise im Europarecht, bedürfen einer verbindlichen Volksabstimmung. (127)

200) Kritik am politischen System

- Das künftige Schicksal Europas muss von der Gestaltungsfreiheit seiner Staaten geprägt sein. (125)

A3.7 Freiheitliche Partei Österreichs – „Liebe deinen Nächsten. Für mich sind das unsere Österreicher.“ (WP 2013)

- Textumfang: 9.927 Zeichen, 95 Absätze

100) Aussagen zur Direkten Demokratie

- Politik der „Nächstenliebe“ heißt: Direkte Demokratie ohne Wenn und Aber (70)
- SPÖ und ÖVP grenzen die Bevölkerung aber in allen wirklich wichtigen Fragen aus der direkten Mitbestimmung aus. (71)
- Laut Bundesverfassung ist das österreichische Volk der Souverän. (71)
- Wir geben dem Volk sein Recht zurück. Durch echte direkte Demokratie, die nicht von der rot-schwarzen Abstimmungsmaschinerie im Parlament blockiert werden kann. (72)
- Verbindliche Volksabstimmung, wenn ein Volksbegehren von mehr als 250.000 Wahlberechtigten unterstützt wird (74)
- Die Österreicherinnen und Österreicher bekommen damit eine Veto-Möglichkeit gegen falsche Regierungsentscheidungen. So wie das auch in der Schweiz ist. (75)
- Die Möglichkeit, ein Gesetz über eine Veto-Volksabstimmung außer Kraft zu setzen (75)
- Erleichterung der Durchführung von Volksbefragungen (76)
- Leichter Zugang bei der Ausübung der direkten Demokratie (z.B. durch das Internet) (77)

200) Kritik am politischen System

- Nur so können sie der EU garantieren, dass österreichfeindliche Maßnahmen durchgesetzt werden. (71)
- Mit der EU arbeiten sie am Einheitsstaat und Einheitsmenschen. (88)

A3.8 Freiheitliche Partei Österreichs – „Österreicher verdienen Fairness. Freiheitliches Wahlprogramm zur Nationalratswahl 2017.“ (WP 2017)

- Textumfang: 54.317 Zeichen, 375 Absätze

100) Aussagen zur Direkten Demokratie

- Unsere Souveränität und Selbstbestimmung schützen (17)
- Unsere Bevölkerung direktdemokratisch entscheiden lassen (45)
- Die direkte Demokratie unterstützt die repräsentative Demokratie in ihren Aufgaben. (46)

- Sie bedeutet eine intensivere Auseinandersetzung mit Sachthemen im Rahmen der politischen Diskussionskultur. Die Parteien und deren Repräsentanten werden damit angehalten, die Bürger von ihren inhaltlichen Positionen zu überzeugen. (46)
- Direkte Demokratie ist der beste Weg, um das Vertrauen in die Politik zurückzugewinnen und auch solche Maßnahmen zu realisieren, die bisher von jenen Gruppen blockiert wurden, die selbst Nutznießer dieses Systems sind, das dringend reformbedürftig ist. (47)
- Als erster Schritt sollten daher die verfassungsrechtlichen Grundlagen einer Volksgesetzgebung geschaffen werden. (47)
- In weiterer Folge soll die Geschäftsordnung des Nationalrates im Wege eines Initiativantrages angepasst werden. (47)
- Darüber hinaus ist die Einführung eines Vetoreferendums und der Volksbefragung als Minderheitenrecht geboten. (47)
- Je einfacher es ist, einen Volksentscheid herbeizuführen, umso umsichtiger wird mit Steuergeld umgegangen. (48)
- Daher muss die Schwelle, die Volksbegehren erreichen müssen, um zu einer verpflichtenden Volksabstimmung zu führen, möglichst niedrig angesetzt werden. (48)
- Ausbau der direkten Demokratie nach Schweizer Vorbild Verpflichtende Volksabstimmung über erfolgreiche Volksbegehren, wenn das Parlament die Forderungen nicht umsetzt (55)
- Den Bürgern die Möglichkeit geben, Veto-Volksabstimmungen gegen vom Parlament beschlossene Gesetze herbeizuführen (56)
- Stärkere Einbindung der Jugend in direktdemokratische Entscheidungen (57)
- Die Beteiligung des Volkes an der Rechtsprechung ist zur Sicherstellung einer breiten Akzeptanz der Judikatur zu erhalten und weiterzuentwickeln. (333)
- Die FPÖ steht für ein Europa als Verbund von selbstbestimmten Völkern und Vaterländern, die in der Tradition einer abendländischen geprägten Leitkultur stehen. (362)

200) Kritik am politischen System

- Wenn die Europäische Union ihre Außengrenzen nicht schützen kann oder will, hat Österreich mit unbefristeten Grenzkontrollen selbst für seine Sicherheit zu sorgen (5)
- Aus der zunehmend zentralistischen Europäischen Union kommen immer mehr freiheitsgefährdende Tendenzen. (20)
- Dass über das Volk hinweg entschieden wird und Wahlversprechen nicht eingelöst werden (50)
- Dass die repräsentative Demokratie dazu missbraucht wird, Gesetze gegen den offensichtlichen Mehrheitswillen der Bürger zu beschließen (51)
- Dass Anliegen politisch aktiver Bürger in Form von Petitionen oder Bürgerinitiativen im Parlament konsequent ignoriert werden (52)
- Diese Souveränität sowie das Ideal eines Europas der Vaterländer sind jedoch von den aktuellen Entwicklungen in der Europäischen Union zunehmend bedroht, zumal das Ziel der EU ein zentralistisch geführter Bürokratiemoloch ist. (363)

- Dass den Nationalstaaten schleichend immer mehr Kompetenzen entzogen werden und zudem ein völlig unnötiger Regulierungswahn durch die EU entwickelt wird (367)
- Mehr Souveränität, Subsidiarität und Demokratie – Rückübertragung von Kompetenzen aus Brüssel an die Mitgliedstaaten (372)

A3.9 Schweizerische Volkspartei – „SVP – Wahlplattform 1999.“ (WP 1999)

- Textumfang: 80.046 Zeichen, 404 Absätze

100) Aussagen zur Direkten Demokratie

- Die Vision der SVP für das nächste Jahrtausend ist eine Schweiz der direkten Demokratie, des lebendigen Föderalismus und der Vielfalt. (3)
- Die direkte Demokratie und damit die Volksrechte schützen die Bürgerinnen und Bürger vor der überbordenden Staatsgewalt. (334)
- Ein Beschneiden der Volksrechte kommt für die SVP nicht in Frage. (334)
- Das Volk soll auch in Zukunft die Staatsgewalt über Initiativen und Referenden steuern. (334)
- Zudem ist das Staatsvertragsreferendum auszubauen. (334)
- Direkte Demokratie sowie die rechtliche Gleichstellung von Mann und Frau sichern auch den Frauen ihr Mitspracherecht in der Politik. (340)
- Die SVP setzt sich als einzige Bundesratspartei dafür ein, dass der Wille des Volkes respektiert wird (342)
- Die SVP tritt ein für die Volksrechte (345)

200) Kritik am politischen System

- Aus Sicht der SVP ist ein Beitritt der Schweiz zur EU nicht anzustreben. Das 1992 eingereichte Beitrittsge such ist zurückzuziehen. Die SVP begrüsst aber die Zusammenarbeit der Schweiz mit der EU in Form von ausgewogenen bilateralen Abkommen. (96)
- Zum anderen würde das Mitspracherecht in den Gremien der EU mit dem Verlust eines Teils der Volksrechte an Brüssel bezahlt. (103)
- Nach Abwägung aller Vor- und Nachteile lehnt die SVP den Beitritt zu einer bürokratischen und zentralistischen EU ab. (105)
- Unser Staat hat diese Handlungsfähigkeit in den letzten Jahren mehr und mehr verloren: Einerseits reichen die Strukturen nicht mehr aus, um die immer komplexeren Probleme zu lösen. Andererseits übernimmt der Staat immer mehr Aufgaben. (329)
- Der Bundesrat und mit ihm unser Regierungssystem sollten „fit sein“ für die immer komplexer werdenden Sachfragen und das kommende 21. Jahrhundert. Die SVP unterstützt deshalb eine Reform der Staatsleitung. (332)

A3.10 Schweizerische Volkspartei – „Wahlplattform 2003-2007.“ (WP 2003)

- Textumfang: 108.754 Zeichen, 414 Absätze

100) Aussagen zur Direkten Demokratie

-
- Die demokratischen Rechte des Volkes sollen international Vorbild sein und keinesfalls vermeintlichen außenpolitischen Zielen wie dem EU-Beitritt geopfert werden. (8)
 - Insbesondere eine selbständige, unabhängige, neutrale und direktdemokratische Schweiz, ein schlanker Staat mit eigenverantwortlichen Bürgern, weniger Steuern und Abgaben, eine gesunde Finanzierung unserer Sozialwerke und mehr Sicherheit. (10)
 - Erfüllung des Wählerauftrages als oberstes Ziel (11)
 - Um dieser Anforderung gerecht zu werden, hat die SVP von Fall zu Fall denjenigen Weg einzuschlagen, der die schnellste und beste Umsetzung des Wählerwillens ermöglicht. (12)
 - Die SVP wird auch in Zukunft die Instrumente der direkten Demokratie nutzen müssen, wenn sie in den Parlamenten keine Mehrheit findet. (14)
 - Das Nutzen von politischen Rechten ist Ausdruck der direkten Demokratie. (14)
 - Demokratie ist die Staatsform der Alternativen. (18)
 - Der Wählerauftrag bildet für die SVP und ihre Exponenten die Grundlage für die Politik der nächsten Jahre. (19)
 - Kommt es im Parlament zu Beschlüssen, die in fundamentalem Widerspruch zu politischen Zielen der SVP stehen, ist die SVP gezwungen, zu direktdemokratischen Mitteln zu greifen. (20)
 - Direkte Demokratie und Föderalismus sorgen dafür, dass Probleme dort gelöst werden, wo sie entstehen. (27)
 - Die Eigenverantwortung und das demokratische Mitbestimmungsrecht des Bürgers garantieren Frieden, Freiheit und Wohlstand. (27)
 - Mit diesen bürgernahen und demokratischen Strukturen ist die Schweiz Vorbild für andere Staaten und darf stolz sein auf ihre Entwicklung und den erreichten Wohlstand im Land. (28)
 - Die Eigenverantwortung beginnt in der Familie und gehört schließlich in jeden Bereich, von der Wirtschaft über den Verkehr bis hin zu den Sozialversicherungen. (31)
 - Entscheide auf Gemeindeebene – bürgernah und sachgerecht (46)
 - Sollte es zu einer markanten Zuwanderung kommen, muss das Volk über die Verträge noch einmal abstimmen können. (61)
 - Die Schweiz ist eine Willensnation, und ihr politisches System basiert auf dem Föderalismus und der direkten Demokratie. (62)
 - fordert eine Ausweitung des Staatsvertragsreferendums; (70)
 - Die SVP fordert die Regierung auf, sich an die Volksentscheide zu halten: So hat das Volk dem EU-Beitritt an der Urne eine klare Absage erteilt (91)
 - Stimmbürger müssen deshalb bei völkerrechtlichen Verträgen mehr als bisher mitbestimmen können. (99)
 - Dem Volk das letzte Wort auch in der Außenpolitik (99)
 - Die SVP verlangt daher den Ausbau des Staatsvertragsreferendums (99)
 - So wird auch sichergestellt, dass sich der Bundesrat dem Willen der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zu unterziehen hat. (99)
 - Die Selbstbestimmung der Schweiz wird immer mehr durch internationale Konventionen und Verträge beschnitten. So bestimmen heute oft internationale Gremien, was das Schweizervolk zu tun hat und was nicht. (99)

- Die Außenpolitik bedroht heute vor allem die Schweizerische Demokratie, die wichtigste politische Errungenschaft unseres Landes. (155)
- Zunehmend versuchen Verwaltungen und Funktionäre mittels Anbindung der Schweiz an internationale Konventionen demokratische Rechte des Souveräns Schritt für Schritt zu unterlaufen. (155)
- das Volk bei Staatsverträgen das letzte Wort hat (163)
- Eigenverantwortung und die persönliche Freiheit sind zentrale Werte der Schweiz. (208)
- Personen dürfen nicht von der demokratischen Mitbestimmung ausgeschlossen werden, nur weil sie eine gewisse Altersgrenze überschritten haben. (209)
- Kinder und Jugendliche sollen in einer sicheren und geordneten Gesellschaft aufwachsen. Sie brauchen Freiheit zur eigenständigen Entwicklung und Möglichkeiten zur Mitbestimmung und Mitgestaltung. (211)
- fordert mittels Volksinitiative eine solide, schlanke Grundversicherung mit tiefen Prämien; (230)
- Die SVP fordert die Einhaltung der demokratischen Volksrechte, bevor wichtige unwiderrufliche Entscheide in der Sicherheitspolitik getroffen werden. (316)

200) Kritik am politischen System

- Dies wiederum bedeutet, nicht nach lukrativen und vom Steuerzahler zu berappenden Posten und Pöstchen zu streben, denn dadurch entstehen Bestechlichkeit, Misswirtschaft und Filz. (11)
- Unser Regierungssystem mit allen wichtigen Parteien kann auf die Dauer nur funktionieren, wenn je- der beteiligten Partei auch eine abweichende Haltung zugestanden wird. (14)
- Diese Basis für die Konkordanz ist heute nicht realisiert: Obwohl sie wähler- stärkste Partei ist, wird der SVP die angemessene Einsitznahme in der Landesregierung durch die anderen Parteien nach wie vor verweigert. (14)
- Statt die Schweizer Bevölkerung zu vertreten, reisen unsere Funktionäre hochhoffiziell und staatlich hoch bezahlt devot in der Welt herum. (16)
- Die heutige desolate Situation lässt sich nicht mehr verdecken. Sie ist das Resultat einer schlechten Politik und einer falsch verstandenen Konkordanz. (18)
- Die SVP ist die einzige Bundesratspartei, die konsequent für eine neutrale und unabhängige Schweiz eintritt, indem sie den Beitritt zur EU sowie weitere Annäherungen an die Nato ablehnt. (89)
- Sie verurteilt die einseitig auf die EU und internationale Organisationen aus- gerichtete Aussenpolitik des vorseilenden Gehorsams und fordert eine selbstbewusste und offene Zusammenarbeit der Schweiz mit allen Staaten der Welt. (89)
- Der Bundesrat ist immer häufiger bereit, auf dem Weg zur EU einen Standortvorteil nach dem anderen aufzugeben: die demokratische Selbstbestimmung, den Grenzschutz, die unabhängige Regelung der Zuwanderung und Einbürgerung und sogar das Bankkundsgeheimnis. (149)
- Die SVP ist die einzige Partei, die den EU-Beitritt ab- lehnt und damit das wichtige Nein vom 4. März 2001 zur Volksinitiative «Ja zu Europa» auch ernst nimmt. (150)
- Die EU hat sich seit dem Vertrag von Maastricht das Prinzip der «Harmonisierung» aller wichtigen Wirtschafts- und Politikbereiche auf die Fahnen geschrieben. Damit hat sie sich für eine zentralistische Struktur entschieden, was in allen EU-Ländern viel kostspielige Bürokratie wachsen lässt. (151)

- Derzeit versucht der Bundesrat, die Schweiz dem Schengen-System der EU anzugliedern. Er nimmt dabei in Kauf, dass die Schweiz den Grenzschutz und das eigenständige Strafrecht faktisch aufgeben und sich sicherheitspolitisch ganz in die Hände der EU begeben würde. (153)
- Während die Wirtschaft leidet, sorgen einige Politiker dafür, dass mindestens gewisse Manager nicht leiden, am liebsten über nutzlose staatliche Investitionsprogramme in gewissen Branchen. (221)

A3.11 Schweizerische Volkspartei – „Mein Zuhause – Unsere Schweiz. Wahlplattform 2007-2011.“ (WP 2007)

- Textumfang: 114.132 Zeichen, 309 Absätze

100) Aussagen zur Direkten Demokratie

- Der Föderalismus gewährt die höchstmögliche direktdemokratische Mitbestimmung in überschaubarem Raum. Er verhindert eine Zentralmacht, die über den Kopf der Bürger hinweg regiert. (27)
- Die bisherige Geschichte hat gezeigt, dass ein unabhängiger, föderalistischer, direktdemokratischer Staat auf der Basis einer liberalen Wirtschaftsordnung den Menschen Wohlstand, Freiheit und Sicherheit bieten kann. (29)
- Direkte Demokratie als weltweiter Sonderfall (30)
- Seit Bestehen des Bundesstaates fanden in der Schweiz mehr Wahlen und Abstimmungen statt als in allen anderen Ländern der Welt zusammen. Die Schweizer können in einem einzigen Jahr öfter abstimmen und wählen als beispielsweise die Engländer in ihrem ganzen Leben. (31)
- Bürger und Staat: Demokratische Selbstbestimmung statt Staatsallmacht (42)
- Die Schweiz hat sich einstmals für Demokratie und Föderalismus entschieden, also für eine flache Machtverteilung. Dadurch werden die Entscheide möglichst dezentral beim und vom Bürger gefällt. (46)
- Je mehr Entscheide auf Bundesebene getroffen werden, desto weniger bürgernah und sachgerecht drohen sie zu werden. Kantone und Gemeinden sollen sich deshalb nicht je länger, je mehr zu ausführenden Organen degradieren lassen, sondern sind gefordert, von ihrem Recht auf Selbstbestimmung Gebrauch zu machen, aber auch die Verantwortung dafür zu tragen. (47)
- Das Initiativrecht in der Schweiz ist weltweit einzigartig und zeichnet unsere direkte Demokratie aus. (48)
- Diese Versuche, die demokratischen Rechte zu untergraben und die Justiz über die Demokratie zu stellen, sind zu unterbinden. (49)
- Politiker kritisieren Bürger, weil sie ein Referendum ergreifen, Gerichte setzen sich über die verfassungsmässigen Grundsätze hinweg und versuchen, die demokratischen Rechte der Bürger zu beschneiden. (49)
- Die Tendenz wächst, den Menschen von der Wiege bis zur Bahre vom Staat begleiten und kontrollieren zu lassen. (49)
- Nichts wird mehr der eigenen Verantwortung überlassen, nichts mehr der eigenen Initiative. Der eigenverantwortliche Bürger soll abgelöst werden vom braven Einwohner, der auf Befehle wartet. (49)
- lehnt die von oben verordnete Gemeindefusionitis ab; verteidigt die demokratischen Rechte der Bürgerinnen und Bürger; (51)

- Es wird zunehmend üblich, dass die Schweiz internationale Vorschriften und Konventionen übernimmt und mit dem Segen der Parlamentsmehrheit dem Volk die Mitsprache dazu entzogen wird – und zwar für alle Zeit. (56)
- Es ist Bestandteil unserer Demokratie, dass jeder Entscheid zu jedem Zeitpunkt wieder zur Diskussion gestellt werden und durch den Souverän allenfalls korrigiert werden kann. (56)
- Die persönliche Profilierungssucht, die Lust am Kongresstourismus und die Eitelkeit zahlreicher Politiker sollten sich wieder der Interessenpolitik zugunsten unserer Bürgerinnen und Bürger unterordnen. (58)
- Die letzte Verantwortung liegt beim Souverän, beim Bürger. (139)

200) Kritik am politischen System

- Die SVP wird aber weiterhin die Augen offen halten müssen, um zu verhindern, dass unser Land doch noch durch die Hintertür in die EU geführt wird. (12)
- Der schrittweise Abbau der Souveränität wird hierzulande mit den Modebegriffen Integration oder Harmonisierung vertuscht. (36)
- Für die Schweiz hiesse ein EU-Beitritt die Preisgabe der Unabhängigkeit, des Föderalismus und der Volksrechte – und damit der Verlust von drei Säulen unseres Sonderfalls. (38)
- Demokratische Rechte werden eingeschränkt, und Vorschriften sollen die Selbstbestimmung ersetzen. (43)
- Und die Bürgerinnen und Bürger sollen die Entscheide einfach noch absegnen. (43)
- Auf dem Schleichweg über internationales Recht wird dieses Recht des Souveräns zunehmend ausser Kraft gesetzt. (56)
- Damit ist der EU-Beitritt vom Tisch und sind weitere bilaterale Pakete, aber auch eine Annäherung in Form eines Rahmenvertrages, kein Thema. (60)
- Aus einer lockeren, vor allem der wirtschaftlichen Liberalisierung verpflichteten Gemeinschaft ist eine Art «Überstaat» entstanden mit dem Ziel der politischen Vereinigung und gemeinsamer Aussen-, Sicherheits- und Innenpolitik sowie mit Einheitswährung. (61)
- Staatspolitisch bedeutete ein EU-Beitritt die fast vollständige Preisgabe der Selbstbestimmung. (63)
- Sie setzt den Wünschen der Eliten nach Grösse, Medienauftritten, Applaus und Ruhm enge Grenzen. (65)
- lehnt eine institutionelle Bindung der Schweiz an die EU (Rahmenvertrag) ebenso wie einen Beitritt ab und verlangt den Rückzug des EU-Beitrittsgesuchs; (71)

A3.12 Schweizerische Volkspartei – „Schweizer wählen SVP. Mein Zuhause – Unsere Schweiz. Wahlplattform 2011.“ (WP 2011)

- Textumfang: 108.754 Zeichen, 414 Absätze

100) Aussagen zur Direkten Demokratie

- Die Schweiz hat sich für die direkte Demokratie, für Unabhängigkeit und Neutralität entschieden. (14)
- In der Schweiz haben die Bürgerinnen und Bürger das letzte Wort. (14)
- Dass die Schweiz heute nicht Mitglied der EU ist, verdankt sie einzig dem Sonderfall der direkten Demokratie mit den einmaligen Mitspracherechten des Volkes. (51)
- Volksrechte stärken (60)

- Initiativrecht schützen (62)
- Eine Stärkung der Volksrechte stellt hingegen die Volkswahl des Bundesrates dar. Die SVP will mit der Volkswahl des Bundesrates die Demokratie auf Bundesebene entscheidend vervollständigen. (65)
- Die Bevölkerung wird ihre Regierung im Gegensatz zum Parlament ohne eigennützige, kleinkarierte Ränkespiele, parteipolitische Intrigen und Hintertreppenabsprachen wählen. (65)
- Die vom Volk gewählten Bundesräte würden verstärkt die Volksinteressen vertreten. Umgekehrt wäre die Bevölkerung vermehrt für die Regierung verantwortlich und könnte nicht mehr einfach sagen: «Die da oben machen ja doch, was sie wollen.» (65)
- Aus all diesen Gründen wird die Volkswahl des Bundesrates den politischen Zustand der Schweiz verbessern. (65)
- Die demokratischen Rechte der Bürgerinnen und Bürger sind konsequent zu verteidigen. (72)

200) Kritik am politischen System

- Ein Beitritt zur EU würde die Abschaffung der direkten Demokratie, der Unabhängigkeit, der Neutralität und des Schweizer Fränkens bedeuten. (16)
- Der Bundesrat muss der EU mitteilen, dass die Schweiz die Souveränität wahren will und deshalb keine institutionellen Bindungen eingeht und auch keine fremden Richter anerkennt. (56)
- Wenn es nach dem Bundesrat geht, sollen die Ungültigkeitsgründe für Volksinitiativen ausgeweitet und «Warnhinweise» auf Initiativbogen angebracht werden. (61)
- Die gleichen Kreise hintertreiben die Umsetzung angenommener Volksinitiativen, z.B. der Ausschaffungsinitiative oder der Minarett-Initiative. (61)
- Begleitend zur Vorbereitung eines EU-Beitritts wollen Politiker und Professoren die Volksrechte einschränken und abbauen. (61)
- Sie wollen dem Volk Rechte entziehen und dafür den Behörden und Gerichten mehr Macht einräumen. (61)
- Der Bundesrat möchte in Zukunft Volksinitiativen, die «den Kerngehalt der verfassungsrechtlichen Grundrechte» verletzen, für ungültig erklären. Könnte es mit einer Initiative zu einem möglichen Konflikt mit irgendeinem internationalen Abkommen oder irgendwelchem, nicht zwingendem Völkerrecht kommen, soll auf dem Initiativbogen ein «Warnhinweis» angebracht werden. (63)
- Lieber entschuldigt sich der Bundesrat im Ausland für sein Volk, wie nach der Minarett-Initiative. Das Volk soll immer weniger zu sagen haben, damit die Eliten ihre Fantasien in der EU und in internationalen Organisationen ausleben können. (63)
- Das gesamte internationale Recht wird auf die Stufe des zwingenden Völkerrechts gesetzt und damit über die schweizerische Gesetzgebung gestellt. Folge: Vom Volk an der Urne getroffene Entscheide werden nicht mehr umgesetzt. (67)
- Der Bundesrat will die Verfassungsgerichtsbarkeit einführen und nimmt damit die Verpolitisierung der Justiz in Kauf. Folge: Die Justiz statt dem Volk hat das letzte Wort bei Gesetzesänderungen. (69)
- Die SVP erachtet es als dringende Aufgabe, dafür zu sorgen, dass kein wie auch immer aus- gestalteter Kolonialvertrag mit der EU abgeschlossen wird. (81)

A3.13 Schweizerische Volkspartei – „SVP – Die Partei für die Schweiz. Parteiprogramm 2015 bis 2019. (WP 2015)

- Textumfang: 167.125 Zeichen, 717 Absätze

100) Aussagen zur Direkten Demokratie

- Die SVP stellt mit der Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)» die Selbstbestimmung über das eigene Recht sicher und sorgt dafür, dass Volksentscheide wieder umgesetzt werden. (8)
- Unser Mitbestimmungsrecht der Bürger ist ein weltweiter Sonderfall. Seit 1848 haben in der Schweiz mehr Wahlen und Abstimmungen stattgefunden als in allen anderen Ländern der Welt zusammen. Die Schweizer können in einem einzigen Jahr öfter abstimmen und wählen als beispielsweise die Engländer in ihrem ganzen Leben. (40)
- Dank der direkten Demokratie stehen bei uns die Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt. Sie können nicht nur ihre Behörden wählen, sondern auch in Sachfragen bestimmen. Dies verhindert, dass die Politiker über die Köpfe der Bürger hinweg entscheiden. Die SVP ist die einzige Partei, die sich vorbehaltlos hinter die direkte Demokratie stellt. (41)
- Je bürgernäher die Entscheidungen ausfallen, desto effizienter und sinnvoller wird mit öffentlichen Geldern umgegangen. (47)
- Das Volk als Souverän bestimmt in Freiheit und Unabhängigkeit über die Geschicke und die Zukunft der Schweiz. (53)
- Die internationalen Gerichte legen ihre Zurückhaltung immer mehr beiseite, mischen sich in nationales Recht ein und missachten die Verfassungen der Staaten. Selbstbestimmung und Eigenständigkeit bei der Rechtsetzung werden damit immer mehr ausgehöhlt. (58)
- Die Selbstbestimmung und Unabhängigkeit der Schweiz sowie die Volksrechte müssen gestärkt werden. (74)
- bekämpft den schleichenden EU-Beitritt. Selbstbestimmung bedeutet: keine institutionelle Einbindung in die EU und damit keine dynamische Rechtsübernahme und keine fremden Richter; (76)
- stellt mit der Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)» die Selbstbestimmung über das eigene Recht sicher und sorgt dafür, dass Volksentscheide wieder umgesetzt werden; (78)
- aber auch die direktdemokratischen Rechte als oberste souveräne Instanz. (314)
- verlangt, dass die Kantone und damit die Bürgerinnen und Bürger direktdemokratisch ihr Schulwesen bestimmen können; (358)

200) Kritik am politischen System

- Der Ausverkauf der Souveränität und Selbstbestimmung durch die politischen Eliten muss aufhören. (5)
- Die SVP bekämpft den schleichenden EU-Beitritt. (7)
- Mit Ausnahme der SVP ziehen alle anderen Parteien auf die Gegenseite. Sie unterwandern und zerstören diese Staatssäulen. Sie drängen die Schweiz in die Fremdherrschaft, nämlich zum EU-Beitritt, sie wollen fremdes Recht und fremde Richter, sodass die Schweiz ihre Unabhängigkeit verliert. (34)

- Sie schaffen zunehmend die direkte Demokratie ab, indem sie Volksentscheide nicht durchsetzen. Die anderen Parteien achten fremde Gesetze mehr als Schweizer Gesetze, sie wollen Volksinitiativen und Referenden erschweren. (35)
- Die anderen Parteien missachten den Föderalismus, indem sie immer mehr Entscheide weg von den Kantonen und Gemeinden nach Bundesbern wandern lassen – zum Nachteil unserer Kinder, unserer Familien und unserer Schulen. (36)
- Direkte Demokratie wird ausgehöhlt (39)
- Die anderen Parteien wollen sie zunehmend einschränken. Sie weigern sich, Volksentscheide umzusetzen, indem sie auch nicht zwingendes «Völkerrecht» als dem Landesrecht übergeordnet erklären. Sie wollen Volksinitiativen und Referenden erschweren, indem sie Initiativanliegen vorprüfen, verweigern oder ausdrücklich davor warnen wollen. (42)
- Zentralistische Entscheide über die Köpfe der Bevölkerung hinweg führen zu Resignation, Politikverdrossenheit und Misswirtschaft. (46)
- Der Ausverkauf der Schweizer Souveränität und Selbstbestimmung durch die politischen Eliten muss gestoppt werden. (51)
- Heute wird das internationale Recht in aller Offenheit höher eingestuft als das im eigenen Land von Parlament und Volk erlassene Recht. Dies zeigt sich darin, dass immer mehr Volksinitiativen nicht oder nicht korrekt umgesetzt werden. Dieses fremde Recht, das oft trügerisch allgemein als Völkerrecht betitelt wird, ist aber wenig oder oft überhaupt nicht demokratisch legitimiert. (57)
- Der grösste Verstoss gegen jegliche Werte der Schweiz stellt die geplante institutionelle Anbindung an die EU dar. Der Bundesrat und die EU wollen, dass die Schweiz sich der dynamischen EU-Rechtsentwicklung und -Rechtsprechung unterwerfen muss. Es sollen nicht nur fremde Gesetze übernommen und fremde Richter akzeptiert werden, sondern fremde EU-Beamte sollen die Schweiz auch einseitig überwachen und kontrollieren dürfen. (60)
- Die Bürgerferne und die Demokratiedefizite der Brüsseler Bürokratie sind zu Recht Gegenstand ständiger Kritik. Die Schweiz ist demgegenüber in sämtlichen Ranglisten der EU überlegen: bei Standortattraktivität, Wohlstand, Sozialsystem, Verschuldung, ja sogar beim Glücksgefühl der Bürgerinnen und Bürger. (71)
- Wenn die Schweiz heute nicht Mitglied der EU ist, verdankt sie dies nicht den selbstgefälligen Eliten in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Medien, sondern einzig dem Sonderfall der direkten Demokratie mit Mitspracherechten des Volkes. (72)
- Mit der Durchsetzungsinitiative hat die SVP gezeigt, wie die Ausschaffungsinitiative umzusetzen ist. Dass die SVP überhaupt dazu genötigt wurde, zeigt, wie respektlos mit Volksentscheiden umgegangen wird. (284)
- Anstatt den Volkswillen rasch und konsequent umzusetzen, legt das Parlament viereinhalb Jahre nach der Abstimmung eine Umsetzungsvariante vor, die sich am abgelehnten und untauglichen Gegenentwurf zur Volksinitiative orientierte. (276)

Anhang 4: Deskriptive Statistiken der Variablen (ESS Round 8, 2016)

Variable	Beobachtungen			Mittelwert			Standardfehler		
	BRD	AUS	CH	BRD	AUS	CH	BRD	AUS	CH
votebt / votenr / votenrc	1803	1304	603	3.11	2.54	2.70	1.30	1.04	1.32
dd	2782	1939	1396	8.97	9.60	6.62	2.88	2.74	2.33
say	2841	1995	1471	3.51	3.77	2.90	0.91	0.87	1.05
trust	2811	1983	1470	2.92	3.02	2.49	1.01	0.99	0.82
migrat	2816	1966	1481	2.11	2.71	2.26	0.79	0.87	0.77
europ	2651	1753	1374	0.14	0.28	0.90	0.35	0.45	0.31
age	2849	2001	1519	3.75	3.75	3.68	1.32	1.32	1.31
sex	2852	2010	1525	0.47	0.55	0.48	0.50	0.50	0.50
relig	2849	1998	1520	0.55	0.73	0.61	0.50	0.44	0.49
hhinc	2547	1513	1251	5.86	4.83	5.47	2.79	2.42	2.57
lrego	2765	1828	1436	4.40	3.15	5.06	1.85	2.04	2.13
inter	2851	2008	1524	2.90	2.59	2.66	0.80	0.87	0.89
eco	2829	1987	1501	3.34	5.63	6.94	0.71	2.11	1.76

Quelle: ESS Round 8, 2016

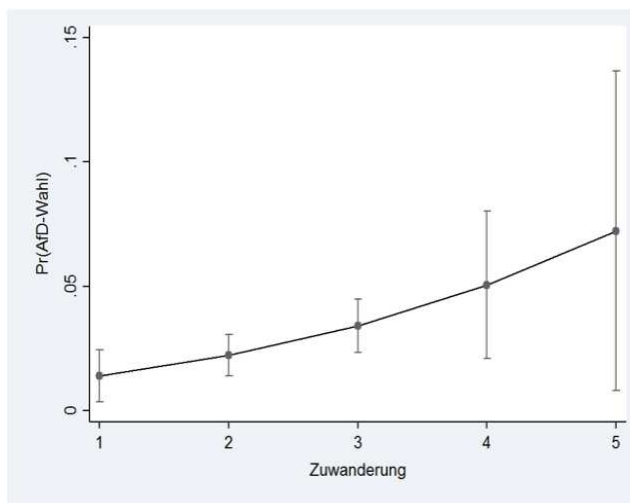
Anhang 5: Operationalisierung der Variablen (ESS Round 8, 2016)

Variable	Beschreibung (Label)	Kodierung	Skalentyp
Abhängige Variable (AV)			
y_{ij} Wahlentscheidung	Stimmabgabe bei der letzten Wahl		
	Deutschland: BT-Wahlen 2013 (votebt)	0 = andere Partei 1 = AfD	Dummy-Variable
	Österreich: NR-Wahlen 2013 (votenr)	0 = andere Partei 1 = FPÖ	
	Schweiz: NR-Wahlen 2015 (votenrc)	0 = andere Partei 1 = SVP	
Unabhängige Variablen (UVs)			
x_{i1} Direkte Demokratie	Einstellung zu Forderungen nach direkter Demokratie (dd)	9-stufige Skale von 2-10 2 = gar nicht wichtig 10 = sehr wichtig	kategorial, ordinalskaliert
	Einschätzung Mitsprachemöglichkeiten (say)	5-stufige Skala von 1-5 1 = sehr ausgeprägt 5 = überhaupt keine	kategorial, ordinalskaliert
	Vertrauen in Parlament (trust)	5-stufige Skala von 1-5 1 = absolutes Vertrauen 5 = gar kein Vertrauen	kategorial, ordinalskaliert
x_{i2} Zuwanderung	Einstellung gegenüber Zuwanderung (migrat)	4-stufige Skala von 1-4 1 = vielen erlauben 4 = niemandem erlauben	kategorial, ordinalskaliert
x_{i3} Europa	Einstellung gegenüber der europäischen Union (europ)	0 = Fortsetzung (CH: Beitritt) 1 = Austritt (CH: kein Beitritt)	Dummy-Variable
Kontrollvariablen			
w_{i1} Alter	Alter, kategorisiert (age)	6-stufige Skala von 1-6 1 = unter 18 Jahre 6 = über 75 Jahre	metrisch, verhältnisskaliert
w_{i2} Geschlecht	Geschlecht (sex)	0 = männlich 1 = weiblich	Dummy-Variable
w_{i3} Konfession	Konfession (relig)	0 = keine Zugehörigkeit 1 = Zugehörigkeit	Dummy-Variable
w_{i4} Einkommen	Haushaltsnettoeinkommen, kategorisiert (hhinc)	10-stufige Skala von 1-10 1 = bis 1060 Euro 10 = über 5251 Euro	metrisch, verhältnisskaliert
w_{i6} Links-Rechts-Einstufung	Links-Rechts-Selbsteinstufung (lrego)	11-stufige Skala von 0-10 0 = links 10 = rechts	kategorial, ordinalskaliert
w_{i7} Politisches Interesse	Politisches Interesse (inter)	4-stufige Skala von 1-4 1 = gar kein Interesse 4 = großes Interesse	kategorial, ordinalskaliert
w_{i8} Wirtschaftliche Lage	Einschätzung der wirtschaftlichen Lage im Land (eco)	10-stufige Skala von 0-10 1 = extrem unzufrieden 10 = extrem zufrieden	kategorial, ordinalskaliert

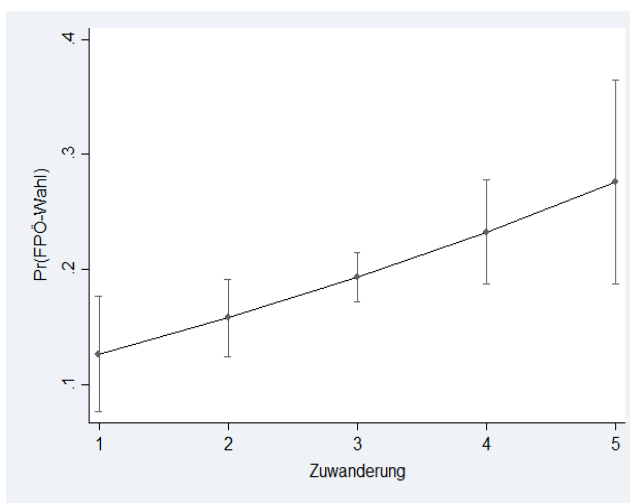
Quelle: Eigene Darstellung basierend auf ESS Round 8, 2016

Anmerkung: i = Wähler, j = Partei; y = abhängige Variable; x_1 - x_3 = unabhängige Variablen; w_1 - w_8 = Kontrollvariablen

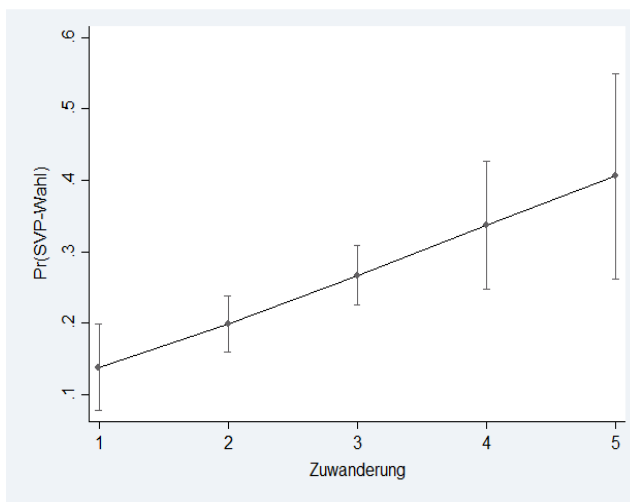
Anhang 6: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten für die Wahl der AfD, FPÖ und SVP und die Einstellung gegenüber Migration



Quelle: ESS Round 8, 2016



Quelle: ESS Round 8, 2016



Quelle: ESS Round 8, 2016